Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: bei Haus monatlich 2,50 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH. Halle, Lerchenfeldstraße 14

Herausgeber: Otto Kilian

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48. Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Dienstag, den 21. Juli 1925 | 5. Jahrgang • Nr. 154

Die Zollvorlage der Regierung wird verschärft

Die Zollwucherparteien einig — Nun erst recht Kampf dem Zollwucher

Heute Aussicht auf Einigung über die Agrarzölle

(TU.) Berlin, 21. Juli.

Nach dem gestrigen Beratungen des Handelspolitischen Ausschusses fanden beim Reichskanzler Besprechungen von Vertretern der Regierungsparteien über die Agrarzölle statt. Wie der „Tag" erfährt, nimmt man in parlamentarischen Kreisen an, daß das schon eingeleitete Kompromiß etwa am Dienstag vollendet werden kann. Das Kompromiß werde, wenn die jetzige Richtung der Verhandlungen mit Zustimmung der Fraktionen eingehalten werden könne, eine Aufhebung der Mindestzölle für Getreide in der Regierungsvorlage bringen, würde dafür aber autonome Zölle ohne Bindung nach unten für Getreide und für Vieh und tierische Produkte bringen. Außerdem würden Bestimmungen über die Einfuhr von Gefrierfleisch getroffen werden, wobei die zollfreie Einfuhr eines bestimmten Kontingents beabsichtigt sei. Im übrigen würde aber auch die Fleischproduktion Deutschlands durch autonome Zölle gesichert.

★

Die vorliegende Meldung bestätigt die Meldungen der letzten Tage von seiten der deutschnationalen Presse, insbesondere dem Organ der Großagrarier, der **„Kreuzzeitung", daß die Einigung mit dem Zentrum durchaus gegeben sei.**

Das Zentrum in seinen Fraktionssitzungen gibt sich, um seine Arbeiter und kleinen Bauern nicht noch im letzten Augenblick rebellisch zu machen, den Anschein, als zögere es seine Entscheidung hinaus. Inzwischen ist die Entscheidung der Zentrumskapitalisten längst gefallen.

Sie fällt täglich im **Handelspolitischen Ausschuß des Reichstages**, wo alle Bürgerblöcker in einträchtiger Geschlossenheit die Industrieschutzzölle bewilligen.

Die Eisenzölle, das Fundament des deutsch-französischen Eisenpaktes zur Ausplünderung der Werktätigen Europas, sind aufrechterhalten worden.

Die Textilzölle und mit ihnen die Preise für das Hemd des Arbeiters, die Schürze der Arbeiterfrau, sind **verdoppelt und verdreifacht** worden.

Die Automobilzölle, die Prämie auf die Rückständigkeit der deutschen Automobilkapitalisten, sind **vervielfacht** worden.

Der lückenlose Industriezolltarif ist so gut wie fertig.

Bleibt der Zolltarif auf die Agrarprodukte. Er wird genau so lückenlos werden. Die Junker haben die Industriezölle apportiert; die Bürgerblockregierung hat unter ihrem Diktat den deutsch-spanischen Handelsvertrag gekündigt; das Großkapital und seine Regierung lohnen es ihnen durch den **lückenlosen Agrarschutzzoll.**

Das Kompromiß zeichnet sich schon ab: es läuft auf **eine Erhöhung der Korn- und Viehzölle noch über den Luther-Tarif** hinaus.

Zwar die Mindestzölle auf Roggen und Weizen sollen fallen; das soll die **Beruhigungspille** für die Arbeiter und Angestellten sein, die trotz des Aufwertungsschwindels noch hinter dem Zentrum und den Deutschnationalen herlaufen. Aber an Stelle der Mindestzölle treten erhöhte autonome Zölle von 7,50 Mk. für Weizen und 7 Mk. für Roggen schon vom 1. August d. J. an. Nach dem Luther-Tarif sollten wenigstens bis zum 1. August 1926 die Weizenzölle höchstens 5,50 Mk. und die Roggenzölle höchstens 3 Mk. betragen.

Dazu kommen **Mindestzölle auf Vieh**, die auch in Handelsvertragsverhandlungen **nicht herabgesetzt werden können.**

Der Zolltarif, der jetzt im Handelspolitischen Ausschuß vollendet wird, wird die breiten Massen der Werktätigen **noch schamloser ausplündern, als es schon nach dem Luther-Tarif geplant war.**

An zwei Milliarden jährlichem Tribut werden die deutschen Arbeiter, Angestellten und arbeitenden Bauern in die Taschen der Junker, Großbauern und Großkapitalisten zahlen müssen.

Noch ist der Schutzzolltarif nicht Gesetz. Noch ist es Zeit gegen ihn zu kämpfen.

Die **Sozialdemokraten** künden Demonstrationen **gegen den Zollwucher** an. Gut. Doch sie sitzen in Preußen zusammen mit dem **Zentrum, das im Reich die Wuchertzölle bewilligt.** Glauben die Arbeiter, daß eine Partei im Parlament und auf der Straße **gegen Wuchertzölle kämpfen kann, die mit einer Zollwucherpartei zusammen regiert?**

Wir Kommunisten haben **die Sozialdemokraten**, wir haben **den ADGB.** öffentlich aufgefordert, gemeinsam im Parlament, in den Betrieben die **Massen zum Kampf gegen den Zollwucher aufzurufen.** Nichts ist bis heute geschehen.

Aber in Berliner Betrieben haben die Proleten **über die Parteischranken hinweg Aktionskomitees zur Durchführung des Zollkampfes gebildet.** Dieses Beispiel muß nachgeahmt werden, überall müssen die Werktätigen gemeinsam ihre Kampfausschüsse gegen die Wucherzölle bilden, überall **müssen sie in geeinter Gewerkschafts- und Betriebsfront aufmarschieren, um die Front der Zollwucherer zu zerschlagen.**

Die große Einigkeit unter dem Hindenburg-Bild

Die Note an Briand ist abgegangen

Noch im vorletzten Jahrhundert pflegten die dynastischen Schmarotzer der deutschen Länder und Ländchen, jene üppigen Vielfürsten, mit Hilfe ihrer „Hofjuden" die zum Soldatendienst gepreßten „Landeskinder" **für bar Geld an auswärtige kriegführende Mächte zu verkaufen** und wie schlachtreife Hammel zu verfrachten. (Darüber gibt es allerdings keinen „Friedericus"-Film.)

Man muß sagen, daß sich die Zeiten gewandelt haben. Damals waren es kleine Barabschlüsse **über einige Bataillone**, heute wird das ganze Volk mitsamt der deutschen Staatshoheit nicht nur wirtschaftlich (durch Dawes-Pakt), **sondern auch politisch und militärisch** (durch Sicherheits-Pakt), **an die auswärtigen Raubmächte verschachert.** Man ist bereits mitten in diesem Geschäft. Die Antwortnote der „ersten nationalen Regierung" an den Herrn Briand, **den Advokaten des französischen Imperialismus, ist abgegangen;** wir stehen unmittelbar vor ihrer Veröffentlichung. Wenn die Büchse geöffnet ist, wird sich nicht viel Ueberraschendes zeigen; daß die Note der Luther-Regierung auf jenen volksparteilichen „Richtlinien", also auf einem festen Interessen-Pakt zwischen den Junkern und Schwerindustriellen beruht, ist unzweifelhaft. Als unsere Herrn Deutschnationalen die **„Posaune von Jericho"** an den Mund setzten und **„nationalen Widerstand"** proklamierten, haben wir Kommunisten auf die **deutschnationale Dawes-Abstimmung** verwiesen und das erneute „patriotische" Geschrei **für baren Schwindel erklärt.** Um schon den Uebergang von der **patriotischen Phrase zur prozentpatriotischen Tat** zu erleichtern, hat die Hofpartei des Herrn Feldmarschall dann eine kleine **Hetze** gegen die Person des **Außenministers** inszeniert: der betrogene Kleinbürger konnte nun im Schatten des Hindenburg-Bildes gegen die streßemännische **Person toben** und die **Sache darüber vergessen.** Dann war die Sache, das Geschäft, **reif zum Abschluß.**

Die Regierung Luther, nicht weniger als **vier stramme Deutschnationale** zählend, hat **einmütig** das Papier für Paris fertiggemacht. **Einmütig** gaben die Herren Regierungs-Kappisten dem politischen Verschacherungsgeschäft den Segen. **Von Hindenburg bis Breitscheid** ist man **einig** über das Vorwärtstreiben der Todespakt-Verhandlungen. Ob Deutschland von deutschnationalen oder von sozialdemokratischen Staatsmännern, ob es von Kapp-Leuten oder von Rathenau-Anhängern der politischen Verfügungsgewalt der Weltmächte ausgeliefert wird, **ist gleichgültig;** ob die Sozialdemokraten verkappte deutschnationale, ob die Deutschnationalen verkappte sozialdemokratische Politik treiben, ist gleichfalls Jacke wie Hose. Die sozialdemokratischen Makler der sogenannten Europa A.-G. haben insofern Recht, wenn sie jetzt wieder triumphierend erklären, die Deutschnationalen hätten sich zur sozialdemokratischen Politik bekehrt; denn sie erklären damit nichts anderes, als daß die sozialdemokratischen „Staatsmänner" und Parteihäupter eben seit dem ersten Tag der Bourgeois-Republik **Bourgeois-Republik** getrieben haben. Wir glauben nicht, daß ein einziger Arbeiter jemals der Ansicht sein könnte, daß ein Industriekapitän oder ein Krautjunker jemals sich zu einer **sozialistischen** Politik „bekehren" würde. Eher noch würde ein **Aasgeier** sich in eine **Turteltaube** verwandeln.

*

Die unter dem Präsidentenbilde des kaiserlichen Feldmarschalls neu verbriefte Einigkeit der Parteien ist eine **„realpolitische" Wiederholung des Burgfriedens vom 4. August. Jedermann,** außer den sozialdemokratischen Häuptern und Schreibern, **spricht es offen aus, daß es gegen Sowjet-Rußland geht,** daß dieser Pakt ein Todes-Pakt ist, daß die Weltmächte fieberhafte Kriegsrüstungen betreiben. **Daß also die bedingungslose Zustimmung der SPD.-Führer zum Sicherheits-Pakt nur eine Vorwegnahme eines künftigen 4. August darstellt, muß für jeden nachdenklichen Arbeiter klar werden.**

Die schwerindustrielle Bourgeois-Fraktion hat also doppelt und dreifach Recht, wenn sie ihre **politische Bilanz**, insbesondere den sozialdemokratischen und den deutschnationalen Posten mit **Befriedigung** betrachtet. Man höre, was die „Tägliche Rundschau" (Volkspartei) am Tage nach Abgang der Note erklärte:

Die Grundgedanken des deutschen Memorandums vom Februar d. J. und die auf ihm ruhende Sicherungspolitik haben im Auswärtigen Ausschuß die Zustimmung aller Parteien, **von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen**, gefunden; nur die **Deutschvölkischen** und die **Kommunisten** schlossen sich von der **gemeinsamen Front** aus . . . Auch der stärkste Redeeifer wird die Tatsache nicht aus der Welt reden können, daß **in der entscheidenden Frage** der Außenpolitik eine in Deutschland nicht oft erreichte **Sammlung und Uebereinstimmung der Meinungen von den Deutschnationalen bis zur Sozialdemokratie** besteht . . . **Unser Hindenburg** hat in der kurzen Zeit seiner Amtstätigkeit die Präsidentschaft so musterhaft geführt und so würdig vertreten, daß selbst in jenen Kreisen, die ihn aufs schärfste bekämpft, **Beruhigung** und **Vertrauen** (!) eingezogen ist.

Am selben Tag las man im „Vorwärts" einige Sätze, die sehr aufschlußreich sind. Sie deuten direkt auf die große Barrikade **zwischen den Klassen und ihren Parteien; es hieße da:**

Der Gegenstoß der Bauarbeiter

Gestern nahm die Zentralstreikleitung, an der leider der Baugewerksbund **noch immer nicht beteiligt ist**, in eingehender Beratung zur augenblicklichen Lage Stellung. Sie stellte fest, daß die Aussperrung mit wenigen Ausnahmen durchgeführt ist, daß diese Ausnahmen aber dazu dienen sollen, die Kampffront der Arbeiter zu zersplittern und gleichzeitig die dringendsten Arbeiten zu erledigen. **Gemäß dem Beispiel der Magdeburger Bauarbeiter**, die bereits mit Erfolg gegen die nichtaussperrenden Unternehmer vorgestoßen waren und ihre Forderungen voll bewilligt erhielten, wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, den heute tagenden Mitgliederversammlungen der ausgeschlossenen Bauarbeiter und der Zimmerer folgende Resolution zur Annahme vorzuschlagen, die **auch dem Baugewerksbund übermittelt** wurde:

Resolution

Das brutale und rücksichtslose Vorgehen der Unternehmer, die mit allen Mitteln eine Niederlage der Bauarbeiter erstreben, verlangt die schärfsten Kampfmaßnahmen. Die am Montag, dem 20. Juli, im „Volkspark" tagende Mitgliederversammlung beschließt, alle Firmen, die sich weigern, den geforderten Lohn zu zahlen, stillzulegen. Die Zentralstreikleitung wird beauftragt, ab morgen allen Unternehmern, welche noch nicht ausgesperrt haben, die Forderung auf den verlangten bezirklichen Spitzenlohn in der Höhe von 1,20 Mark zuzustellen. Die Frist läuft bis Mittwoch, den 22. Juli, mittags 12 Uhr. Unternehmer, welche sich weigern, den Spitzenlohn in der Höhe von 1,20 Mark zu zahlen oder bis zum Ablauf der Frist nicht antworten, sind als bestreikt zu betrachten und sind die Kollegen aus diesen Betrieben herauszuziehen.

Unter keinen Umständen dürfen Arbeiten in eigener Regie ausgeführt werden, sodern nur von den Unternehmern, welche die geforderten Löhne bewilligt haben.

Diese Resolution wurde bei den Zimmerern gegen eine Stimme, bei den ausgeschlossenen Bauarbeitern gegen vier Stimmen angenommen, welche die sofortige bedingungslose Stillegung aller Betriebe forderten.

Für die Gewerkschaftseinheit!

Im Anschluß an die so beschlossene Verschärfung des Kampfes nahmen sowohl die Streikversammlung der Zimmerer wie die der ausgeschlossenen Bauarbeiter Stellung zu dem **Verschmelzungsvorschlag**, der vom Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter dem Bauwerksbund gemacht worden war. **Einmütig** kam die Auffassung zum Ausdruck, daß die Verschmelzung der beiden Bauarbeiterorganisationen im dringendsten Interesse der gesamten kämpfenden Arbeiterschaft liegt und **einmütig** wurden darum auch die Beschlüsse gefaßt.

Die Resolution der Zimmerer lautet:

Die am 20. Juli tagende Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer Halle ersucht den Beirat des Baugewerksbundes, in seiner nächsten Sitzung den von der Zentrale des V. d. a. B. gestellten Anträgen zuzustimmen, damit endlich die Einheitsfront im Baugewerbe herbeigeführt wird.

Ein gleichlautender Antrag wurde von der sehr stark besuchten Mitgliederversammlung des Verbandes der ausgeschlossenen Bauarbeiter (es waren über 1600 Kollegen anwesend) **einmütig** angenommen.

Die kämpfenden Bauarbeiter für den roten Antikriegstag am 26. Juli

In der Mitgliederversammlung des Verbandes der ausgeschlossenen Bauarbeiter wurde **einstimmig** die folgende Resolution angenommen:

Die am 20. Juli tagende Mitgliederversammlung des Verbandes der ausgeschlossenen Bauarbeiter begrüßt die offene Aufforderung der KPD. zum roten Antikriegstag am 26. Juli. Sie fordert alle Bauarbeiter auf, restlos an der Demonstration teilzunehmen und beauftragt den Vorstand, einen Vertreter in das Aktionskomitee zu entsenden.

Die Versammlung der Zimmerer sprach sich mit der gleichen Einmütigkeit in demselben Sinne aus.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250721-11/fragment/page=0001

„Außenpolitisch gibt es ja in Deutschland heute eigentlich nur noch zwei Programme: das kommunistische und das sozialdemokratische. Das kommunistische Programm predigt wenigstens nicht, wie das abgetane nationalistische, die Gewalt ins Blaue hinein, sondern sucht die Lösung im Bündnis Deutschlands mit einer starken Militärmacht: Rußland. Das sozialdemokratische sucht sie in dem Zusammenschluß der Völker (Völker? D. Red.) westlicher Kultur und hochkapitalistischer Entwicklung."

Das ist ziemlich klar gesagt. Es gibt in der Tat nur ein bürgerliches und ein proletarisches Programm und die Barrikade der künftigen Klassenschlacht verläuft zwischen der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei. Zwei Programme — zwei Wege — zwei Welten. Die unerbittlichen Notwendigkeiten der Geschichte selbst werden die deutsche Arbeiterklasse vor die Entscheidung stellen. Da nützt kein Fluchen und kein Beten und kein Augenschließen. Die „außenpolitischen" Interessen der Arbeiterklasse sind eins mit ihren „innerpolitischen", ihre geschichtlichen Notwendigkeiten sind eins mit ihren unmittelbaren Existenznotwendigkeiten. Noch ist die offene Konterrevolution an der Macht, zu der sie über den Verbindungsweg der kleinbürgerlichen Novembermänner gelangte. Wenn die Revolution erneut ihr eisernes Gesicht erhebt, wird sie die konterrevolutionäre Distelblüte samt ihrem novemberlichen Wurzelwerk ausreißen und auf denselben Misthaufen werfen, auf den der kaiserliche Plunder damals von selber sank. Dann wird die breite Heerstraße der Arbeiter von Kanton über Moskau bis ins Herz der westlichen Kapitalswelt rüstig zu vollenden sein. Heute schleppen wir unermüdlich Stein um Stein, wir, die Klasse des revolutionären Fortschritts, wir, die freie Gesellschaft der Zukunft.

Der Inhalt der Note über den Sicherheitspakt

(Eig. Drahtm.) Berlin, 21. Juli.

Von der gestern in Paris überreichten Antwortnote der Luther-Regierung kann mit Sicherheit gesagt werden, daß die Hindenburg-Luther-Regierung den wesentlichen Ententeforderungen zustimmt. In den Einzelheiten macht sie zwar schwache Vorbehalte, läßt aber durchblicken, daß sie in einer vertraulichen, nicht öffentlichen Konferenz mit sich reden lassen wird. Die Reichsregierung erklärt sich bereit, mit der Entente einen Sicherheitspakt abzuschließen, der Deutschland in die antisowjetistische Front stellt. Die Reichsregierung ist bereit, einen Pakt abzuschließen, der die Grenzbestimmungen des Versailler-Vertrages noch einmal bestätigt. Sie ist bereit, in den Völkerbund einzutreten. Was an „deutschen Vorbehalten" bekannt wird, sind äußerst magere für den Bedarf der nationalistischen Aktion zugeschnittene Mäschen. So wünscht die Reichsregierung ihren Anhängern als „Erfolg" eine sichere Räumung des Kölner Gebiets und eine „Erleichterung" der Militärkontrolle zu bieten. Die Kölner Zone sollte „von Rechts wegen" bereits im Januar geräumt sein und es ist leicht möglich, daß der englische Imperialismus mit Rücksicht auf die Dringlichkeit des Kriegspaktes eine „beidige" Räumung gewähren wird. Ebenso kann eine „Milderung" der Militärkontrolle von der Entente sehr wohl in Erwägung gezogen werden, wenn das gesamte Waffen- und Menschenmaterial Deutschlands von der Entente in den Dienst genommen wird.

Die französischen Imperialisten sind mit der deutschen Note zufrieden

TU. Berlin, 21. Juli.

Die Morgenblätter veröffentlichen folgende Auslassung des halbamtlichen französischen Nachrichtenbureaus: Die gestern nachmittag durch Botschafter von Hoesch dem Außenminister Briand überreichte deutsche Note ist ein fast ebenso langes Dokument, wie das französische Memorandum vom 16. Juni, auf das die Note die Antwort erteilt. Es ist in sehr sorgfältigen Wendungen abgefaßt und seine Beweisführung folgt im allgemeinen der Linie der französischen Note. Die deutsche Note bedeute die Eröffnung von Verhandlungen. Das ist der erste Eindruck, den man in autorisierten Kreisen hat. Die deutsche Regierung äußere gewisse Vorbehalte, namentlich hinsichtlich der Zulassung Deutschlands zum Völkerbund und der sich daraus für Deutschland auf Grund des Artikels 16 des Statuts ergebenden Verpflichtungen. Aber das sind gerade die Punkte, die man erörtern müsse und deren Zweifel im Verlaufe der Verhandlungen geklärt werden müssen. Auf alle Fälle liefert die Note der Reichsregierung den Beweis, daß der Wunsch, zu einem Ergebnis zu gelangen, in Deutschland vorhanden ist.

Auch die englischen Imperialisten sind zufrieden

(TU.) London, 20. Juli.

„Times" schreiben: Die deutsche Antwortnote an Frankreich sei so gefaßt, daß man glaube, die Fortsetzung der Verhandlungen rechtfertige die Aussichten auf ein endgültiges Uebereinkommen. Man hoffe, daß die Verhandlungen schnell genug vorwärts gingen, um den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund schon auf der Septembertagung in Genf erörtern zu können. Der Text der deutschen Antwortnote wird heute ebenfalls in London überreicht werden, doch wird der Inhalt der deutschen Note nicht vor Mittwoch vormittag veröffentlicht werden.

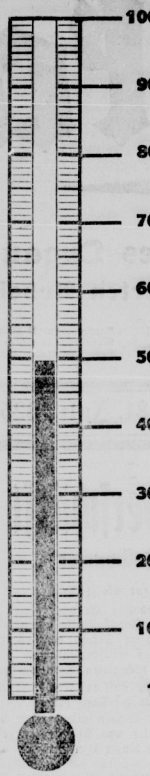
Ein brauchbarer Vorschlag

Der „Volksbote" für den unbedingten Volksentscheid gegen den Zollwucher

Entgegen der sehr verklausulierten Resolution des Bezirksparteitages der SPD. unter gewissen Bedingungen zu einem Volksentscheid gegen den Zollwucher aufzurufen, die nach der ganzen Volt ist der SPD. nichts anderes bedeutet, als daß man nicht gewillt ist (weil die Bedingungen nicht gegeben sind), zum Volksentscheid in dieser Frage zu greifen, bringt der „Volksbote" in seiner Sonnabendnummer einen Leitartikel unter der Ueberschrift „Volksentscheid gegen Zollgesetz!". In diesem Artikel wird unter allen Umständen zu einem Volksentscheid in dieser Frage aufgerufen. Es heißt dort: „Staatsweise Bedenken gegen diese Aktion gelten nicht". Selbst dann nicht, wenn die Zollvorlage in mancher Beziehung verbessert zur Annahme gelangen sollte (was heute schon dadurch überholt ist, daß eine Verschärfung selbst der Zollvorlage, wie sie die Regierung eingebracht hat, eingetreten ist). An praktischen Vorschlägen wird in diesem Artikel folgendes vorgeschlagen: Die sozialdemokratische und kommunistische Fraktion des Reichstages sollen, da sie das erforderliche Drittel der Reichstagssitze innehaben, bei Annahme der Zollvorlage einen Antrag auf Aussetzung der Verkündigung stellen. Dadurch wird der Volksentscheid notwendig.

Mit diesem Vorschlag können sich die Kommunisten durchaus einverstanden erklären. Haben sie diesen Vorschlag doch selbst in ihrem offenen Brief an den ADGB. geschrieben. Allerdings bringt eine einzige Schwalbe noch keinen Sommer und der Zeiger „Volksbote" steht mit dieser Forderung noch ziemlich vereinzelt da. Es gilt aber heute, mit aller Macht soweit zu kommen, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gezwungen wird, diesen parlamentarischen Weg zu beschreiten, der zusammen mit der außerparlamentarischen Aktion der breiten Massen die Zollvorlage der Regierung, die noch verschärft worden ist, zu Fall zu bringen.

Sendet sofort die ausgefüllten Amnestielisten



Heute nachmittag 4 Uhr wird im Reichstagsgebäude der Reichstag zur Amnestievorlage der Luther-Regierung Stellung nehmen. In den folgenden Tagen werden die Körperschaften des Reichstages zu entscheiden haben. Jetzt gilt es, die parlamentarische Aktion mit dem außerparlamentarischen Druck der Arbeitermassen zu verbinden. Kein Betrieb, der nicht auf seine Weise möglichst den Druck des Parlaments zu verstärken hilft; kein sozialdemokratischer Arbeiter kann sich dieser Aktion verschließen. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Kurt Rosenfeld schrieb am 18. Juli in einem Artikel des „Vorwärts": „Bei dieser Sachlage wird die Sozialdemokratische Partei alles aufbieten, damit die von uns seit Jahren geforderte und in jeder Strafanstalt sehnlichst erwartete Amnestie beschlossen wird. Aus dem Hindenburg-Vorschlag zur Amnestie muß eine wirkliche Amnestie gemacht werden. Mit den unverständlich gebliebenen Urteilen einer krassen Partei- und Klassenjustiz muß endlich und gründlich aufgeräumt werden."

Die Arbeiter der Betriebe müssen selbst kontrollieren, ob die sozialdemokratischen Parteiführer im Reichsrat und Reichstag und außerhalb des Parlaments nach diesen Worten handeln. Die Bourgeoisie wird nur unter dem schärfsten außerparlamentarischen Druck nachgeben.

Darum Massenaktionen, setzt Delegationen in Bewegung; desgleichen mit Eifer Millionen Unterschriften für die Vollamnestie gesammelt.

Die 100 000 müssen in den nächsten Tagen erreicht sein

Die Einheit in den Gewerkschaften marschiert

Das Leipziger Gewerkschaftsfest unter der roten Fahne

Leipzig, 20. Juli.

Das gestern stattgefundene Gewerkschaftsfest stand unter dem Eindruck der Kommunisten und der roten Fahne. Die Einheit in den Gewerkschaften marschiert trotz der Provokation von den sozialdemokratischen Kartellvorsitzenden und Leitern und Vorsitzenden der großen Verbände. Besonders bei den starken Verbänden war die KPD. vorherrschend. Der Leipziger Gewerkschaftsbürokratie ist es nicht gelungen, wie beabsichtigt, die Kommunisten von dem Zuge abzutrennen. Die Arbeiter in den Gewerkschaften wollen die Einheitsfront trotz aller Sabotageabsicht der Gewerkschaftsführer. Der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells war auf diese Situation vorbereitet. Mit roter Fahne im Auto fuhr er die Front ab. (Im Vorjahre schwarzroigold.)

Willst Du den neuen imperialistischen Krieg?

In den Fußtapsen Liebknechts

Zahlreiche Verhaftungen wegen antimilitaristischer Propaganda

TU. Mainz, 21. Juli.

In Mainz sowie in Worms, Ludwigshafen und anderen Städten wurden zahlreiche Kommunisten wegen antimilitaristischer Propaganda von der französischen Besatzungsbehörde verhaftet, und kommen demnächst vors Kriegsgericht.

Oder willst Du am 26. Juli für den Entscheidungskampf aller Werktätigen gegen Krieg und Kapitalismus demonstrieren?

Die bürgerliche Presse zum zehnten Parteitag

Das „Volksblatt" und die „Hallesche Zeitung" besprechen unseren 10. Parteitag in dem Sinne, wie wir es gestern schon vorausgesehen haben. Wir wundern uns in keiner Weise darüber, daß das deutschnationale Blatt der Meinung ist, die taktische Schwenkung der Partei bedeute eine Unterstützung der Schwarzroigelben. Die Herren werden, wie wir es gestern voraussagten, schon in der Praxis merken, was es mit dieser „Unterstützung" auf sich hat.

Das „Volksblatt" haut im Grunde in dieselbe Kerbe, wenn es auch ein wenig gedämpft ist und mit der Möglichkeit einer — natürlich nur „zeitweisen" — „Stabilisierung der kommunistischen Bewegung" rechnet. Ob wir uns in „Niederlagensstimmung" befinden oder nicht, darüber wollen wir mit dem „Volksblatt" nicht rechten. Wir müssen aber tatsächlich feststellen, daß der Artikel des „Volksblatt" die Verhandlungen des Parteitags durch falsche Zitate und verdrehte Darstellungen bewußt entstellt. Insbesondere die Rede des Genossen Pieck wird ungefähr in dem entgegengesetzten Sinne gebracht, wie sie wirklich gehalten war. Jeder Arbeiter, der die Wahrheit wissen will, mag in dem vom „Klassenkampf" veröffentlichten Parteitagsbulletin nachlesen. Wir empfehlen das auch den sozialdemokratischen Arbeitern, wenn sie wirklich eine Vorstellung vom Wesen der Kommunistischen Partei und ihrer Taktik bekommen wollen.

Ueberflüssig zu sagen, daß das „Volksblatt" eine sich bietende Gelegenheit benutzt, um durch verdrehte Nachrichten über die geplante Rußland-Delegation der Wiener Arbeiterkammer ein wenig Antibolschewistenhetze zu betreiben.

Die „Republik" prügelt ihre „Schützer"

Bekanntlich ist vor einiger Zeit der Reichsbanner-Mann Gustav Müller aus Striegau zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil er nicht stillhielt, als Stahlhelmbanditen über ihn herfielen. Gustav Müller und mit ihm etliche Gesinnungsgenossen trommeln nun für ihren patentierten Republikschutz, während ihre Familien verrecken können.

Treue, biedere SPD.-Männer Striegaus haben einen „Gustav-Müller-Unterstützungsverein E. V." gegründet und beschlossen, eine „Gustav-Müller-Gedenkmünze" prägen zu lassen, deren Erlös zur Linderung der Not der Angehörigen der Eingekerkerten dienen soll.

Die Staatsanwaltschaft nahm eine Haussuchung vor und beschlagnahmte die 2000 Münzen auf Grund der Verordnung über die Verwendung von Metallen in der Kriegszeit vom 15. Februar 1917. Darüber regt sich nun die SPD.-Presse gewaltig auf, dieselbe Presse, die sonst nicht fanatisch genug gegen die „Rote Hilfe" hetzen kann.

Der Staatsanwalt hat doch nur getan, was Dutzende SPD.-Minister, -Polizeipräsidenten und -Landräte ihm vorgemacht haben.

Die SPD.-Arbeiter sollen endlich begreifen, daß sie mit dieser „freiesten aller Republiken" nichts gemein haben dürfen.

Der beste Hausknecht im ganzen Land

Am Freitagnachmittag ist es bekanntlich im Reichstag zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen, als bei der — übrigens ungeheuer „wichtigen" — Debatte über das Recht der abgekehrten Offiziere zum Uniformtragen ein Völkischer Märchen über angebliche Revolutionsgreuel gegen Offiziere an den Mann zu bringen suchte. Die Sozialdemokraten ließen ihn nicht weiterreden, die Sitzung mußte unterbrochen und später vertagt werden.

Die deutschnationale Presse ist natürlich äußerst erbost und wütet gegen den Zentrums-Vizepräsidenten des Reichstags Dr. Bell, der die Sitzung leitete. Er griff nicht energisch genug ein! Die hyperreaktionäre „Kreuzzeitung" verweist ihn darum auf das Vorbild einer „starken Hand":

„Vizepräsident Dr. Bell forderte wieder und wieder Ruhe für den Redner und Einnehmen der Plätze — die vereinigten Internationalen verlachten seine Anordnungen und tobten weiter. Statt nun die Ruhestörer — wie es Herr Leinert im Preußischen Landtage mit den Kommunisten getan, als sie seine Anordnungen nicht befolgten — durch Polizei hinauswerfen zu lassen, wozu er durch Zwischenrufe aufgefordert wurde, unterbrach er die Sitzung auf fünf Minuten."

Man merkt ordentlich ein Aufseufzen der Bourgeoisie: sie möchte den sozialdemokratischen Würdenträgern ja ganz gerne manchmal den Fußtritt geben — aber — so ausgezeichnete Hausknechte findet man eben so schnell nicht wieder! Herr Leinert ist schlechterdings nicht zu überbieten!

Ist dieses überschwängliche Lob aus dem übelsten deutschnationalen Hetzmaul aber wirklich nicht deutlich genug, um die wahre Rolle der sozialdemokratischen Führer und ihrer Praktiken vor den Massen ehrlicher Arbeiter zu entlarven?

Die Hüter der Zivilisation

Die „Vossische Zeitung" (also ein bürgerliches Blatt) meldet aus Kapstadt:

Eine Gerichtsverhandlung in Kapstadt hat Zustände auf einer Zuckerplantage im Zululande aufgedeckt, die an die schlimmsten Zeiten der Sklaverei erinnern. Der Besitzer der Plantage hat die schwarzen Arbeiter so unmenschlich behandelt, daß viele von ihnen den Verletzungen und der Ueberanstrengung erlagen. Nachts wurden die Arbeiter in Schuppen eingesperrt und zu Tode geprügelt, wenn sie den Versuch machten, zu entweichen. Die Löhne wurden nicht ausgezahlt, sondern verrechnet gegen Lebensmittel und Kleider, die der Besitzer den Arbeitern zu hohen Preisen verkaufte. Der Sklavenhalter erhielt eine Geldstrafe. (!)

Arbeiter- und Bauerntag in Württemberg

(Eig. Drahtm.) Stuttgart, 20. Juli.

Anläßlich der 400jährigen Wiederkehr des Bauernkrieges veranstaltete das Gewerkschaftskartell Böblingen einen Arbeiter-Bauerntag, zu dem Delegationen der Bauern aus dem ganzen Reiche erschienen waren. Unter starker Anteilnahme der werktätigen Bevölkerung bewegte sich ein 5000 bis 6000 Mann starker Demonstrationszug durch die Straßen Böblingens. Die Ansprache hielt der Genosse Hörnle. Der Tag stand unter dem Zeichen des Bündnisses zwischen Stadt und Land.

Karl Kautsky

schreibt in seiner neuen Broschüre „Die Internationale und Sowjet-Rußland":

„Seitdem sind zwei Menschenalter verflossen, ungeheuer Vieles hat sich von Grund aus geändert, aber wiederum sitzt in Rußland eine „barbarische Macht", die sich hohnlachend über die „einfachen Gesetze der Moral und des Rechts" hinwegsetzt. Abermals konnten wir Zeugen sein der „idiotischen Gleichgültigkeit", mit der Europa „die Eroberung der kaukasischen Bergfeste durch Rußland mit ansah". Geändert hat sich nur, daß jene Gleichgültigkeit diesmal nicht auf „die höheren Klassen beschränkt blieb, und daß „diese barbarische Macht" ihr Haupt nicht mehr in Petersburg hat, sondern in Moskau, weiter weg von Europa und näher zur Tatarei, und daß „deren Hände" nicht so sehr „in jedem Kabinett" als vielmehr in jeder proletarischen Bewegung, nicht bloß Europas, sondern der Welt im Spiele sein möchten." (Seite 5 und 6.)

„Als aber Kapitalisten und Großgrundbesitzer ausgerottet, die wirklichen Weißgardisten zurückgeschlagen waren, zeigte es sich, daß das bloße Plündern der Besitzenden, das jeder Räuber und Dieb versteht, kein Sozialismus ist, daß zu dessen Aufbau im bolschewistischen Rußland alle Vorbedingungen fehlten, so daß der Produktionsprozeß immer mehr stockte, das Elend der Massen immer größer wurde, je mehr sich die bolschewistische Staatsmacht befestigte.

Nun begann sich in den werktätigen Massen, namentlich den Arbeitern in Industrie und Verkehr, immer lebhafter die Opposition gegen den herrschenden Kurs zu regen. Um so mehr wendete sich jetzt die Wut der Machthaber gegen das Proletariat, das immer unbequemer wurde. Die Niederhaltung der andersdenkenden Sozialisten, die das bolschewistische Regime von Anfang an betrieben hatte, wurde nun zur grausamsten Verfolgung, deren Greuel selbst die des Zarismus übertrafen." (Seite 9.)

Statt Tobsuchts- „Beruhigungszelle"

Eine „Berichtigung"

„Zu dem Artikel „Neue Schikanen gegen Max Hölz" in Nr. 147 vom 13. Juli 1925 ersuche ich wegen der in dem Artikel enthaltenen Unrichtigkeiten gemäß § 11 des Reichspressegesetzes um Aufnahme folgender Berichtigung in der nächsten für den Druck nicht bereits abgeschlossenen Nummer zu veröffentlichen und mir gegen Kostenerstattung ein Belegexemplar zu übersenden:

„Es ist unwahr, daß Max Hölz in die Tobsuchtszelle gesperrt worden ist, daß man ihm alles entzogen, Brutalität und Schikanen angewandt hat, um ihn kleinzukriegen. Hölz wurde vielmehr, weil er die Ruhe der Anstalt störte und trotz Ermahnung nicht davon abließ, in eine Beruhigungszelle verlegt. Er mußte mehrere Tage darin verbleiben, weil er immer wieder die Ruhe störte. Er hat die Beruhigungszelle ebenso gesund verlassen, wie er sie betreten hatte. Von einem fortgesetzten Obstruktionskampf kann gar keine Rede sein, Hölz verhält sich jetzt wieder ruhig, nachdem er sein Unrecht eingesehen hat." (Wer lacht da nicht. Die Red.)

Name unleserlich.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250721-11/fragment/page=0002

Für den Generalstreik, gegen den Marokkokrieg

Der nordfranzösische Arbeiterkongreß in Lille

(Eig. Drahtm.) Lille, 21. Juli.

In Lille fand ein Arbeiterkongreß für Nordfrankreich statt, der sich ebenfalls für den Generalstreik gegen den Marokkokrieg aussprach. An diesem Kongreß nahmen 1189 Delegierte im Auftrag von 282 000 Arbeitern des Gebietes teil. Die Zusammensetzung des Kongresses beweist auch hier, daß die große Masse nicht kommunistischer Arbeiter in die antiimperialistische Front eingegliedert werden. 132 sozialdemokratische und 53 reformistische Gewerkschaftsdelegierte waren erschienen. Die Zusammensetzung des Kongresses war nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission folgende:

154 Betriebsdelegierte, 53 reformistische Gewerkschafter, 17 revolutionäre Gewerkschafter, 74 Parteilose, 14 kommunistische Frauen, 17 Bauern, 29 Freidenker, 15 vom Bund ehemaliger Kriegsteilnehmer, 132 Sozialdemokraten, 15 Delegierte sozialdemokratischer Ortsgruppen, 11 von den Genossenschaften, 3 „Rote-Hilfe"-Vertreter, 58 kommunistische Jugendliche, 18 revolutionäre gewerkschaftliche Jugendliche, 25 unorganisierte Jugendliche, 258 Kommunisten, 15 polnische, italienische und spanische Arbeiter.

Nach dem Kongreß fand eine Konferenz der Jugenddelegierten statt, an der auch 4 Reformisten teilnahmen.

Vor einem Beamtenstreik in Frankreich

(TU.) Paris, 21. Juli.

Der Nationalrat der Post- und Telegraphenangestellten hat gestern einstimmig eine Entschließung angenommen, nach der zum Generalstreik geschritten wird, wenn die Regierung nicht so schnell wie möglich die seit 1919 unveränderten Gehälter endgültig aufbessert. An einem Streik würden 160 000 Beamte teilnehmen.

Die Marokkoniederlage wirkt sich aus

Räumung des Ruhrgebiets bis Freitag Mitternacht

(TU.) Paris, 20. Juli.

Der Kommandierende der französischen Besatzungstruppen, General Guillaumat, hat den Regierungspräsidenten in Düsseldorf offiziell davon in Kenntnis gesetzt, daß der Rest des Ruhrgebietes bis Freitag Mitternacht geräumt werden wird.

Das siegreiche Vordringen der Riffabylen

Nach den aus Tanger eingetroffenen Nachrichten ist die Offensive der Rifleute seit 24 Stunden in vollem Gange. Dem Vertreter des „Daily Telegraph" in Tanger wird mitgeteilt, man habe den Eindruck, daß die Rifleute ihre Offensive hauptsächlich gegen Fez richten. Der Kampf entwickelt sich in der Mitte der Uergha-Front. Die Franzosen haben bereits zwei wichtige strategische Positionen eingebüßt: Ain Matoufa und Ain Aischa. Infolge der Beschaffenheit des Geländes sind die Operationen der Riffs gegen diese beiden Posten sehr begünstigt gewesen. Im Rücken der französischen Front führen die Rifleute ihre Propagandatätigkeit fort und organisieren die Stämme, welche zu ihnen übergegangen sind.

Der diplomatische Korrespondent der „Sunday Times" schreibt über die Lage in Marokko: Die Entsendung Pétains und Wengands sei ein Zeichen dafür, daß auch die französische Regierung die Lage an der marokkanischen Front für außerordentlich ernst hält. Noch vor kaum einer Woche habe man amtlich die französischen Verluste im ganzen auf etwa 400 Mann beziffert. Jetzt gebe man schon zu, daß sie mehr als das Zehnfache dieser Zahl betragen. Es sei also etwa ein Zwölftel der Effektivstärke der Truppen gefallen. In militärischen Kreisen habe man keine Hoffnung, eine zeitweilige Eroberung und Besetzung von Fez durch die Truppen Abd el Krims vermeiden zu können.

Die Streitmacht Abd el Krims

Paris, 20. Juli.

Nach den aus Ceuta hier vorliegenden Berichten hat Abd el Krim, dessen hervorragende Ratgeber türkische Generalstabsoffiziere sind, die Zeit nicht ungenutzt verstreichen lassen. Auch ihm fließen Verstärkungen zu. Erst jetzt erfährt man, daß türkische Soldaten, die sich über Alexandrette nach Nordafrika begeben haben und auf Umwegen in das Rifgebiet gelangt sind, im Heere Abd el Krims kämpfen und sich durch große Tapferkeit auszeichnen. Man berichtet ferner, daß Hindus unter den Rifleuten kämpfen. Die gesamten Streitkräfte werden jetzt auf 150 000 Mann geschätzt, außerdem sind die von den Franzosen abgefallenen Stämme in Rechnung zu ziehen. Eine Schätzung der von den abgefallenen Stämmen gelieferten Streiter ist nicht möglich. Es wird aber dafür gehalten, daß Abd el Krim alles in allem mit einer Viertel Million Mann gegen Frankreich auftreten kann, wovon die erwähnten 150 000 Mann als ausgebildete und im Marokkokrieg erfahrene Soldaten zu betrachten sind.

Aus der Dunkelkammer der völkischen Feme in Mecklenburg

Nach zehntägigem, bis zu Ende hinter verschlossenen Türen stattgefundenen Verhandlungen des Schweriner Schwurgerichts wurde am Dienstag, dem 14. Juli, in später Abendstunde gegen die Mitglieder der Mecklenburgischen völkischen Feme das Urteil gefällt:

Kalla und Nazon wegen Mordes Todesstrafe; Oberleutnant Schoeler wegen Verleitung zum Morde Todesstrafe; außerdem wegen Verleitung zum Meineid drei Jahre Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte. Landwirt Lezka wegen Verleitung zum Morde Todesstrafe. Verwaltungsanwärter Wagner wegen Beihilfe zum Morde, durch Beschaffung von Waffen zwei Jahre Gefängnis. Bäcker Wistow wegen Meineid ein Jahr drei Monate Gefängnis. Bei Wagner und Wistow werden sechs bzw. sieben Monate Untersuchungshaft angerechnet.

Auch bei der Begründung des Urteils wurde die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. Für die unerhörte Maßnahme des Ausschlusses der Oeffentlichkeit muß die lächerliche Argumentation: Gefährdung der Staatssicherheit herhalten. Schon dieser Skandal ist Beweis genug für die Annahme, daß hinter den verschlossenen Türen des Schweriner Schwurgerichtes, wenn vielleicht auch nur andeutungsweise, Dinge zur Sprache kamen, die die Völkerschiffe alarmierend die Arbeiterschaft aus ihrer Gleichgültigkeit aufgeschreckt hätten.

Völkische Fememorde sind in Mecklenburg keine sensationellen Tagesneuigkeiten. Es vergeht kaum ein Monat, ohne das nicht hier oder dort die Leiche eines bekannten oder unbekannten, offiziellen oder geheimen Anhängers irgend eines völkischen Verbandes, der abtrünnig geworden ist, aufgefunden wird.

Ausgeführte oder versuchte Attentate auf revolutionäre Arbeiter, sind in Mecklenburg durchaus keine Seltenheit. Eine Aufklärung der Morde und Anschläge geschieht nur in den seltensten Fällen. Ein bestimmtes Moment taucht aber bei allen diesen Vorkommnissen auf:

die völkische Feme!

Dort wird im März 1920 im Dorfe Mecklenburg, der Landarbeiter Slumsti vor seinem Hause, vor den Augen seiner Frau und schulpflichtigen Kindern, erschossen. Unbestritten ist, daß sein „Gutsherr" Bachmann zumindest um den zur Ausführung kommenden Mord wußte. **Weder dem Bachmann, noch sonst irgend einem Beteiligten, ist bis heute ein Haar gekrümmt.** Die Witwe mit den Kindern führte ein sorgenvolles Dasein. Der Gutsbesitzer wird z. Zt. in irgend einem Badeort in vollen Zügen das Leben genießen.

Auf dem Gute Niendorf bei Wismar werden im März 1920 mitten in der Nacht die Wohnungen der Landarbeiter überfallen. Zwei Landarbeiter reißt man aus den Betten, spärlich bekleidet, müssen sie vor den Fenstern ihrer Wohnung ein flaches Loch graben, wo sie dann hineingeschossen werden. Lange liegen sie dort ohne Sarg begraben, bis ihre Kollegen ihnen eine bessere Ruhestätte bereiten. Die Mörder wohnen tagelang nach dieser Tat im Herrenhause dieses Gutes und feiern mit ihrem Besitzer Blutrausch-Orgien. Der Besitzer wurde vor dem Morde von den Mördern über die politische Einstellung der Gutsarbeiter befragt. Er hatte bestimmte Kenntnisse von der zu verübenden Mordtat. **Seine Strafe, die kein Gericht, sondern der Mecklenburg-Schweriner Landtag ausgesprochen hat, ist — daß er zum Ministerpräsidenten des Freistaates Mecklenburg-Schwerin gewählt wurde.**

Sein Name ist Freiherr von Brandenstein.

Den Mördern dieser beiden Landarbeiter ist bis zur Stunde nichts geschehen. Der Sohn des Ministerpräsidenten, ein schnoddriger Schüler, wird am Tage der Hindenburg-Wahl mit Pistole und Dolch herumfuchtelnd als völkischer Wahlhelfer betroffen, die Polizei läßt ihn laufen, da er erwiesenermaßen kein Kommunist ist.

Ein anderer Landarbeiter aus Hungersdorf bei Wismar wird in eine Sandgrube geschleppt, wo er die tödliche Faszistenkugel erhält. Das Gericht stellt als Täter einen Oberleutnant a. D. Harlinghausen fest — er wird freigesprochen —, weil er auf höheren Befehl gehandelt haben soll. Dem Befehlshaber ist nichts geschehen, denn der Tote war ja nur ein Proletarier.

In den letzten Tagen brüstet sich in Schweriner Kneipen, in aller Oeffentlichkeit, ein Mann damit, daß er tatkräftig an diesem Morde mitgeholfen hat. Die sofort in Kenntnis gesetzte Schweriner Polizei lehnte selbst auch nur die Feststellung der Personalien dieses Mannes ab. Das charakteristische an dieser Mordsache ist, daß der Mörder Harlinghausen sich in der Gerichtsverhandlung der Oeffentlichkeit als **Sohn eines prominenten Führers der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vorstellte.** Es versteht sich am Rande, daß darauf die sozialdemokratischen Presseklubs entsprechend ihre Berichterstattung einstellten, den Mordbanditen unter ihren Schutz nahmen.

In Stavenhagen wird der alte Arbeiterführer Seidel erschossen. An der Bahre steht, in das durch den Tod Seidels hervorgerufene graue Elend starrend, seine nicht kleine Familie. Den Mördern ist nichts geschehen.

Der Baron le Fort holt aus seiner Scheune ein modernes Artillerie-Geschütz. Er bringt es in Feuerstellung und jagt in die friedliche Stadt Waren eine Anzahl Granaten. Eine von ihnen trifft das Rathaus. Andere reißen die Leiber einer Anzahl Einwohner in Fetzen. Das Strafverfahren gegen den Baron ist eingestellt! Eine Schadenersatzklage der Angehörigen der Ermordeten wurde von den mecklenburg-schwerinischen Gerichten abgelehnt. Nur eine Strafe hat dieser saubere Baron bekommen — **er ist Gemeindevorsteher in Boek bei Waren geworden!**

In Wismar werden kurz hintereinander die Leichen zwei junger Männer aus der Ostsee gezogen. Man weiß, daß es Söhne sogenannter „angesehener" Einwohner sind; man weiß, daß sie um den Mord an dem Minister Walter Rathenau sehr viel wissen. Sie waren Mitglieder der völkischen Feme und haben als solche die Rathenau-Mörder beherbergt und ihnen zur weiteren Flucht verholfen. Man weiß auch schließlich, daß es sich in keinem Falle um einen Selbstmord handelt. Aber eins weiß man bis heute nicht, nämlich — wer sie in die Ostsee hineingeworfen hat. Die Entschuldigung der Staatsanwaltschaft, daß die Mecklenburger Kommunisten ihr die ganze Zeit rauben, muß auf die Oeffentlichkeit lächerlich wirken.

Nach einem fröhlichen Trinkgelage bei Grevesmühlen wird der mecklenburgische Rosbach-Führer von einem Anhänger der Völkischen, von Gräfe-Richtung, erschossen. Tagelang liegen sich dort wegen dieses Mordes die Anhänger beider Richtungen in offener Feldschlacht, gegenüber. Ein Schützengrabenkrieg, wie man ihn aus der „glorreichen" Zeit von 1914 bis 1918 kennt. Das ist das, was darüber bis heute die Oeffentlichkeit erfuhr. Von einer Anklage oder Aburteilung des Mörders ist bisher nichts verlautbar geworden.

Auf dem Gute Neuhof bei Parchim, einem der berüchtigsten Faszistennestern Mecklenburgs, wird der Lehrer Kadow auf die niehischste Weise ums Leben gebracht. Er soll Verrat an der völkischen Sache geübt haben. Einige Mitläufer sind mit geringen Strafen abgeurteilt. Die Drahtzieher, in allererster Linie der Faszistenhäuptling und „Herr" von Neuhof, Schnütgen, laufen bis heute noch frei in Mecklenburg herum.

Auch der Hagenower Mord an dem Fuhrmann Jonas, ist eine Tat der völkischen Feme.

Selbst der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik mußte aussprechen, daß die drei Wochen lang geführten Verhandlungen gegen die Kommunisten Zeutschel und Genossen nicht erwiesen haben, daß sie diesen Mord begangen, oder auch nur etwas von dem Morde gewußt haben. Erwiesen ist aber aus diesen Verhandlungen des Staatsgerichtshofes, daß sehr stark der Verdacht nahe liegt, den völkischen Agitator Pollmann mit dem Morde an Jonas in Verbindung zu bringen. Dieser aber läuft nicht nur frei herum, sondern wird in allen Mecklenburger Kommunisten-Prozessen als Kronzeuge der Reichsanwaltschaft verwandt.

In der Mordsache Holz war die Zusammensetzung des Femegerichtes offenbar zu groß. Die Mordgesellen quatschten, als sie zu stark dem Alkohol zugesprochen hatten. Die Spatzen pfiffen die Namen der Mörder von den Dächern. Die Tatsache konnte die arme Staatsanwaltschaft nun nicht mehr übergehen. Und dieser Mord war Grundlage zu der Gerichtsverhandlung, die am 14. Juli durch obiges Urteil seinen Abschluß gefunden hat.

Schon die rechtliche Seite der Gerichtskomödie muß im höchsten Grade provozierend auf die Arbeiter, ganz gleich, wo sie politisch stehen, wirken. Hunderte kommunistische Arbeiter aus Mecklenburg werden wegen geringer Bagatellen in der letzten Zeit und in den kommenden Wochen vor den Staatsgerichtshof nach Leipzig geschleppt. Dieser ausgesprochene politische Mord der völkischen Feme wird vor dem Schweriner Schwurgericht verhandelt, ein Skandal, der das Klassengerichtssystem in Deutschland auch dem blindesten Arbeiter beweisen muß. Der mecklenburgische Justizminister ist der Pfarrer Dr. Stammer, der nicht oft genug von der Kanzel im Ueberschwang seiner Heuchelei predigen konnte: Vor Gott und den Gesetzen sind alle Menschen gleich!

Die mecklenburg-schweriner Regierung wußte aber, daß in diesem Prozeß als wahre Urheber dieser Mordtaten, sie selbst als Angeklagte erscheinen wird. Sie begünstigt diese völkische Feme weit über ihre Kräfte hinaus. Deshalb mußte dieser Prozeß in dem kleinen reaktionären Provinzstädtchen Schwerin stattfinden. Hier kann man es sich erlauben, unter dem Schutz legaler und illegaler bewaffneter Verbände die Türen des Gerichtssaales zuzuschließen. Hier kann man das Gericht so zusammensetzen, wie es zur „Erhaltung der Staatssicherheit" diesen Herrschaften als notwendig erscheint.

Nichts ist bisher aus diesen dumpfen Sälen des Schweriner Landgerichtes an das Ohr der Oeffentlichkeit gedrungen, es wird auch in der nächsten Zeit nicht geschehen. Eines aber weiß jeder:

Die oben angeführten Mordtaten völkischer Feme-Organisationen, an die noch eine große Anzahl angereiht werden können, die Scheußlichkeiten, mit der alle diese Mordtaten zur Ausführung gebracht worden sind, sind nur ein Ausschnitt von der schrecklichen Gefahr des weißen Terrors, der besonders in Mecklenburg eine Heimat hat.

Die Gefahr ist auch mit dem Schweriner Urteil nicht beseitigt. Die Drahtzieher sitzen in den Regierungsstellen und bereiten von dort neue Schreckenstaten vor. Die Führung der Schweriner Gerichtskomödie läßt den Kamm der ausführenden Mörderfuhjekte anschwellen. **Wie ein Hohn auf diese Komödie wirkt gerade der neue Fememord an dem Faszisten Wittenburg in Wismar, der genau 30 Stunden vor der Urteilssprechung in Schwerin ausgeführt wurde!**

Abenteuer einer Dame

8 Von Marietta Schaginian

„Warum haben Sie Freude daran, aus einem Menschen einen Kretin zu machen? Warum bereitet Ihnen der Anblick fremder Dummheit und fremden Unglücks solche Freude? Was finden Sie an dieser tagtäglichen Verhöhnung eines Menschen? Lassen Sie ihr doch in irgendeiner Ecke ein Stück Brot geben, das sie ruhig und mit Nutzen für sich verzehren kann."

Zu meinem Erstaunen erwiderte auch diesmal Babette nichts auf meine Worte. Als ich mich aber erhob, um auf mein Zimmer zu gehen, fing ich einen Blick und eine Bewegung von ihr auf. Sie sah meinen Mann ausdrucksvoll an, schlug sich mit dem Finger an die Stirn und zeigte mit einer Kopfbewegung auf mich. Erstaunt verbarg ich mich hinter der großen Eingangsportiere und blieb dort eine Weile stehen. Sie sagte:

„Waljn, Wassilij Tarassowitsch, macht keine Scherze mit Aline! Sie ist nicht ganz richtig. Ich sage Euch, sie ist nicht normal. Das wird irgend etwas in Verbindung mit einer Frauenkrankheit sein. Es gibt solche Krankheiten. Nach Deiner Erzählung von den tausend Franken habe ich mir gleich gedacht, daß sie hier (sie wies von der Stirn) nicht ganz richtig ist. An Deiner Stelle, Valentin Sergejewitsch, würde ich ihr in nichts widersprechen und sie so schnell wie möglich nach Petersburg bringen."

„Erlauben Sie mir als Arzt...", begann Wassilij Tarassowitsch, ich aber lauschte nicht mehr, ich rannte in mein Zimmer, sperrte mich ein und lachte wie besessen. Wilde Erregung bemächtigte sich meiner, und ich sprach laut zu mir selbst:

„Jetzt bist Du auch so ein Tschakki*) geworden! Da hast Du die Wahrheit!" Um mit dem Lachen irgendwie fertig zu werden, nahm ich den Löscher, eine Feder, das Tintenfaß, steckte mir ein Spitzentaschentuch in den Mund und biß krampfhaft mit den Zähnen darauf:

„Liebe Jekaterina Wassiljewna!

Ihr Brief wurde mein Lebensführer, und nun haben Sie das Resultat: Man hat mich für verrückt erklärt. Es ist höllisch schwierig, Menschen zu finden, denen man die Wahrheit sagen kann, das übersteigt meine Kräfte. Ich beschloß darum, allen die Wahrheit zu sagen. Anfangs wirkt es so, wie wenn man im Fluß badet: es ist unheimlich, und man spürt die Kälte im ganzen Rückgrat. Stürzt man sich aber mit einem Schwung ins Wasser, dann wird es bald warm, man findet Genuß daran und fürchtet sich nicht mehr. Das macht Spaß, und welchen Spaß? Auf die andern aber macht es wenig Eindruck. Meine Schwägerin, der ich einige bittere Wahrheiten ins Gesicht sagte, bezog diese nicht auf sich, sondern auf meine geistige Zerrüttung. Auf jeden Fall haben Sie mir geholfen, das Leben interessant zu gestalten. Schreiben Sie mir. Ihre A."

Am selben Tage erklärte mir Valentin Sergejewitsch, daß wir über Brindisi nach Rußland reisen würden. Er war sehr zärtlich und stellte mir die Möglichkeit eines siebenten Koffers in Aussicht; Babette war auch sehr zärtlich. Ich aber lehnte mich auf. Einen Tag wollte ich dies, den andern das. Einmal wollte ich nicht reisen, bevor ich nicht das Marionettentheater gesehen hätte, dann fühlte ich mich schlecht, dann hatte ich Lust, eine Fahrt durch die Campagna zu machen. Man gab mir in allem nach. Auf diese Weise konnte ich einige Tage gewinnen, um Antwort auf meinen Brief zu erhalten.

Wohin wir auch fuhren, was wir auch unternahmen, ich bekam meine neue Zerstreuung, die Wahrheit zu sagen, niemals satt.

Eines Morgens sagte mein Mann in meiner Gegenwart zu Wassilij Tarassowitsch:

„So sehr ich auch eine Begegnung mit Nowosselski zu vermeiden suchte — ich mied aus diesem Grunde die russische Gesellschaft — bin ich doch gestern auf ihn gestoßen. Setzen Sie Warwara Sergejewna in Kenntnis, daß ich ihn zu Mittag einladen mußte."

Nowosselski war ein Spieler und ein Bummler. Er beschäftigte sich mit dem Wiederverkauf von Antiquitäten und war zweimal als Zeuge in fremden Ehescheidungsprozessen aufgetreten. Er hätte Erpresser sein können, wenn er Lust gehabt hätte, denn er kannte eine Unmesse fremder Geheimnisse. Er wurde überall empfangen und gefürchtet.

Er war groß, breitschultrig, stets sorgfältig rasiert, hatte eine hervortretende Stirn, Säcke unter den zusammengekniffenen Augen, eine saftige und angenehme Bruststimme. Er trat bei uns ein mit weichem Schritt, mit lose herabhängenden Armen, in der bei ihm üblichen Haltung eines Tänzers, der sich eben verneigen will. Als er uns begrüßt hatte, nahm er nicht gleich Platz, sondern sah zuvor nach allen Seiten, um einen Platz nach seinem Geschmack zu finden; als er dann saß, erinnerte er an eine große Katze, die im Begriff steht, sich mit der Pfote zu waschen. Er hatte sogar eine katzenartige Gewohnheit: Oft fuhr er mit der rechten Hand ans Ohr und schien mit zerstreuter Miene nicht auf das, was man ihm sagte, sondern auf das, was hinter den Fenstern und Türen vorging, zu lauschen.

Man sprach vom Krieg, von englischem Gold, davon, was man am vorteilhaftesten ausführen und nach Rußland bringen könne, von den Kameen, die er eben an die Fürstin Lieven weiterverkauft hatte.

„Schade, daß wir uns nicht früher getroffen haben. Ich hatte für Sie eine unglaublich schöne Pfeife", sagte Nowosselski.

Mein Mann schlug die Hände zusammen.

„Und ich habe Sie doch vergeblich gesucht: In der Lesehalle, auf der Piazza, im Klub. Als hätte ich etwas geahnt."

„Hat er mich denn wirklich so eifrig gesucht?" wandte sich Nowosselski über den Tisch hinweg zu mir und versenkte seine zusammengekniffenen Augen in die meinen. Sein Gesicht verzog sich zu einer Art Grimasse.

„Keine Spur", erwiderte ich ruhig. „Er wollte Sie gar nicht treffen."

„So? Warum denn?"

Mit einemmal wurde er lebhaft und heiter. Mein Mann sah an mir vorbei zu Wassilij Tarassowitsch hinüber. Der Arzt starrte Babette an. Diese drückte meinen Ellbogen, daß er schmerzte, und warf Nowosselski einen ausdrucksvollen Blick zu. Der aber sah sie gar nicht an. Angeregt wie ein Jüngling wartete er auf Antwort. Und ich antwortete:

„Weil Sie ein Abenteurer sind."

„Aline!" riefen gleichzeitig mein Mann, Babette und der Arzt. „Sie sind nicht wohl. Sie ist nicht wohl. Nikita Petrowitsch wird uns nicht übelnehmen, wenn er erfährt, daß ..."

Ich stieß Babette mit der Hand von mir. Nowosselskis Blick hypnotisierte mich. Ich starrte in seine schmalen Pupillen, die jetzt wie zwei schwarze Striche aussahen, auf seinen lächelnden, vollen Mund, der die spitzen, jugendlichen Zähne sehen ließ, auf die vom Rasieren bläulichen, gedunsenen Wangen, auf dieses ganze Gesicht, das mir in schadenfroher Unverhülltheit entgegentrat, böse Neugier und entzückte Aufmerksamkeit verriet — und ich fuhr langsam, vernehmlich und wohlüberlegt fort:

„Sie sind ein Raubtier und ein Abenteurer. Solche wie Sie verachtet und fürchtet man ein wenig. Selbstverständlich hat er Sie nicht gesucht; überhaupt wird niemand Sie aus freien Stücken suchen. Nur werden sie es Ihnen nicht eingestehen; weder er noch die andern."

„Ausgezeichnet, Alina Nikolajewna! Ich muß Ihnen aber sagen, daß auch Sie eine Abenteuerin sind. Sie neigen zum Hazardspiel."

(Fortsetzung folgt.)

*) Anm. d. Uebersetzers: Held in Gribojedows Komödie: „Verstand schafft Leiden".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250721-11/fragment/page=0003

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse. Lerchenfeldstr 14 Fernruf 1473 - Postscheckkonto Leipzig 107 001
Artur Sämisch Bezirks-Sekretär Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr Sonnabends nachmittags geschlossen

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Achtung, Teilnehmer am roten Arbeitsabend. Mittwoch abend 8 Uhr treffen sich alle bestimmten Genossen in der Produktiv-Genossenschaft.
Distrikt 13 a. Distriktsversammlung am Mittwoch, 22. Juli, 8 Uhr, im „Turnerschlößchen", Grünstraße. Alle Genossinnen und Genossen haben unbedingt zu erscheinen
Distrikt 21. Distriktsversammlung Dienstag, 21. Juli, abends 8 Uhr, bei Rauschenbach. Alles muß erscheinen.
Diemitz. Mitgliederversammlung Mittwoch, 22. Juli, 8 Uhr, „Gesellschaftshaus".
Lettin. Mitgliederversammlung Mittwoch, 22. Juli, abends 8 Uhr, im Parteilokal.
Oppin. Mitgliederversammlung Freitag, 24. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal Ferl. Pflicht eines jeden Genossen ist es, unbedingt zu erscheinen.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Frankleben, Kanna, Kunstedt. Oeffentliche Versammlung Dienstag, 21. Juli, abends 8 Uhr, in Kunstedt im Gasthof.
Lützen. Mitgliederversammlung Sonnabend, 25. Juli, 8½ Uhr, „Bürgergarten".
Kötzschau, Schladebach, Witschersdorf. Oeffentliche Versammlung Freitag, 24. Juli, abends 8 Uhr, im Gasthof zu Witschersdorf.

Unterbezirk Sangerhausen

Rohla. Mitgliederversammlung Sonnabend, 25. Juli, abends 8½ Uhr, beim Genossen Baumann.

Unterbezirk Wittenberg-Bitterfeld

Wittenberg. Vorstandssitzung unter Hinzuziehung aller Ressortleiter und Distriktsführer Dienstag, 21. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal Freudenberg.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Torgau. Mitgliederversammlung Dienstag, 21. Juli, abends 8 Uhr, „Waldschenke".
Dommitzsch. Mitgliederversammlung Donnerstag, 23. Juli, abends 8 Uhr, „Mühle".
Bockwitz. Arbeitsgebietskonferenz Freitag, 24. Juli, abends 8 Uhr, im „Volkshaus". Alle Ortsgruppen müssen zahlreich vertreten sein.
Mühlberg. Mitgliederversammlung Freitag, 24. Juli, abends 8 Uhr, „Elbschlößchen".

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Zeitz. Vorstandssitzung unter Hinzuziehung der Obergruppenführer Dienstag, den 21. Juli, abends 8 Uhr, in der „Herberge".
Zeitz. Mitgliederversammlung Freitag, 24. Juli, abends 8 Uhr, in der „Herberge".
Zeitz. Alle Parteigenossen und Genossinnen beteiligen sich am Sonntag am Antikriegstag in Halle. Fahrpreis 3.20 Mark. Meldungen bis spätestens Freitag in der Mitgliederversammlung.
Teuchern, Unternessa, Gröben-Kunthal. Gemeinsame Funktionärsitzung Dienstag, 21. Juli, abends 8 Uhr, im „Grünen Baum". Erscheinen ist Pflicht.

Versammlungen des „Roten Frontkämpfer-Bund"

Ortsgruppe Halle

Abrechnungen. Alle rückständigen Ortsgruppen werden nochmals aufgefordert, sofort ihren Verpflichtungen nachzukommen, sonst Materialsperre. Die Gauleitung.
Sprechchor. Dienstag, 21. Juli, 8 Uhr, im „Volkspark", Probe. Keiner darf fehlen.
Sämtliche Tamboure. Heute abend 7 Uhr Treffen zum Ueben am Hettstedter Bahnhof. **Alles** hat zu erscheinen.

Unterbezirk Saalkreis

Werbebezirk Dölau. Mittwoch, 22. Juli, 8½ Uhr, Funktionärsitzung aller Funktionäre, auch Gruppenführer, in Nietleben, „Zur Tanne". Vollzähliges Erscheinen ist unbedingt erforderlich.
Lettin. Donnerstag, 23. Juli, 8½ Uhr, Pflichtversammlung. **Alles** hat bestimmt zu erscheinen.
Werbebezirk Seeben. Die Ortsgruppen beteiligen sich geschlossen am Roten-Frontkämpfer-Tag in Halle am 26. Juli. Antreten pünktlich 8.45 Uhr morgens in Sennewitz. Abmarsch 9 Uhr. — Seeben Antreten 8 Uhr, Abmarsch 8.15 Uhr.

Jungsturm

Fahnengruppen. Dienstag, 21. Juli, abends 8 Uhr, im „Volkspark".

Unterbezirk Merseburg

Kattmannsdorf. Donnerstag, 23. Juli, 8 Uhr, Pflichtversammlung. Alles muß bestimmt erscheinen.

Unterbezirk Mansfeld

Oberröblingen. Die Ortsgruppe beteiligt sich geschlossen an dem roten Tag in Halle. Unterröblingen-Amsdorf trifft sich im Lokal Henze, Unterröblingen, Abmarsch von dort 8½ Uhr; Oberröblingen an der Freibank. 9.45 Uhr Abmarsch nach dem Bahnhof, Fahrgeld beträgt 1,20 Mark.

Unterbezirk Delitzsch

Gleßen. Mittwoch, 22. Juli, 8 Uhr, im Lokal Rausche, Pflichtversammlung. Alles bestimmt erscheinen, da Bericht von der Unterbezirkskonferenz.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Sämtliche Ortsgruppen haben sich am roten Tag in Halle zu beteiligen. Fahrt kostet auf Sonntagskarte 3,50 Mark hin und zurück ab Torgau. Die Ortsgruppen Mücheln und Liebenwerdaer Umgegend können ebenfalls an ihren Stationen auf Sonntagskarte fahren.
Dommitzsch. Donnerstag abend 8 Uhr findet unsere erste Mitgliederversammlung in der Windmühle statt. Sämtliche Mitglieder pünktlich erscheinen.

Unterbezirk Weißenfels

Weißenfels. Mittwoch, 23. Juli, ½8 Uhr, antreten Promenade zum Ausmarsch, anschließend außerordentliche Versammlung bei Kamerad Pfannschmidt. Alles muß zur Stelle sein. Karten mitbringen.
Weißenfels. Sonntag, 26. Juli, Pflichtveranstaltung Halle. ½7 Uhr morgens Sammeln am Bahnhof. Sonntagsfahrkarten können schon am Sonnabend gelöst werden.
Langendorf. Mittwoch, 22. Juli, 8 Uhr, Pflichtversammlung. Alles erscheinen.
Teuchern. Dienstag, 21. Juli, 8 Uhr, „Grüner Baum", Funktionärveranstaltung. Alles hat zu erscheinen.

Jungsturm.

Weißenfels. Jungsturm. Dienstag, 22. Juli, ½8 Uhr, sammeln sich alle Kameraden des KJSt. am Kosalitzweg. Nichterscheinen zieht Ausschluß nach sich.

WALHALLA

Direktion: ADOLF VOGEL

Eröffnung
Sonnabend
1. August
mit großem
internationalen
Varieté-Programm!
Anfang 7¾ Uhr
Mäßige Preise!

2258

Astoria, Weißenfels

Nur bis Donnerstag!
Unser Weltstadt- und Doppelprogramm:

Lucy Doraine

die rassigste und temperamentvollste aller Schauspielerinnen in dem ganz hervorragenden Meßter-Groß-Film

Um eines Weibes Ehre!

Das Lebensschicksal einer schönen Frau, die trotz aller Versuchungen auf den Höhen des Lebens wandelt

1134

Ferner
Der Fünfakter-Fatty-Groß-Film

„Fatty" im D-Zug der Liebe

„Fatty" bringt Ihnen 1 Stunde voll köstlichen Humors
Außerdem: **Unsere Auslandswoche**

Bekanntmachungen

Die **Versteigerung der Pfänder** mit den Pfandnummern von 30 901 bis 37 266 (Pfandscheine in blauem Druck) wird vom **Dienstag, dem 4. Aug.**, von 9 Uhr vormittags an, im Leihhause, An der Marienkirche 4, stattfinden.
Versteigert werden **Taschenuhren** aller Art, sonstige **Gold- und Silbergegenstände**, ferner **Betten, Leib- und Bettwäsche, Schuhwerk**, neue und getragene **Kleidungsstücke, Zigarren** und verschiedene andere Sachen

Halle a. d. S., den 6. Juli 1925 250

Das Leihamt der Stadt Halle a. d. S.

Am schwarzen Brett im Wagegebäude (Marktplatz 24) befindet sich eine die förmliche Feststellung neuer Baufluchtlinien für das Grundstück Steinweg 37 betreffende **Bekanntmachung**
Halle, den 14. Juli 1925

Der Magistrat

Unterbezirk Zeitz

Zeitz. Die Ortsgruppe Zeitz beteiligt sich am 25. und 26. Juli am Roten Tag in Halle. Fahrgeld in Höhe von 3 Mk ist an die Gruppenführer zu entrichten. Abmarschzeit wird noch rechtzeitig bekanntgegeben.
Theißen. Die Ortsgruppe beteiligt sich geschlossen am Sonntag, dem 26. Juli, an der Veranstaltung in Halle. Sonntagsfahrkarten 2,60 Mk. Abfahrt früh 5 Uhr.
Zeitz. Alle Kameraden, die mit nach Halle fahren, müssen Fahrgeld bis spätestens 24. Juli bei den Gruppenführern bezahlt haben. Fahrpreis 3 Mk.
Zeitz. Auto-Abfahrt nach Halle Sonntag früh 5½ Uhr vom Schützenplatz. Zug-Abfahrt Sonntag früh 5.13 Uhr. Alle Kameraden, die mit nach Halle fahren, treffen sich Freitag abend von 6 Uhr an in der „Herberge". Fahrgeld abrechnen.
Zeitz. Freitag abend von 6 Uhr an Abrechnung der Gruppenführer über Marken und Fahrgeld.
Zeitz. Mittwoch, 22. Juli, 7 Uhr, Antreten an der „Herberge" zum Pflichtausmarsch. Wer nicht erscheint, wird zur Rechenschaft gezogen.

Schulstraße 3, I. kaufen Sie günstig **Windjacken** **Sommer-Joppen** Anzüge, Hosen Auch auf Teilzahlung

---

Traurings-Ecke.
Massiv goldene
Trauringe
333, 585, 750 oder 900 gestempelt das Std. 4—50 M.
Juwelier
Tittel
Trauringecke
Schmeerstraße 12

Nur eine Anzeige
im gelesensten Organ der werktätigen Bevölkerung
und Sie sind unser ständiger Inserent

Weißenfels 1047
Am Saalestrand
Heute
Schlachtefest
Emil Illig.

Druck

sachen aller Art, für Private u. Vereine, Organisationen usw. liefert schnellstens in ein- u. mehrfarbiger Ausführung zu zeitgemäßen Preisen die Abt. Buch- u. Kunstdruckerei der Prod.-Genossenschaft e. G. m. b. H., Halle a. S., Lerchenfeldstraße 14, Fernruf 1045, 1047, 2251. Verlangen Sie Preis-Offerten oder den Besuch unserer Vertreter.

Ueber 2251
BIOCHEMIE
im Lichte der modernen Wissenschaft

spricht Herr Bundespräsident **W. Hayn**
am **Mittwoch, dem 22. Juli, abends 8 Uhr,** im großen Saale des Stadtschützenhauses.
Erwiderung auf den Vortrag des Herrn Dr. Nagel.
Eintritt für Mitglieder gegen Vorzeigung der gültigen Mitgliedskarte frei.
Studierende gegen Ausweis freien Eintritt.
Gäste zahlen 50 Pfennig. Freie Aussprache.
Der Vorstand des Landesverbandes 16 des Biochemischen Bundes Deutschlands.

Für jeden Kraftfahrer unentbehrlich:

Volckmanns Kraftfahrer-Bibliothek

Bd. 1.	Der Automobilmotor u. seine Bestandteile v. Ing. C. W. Vogelsang, 3 Aufl.	Kart.	M. 3.—
„ 2.	Der Kraftwagen, seine Bedienung und Pflege v. Dipl.-Ing. Hessler, 2. Aufl.	„	M. 3.—
„ 3.	Das Motorrad, sein Bau u. seine Behandlung v. Ing. C. W. Vogelsang, 5. Aufl.	Leinenbd.	M. 3.50
„ 4.	Die Kraftfahrschule in Frage und Antwort von Dipl.-Ing. Hessler, 3. Aufl.	Kart.	M. 3.—
„ 5.	Autohandbuch: Bau, Handhabung u. Reparaturen v. Ing. R. Thebis, 2. Aufl.	„	M. 3.—
„ 8.	Leicht-Motorräder von Ingenieur C. W. Vogelsang	Kart.	M. 3.—
„ 9.	Der Motorradfahrer von Ingenieur R. Thebis	„	M. 3.—
„ 10.	Das Klein-Auto für den Selbstfahrer von Ingenieur R. Hofmann	Leinenbd.	M. 3.50
„ 11.	Lastkraftwagen und Nutzfahrzeuge von Ingenieur R. Hofmann	„	M. 5.—
„ 12.	Reparaturen am Motorrad von Ing. R. Thebis	„	M. 3.50

Sämtliche Bände sind reich illustriert

Zu beziehen durch:
Volksbuchhandlung, Halle a. d. S., Harz 42/44

Konsumverein Gleßien

und Umgegend, e. G. m. b. H.
Freitag, den 24. Juli 1925, abends 8 Uhr, im Gasthof Ennewitz:
Außerordentliche
Generalversammlung

Tagesordnung:
1. Eröffnung einer Geschäftsstelle in Wiedemar *2193
2. Aenderung des § 22 des Statuts
3. Verschiedenes

Für den Aufsichtsrat: P. Rabitz

Nach kurzem Krankenlager verschied am 19. d. M. unser lieber Vater, Bruder, Schwieger- und Großvater, der Steinsetzer

Emil Rennert

im 53. Lebensjahre.
In tiefer Trauer:
Familie Friedr. Ackermann
Marta Rennert
Bruno Gebhardt
Familie Friedr. Rennert
Eisleben, den 20. Juli 1925
Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, vom Städt. Krankenhause aus statt 1133

Anton Cichoszewski

Halle a. d. S., Thomasiusstr. 12, Hof III
führt alle Maßarbeiten und Reparaturen in
Schuhwaren
aus und bittet die Genossen um Berücksichtigung bei vorkommenden Fällen.

Nachruf

Durch Mörderhand wurde am Freitag, dem 17. Juli 1925, unsere liebe Genossin 2255

Ella Lehnert
geb Neumann

aus unserer Mitte gerissen
Wir werden ihr ein gutes Andenken bewahren
Oberbezirk Westen, Distrikt 5
i. A. E. Pfundt M. Sommer

Zeitungsträger

für **Roßla a. Harz** gesucht.
Meldungen bei **K. Braumann,** Hallesche Straße 22

Eine Unmenge

Reste und Abschnitte aller Art
liegen für Sie bereit
im großen Lichthof auf Extra-Tischen!
Alles enorm billig!
Zum Teil
bis zu **50%** ermäßigt!
Jede sparsame Hausfrau weiß, was das bedeutet!

2249

Mittwoch
Donnerstag
Freitag

Reste

Nußbaum

Halle a. d. Saale Das führende Kauf- u. Warenhaus Gr. Ulrichstr. 60/61

Erzeugnisse der Eigenproduktion sind der Stolz des Genossenschafters

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250721-11/fragment/page=0004
DFG

Der proletarische Frontsoldat spricht . . .

Erlebnisse aus der „großen Zeit"

Der „Klassenkampf" rief — viele mitteldeutsche Arbeiter antworteten. Erst vor wenigen Tagen hatten wir die Arbeiter unseres Bezirks aufgefordert, ungeschminkte Berichte über ihre Erlebnisse aus dem Massenmorden der Jahre 1914 bis 1918 an die Redaktion des „Klassenkampf" einzusenden. Und heute schon ist eine beträchtliche Anzahl derartiger Schreiben in den Händen der „Klassenkampf"-Redaktion.

Nicht aalglatte, nach allen Seiten hin durchgefeilte Briefe sind es, die uns in diesen Tagen die Proleten einsenden und die wir im Laufe dieser und, falls es sich als nötig erweisen sollte, auch noch der nächsten Woche im Wortlaut nahezu unverändert der Oeffentlichkeit übergeben. Der „Klassenkampf" ist das **einzige** Arbeiterorgan in unserem Bezirk. Er führt die Sprache, die den Proleten eigen ist, die die Proleten sprechen und verstehen. In den Briefen, die wir nachstehend veröffentlichen, wird eine klare, eindeutige Sprache gesprochen. In klaren Worten wird gesagt, wie es **in Wirklichkeit** an der Front ausgesehen hat, wie **in Wirklichkeit** das Leben in der Etappe war, wie in den Kriegsbetrieben geschuftet wurde, wie der Hunger an der Front und im Hinterlande wütete, wie dieselben Leute, die die großmäuligsten Kriegshetzer waren — und noch heute sind —, in den Jahren 1914 bis 1918 weit ab vom Schuß Blutmeere in klingende Münze verwandelten. In den folgenden Aufsätzen wird von **Arbeitern** eine klare Sprache geführt. Jedem wird noch einmal all das Morden der Jahre 1914 bis 1918 vor das geistige Auge geführt, nicht um, wie jene „Patriften", die sich im Kriege als treue Kettenhunde des imperialistischen Kapitalismus zeigten, zu heulmeiern, sondern um das Vermächtnis Lenins zu erfüllen: **„Statt imperialistischen Krieges — Bürgerkrieg!"**

*

Nach vierwöchigem Drill ins Feld

Wer erinnert sich nicht noch der „großen Zeit" im Juli/August 1914, als die Kriegsbegeisterung von Tag zu Tag künstlich gesteigert wurde?! Die Bourgeoisie ließ es sich etwas kosten. Freibier floß in Strömen. In jeder Kaschemme grölte man das Deutschland-Lied. Die tollsten Geschichten wurden verbreitet. Alte Sozialdemokraten schüttelten ehrfurchtsvoll den alten Geheimräten die Hände und beglückwünschten sich zu den ersten Siegen.

Am dritten Tage mußte auch ich einrücken als Ersatzreservist, um das „heilige Vaterland" zu „schützen". In Erfurt war kein Platz mehr; denn das freiwillige Kanonenfutter strömte in Scharen herein vom Dorfe. Sie alle waren sich nicht bewußt, für was und für wen sie ihr junges Blut verspritzten. Von Erfurt wurde ich mit annähernd 200 Mann nach Gera geschickt. Hier wurde der Nachschub für das Reserve-Regiment 32 herangebildet. Die Untersuchung war kurz und schmerzlos. Nur wenige wurden als untauglich befunden und wieder zurückgeschickt. Die anderen wurden verteilt in Bürgerquartiere. Ich kam mit noch acht Mann in eine Villa. Der Besitzer war noch auf Geschäftsreisen im Ausland. Wir wurden in zwei Stunden auf Strohsäcke gebettet. Essen gab es früh auf dem Schützenplatz, der zum Kasernenhof eingerichtet war. Abends gab es im Quartier noch einen Zuschuß vom Villenbesitzer, damit die „Vaterlandsverteidiger" recht kräftig würden.

Der Dienst auf dem Kasernenhof begann früh um 7 Uhr und dauerte bis abends 6 Uhr mit 1½stündiger Mittagspause. Es wurde geschliffen nach Noten — alles für das „geliebte Vaterland". Lange Zeit durfte die Ausbildung nicht in Anspruch nehmen; denn in Frankreich waren die ersten Niederlagen zu verzeichnen und das „Vaterland" brauchte Opfer. Schon kamen die ersten Verwundeten. Jetzt gab es auch keinen Sonntag mehr. Es mußte vielmehr dafür gesorgt werden, daß so schnell wie möglich wieder brauchbares Kanonenfutter zur Verfügung stand.

Nach vier Wochen schlimmsten Drills hieß es: Jetzt sind wir fertig. Schießen konnte jeder — das war die Hauptsache. Der Dienst wurde etwas vermindert. Wahrscheinlich hatte man uns schon angefordert. Und richtig: In der fünften Woche hieß es: „Kleider empfangen, morgen geht es los." Beim Anpassen der Klamotten wurde auch nicht viel Sache gemacht. Feldgraue Kleider waren nicht mehr genügend da; es gab zum Teil schwarze Mäntel, Hosen, Mützen usw. Zum Totschießen war es ja gut. Nun konnte es losgehen. Wer Eltern oder Angehörige hatte, versuchte denselben Mitteilung zu machen, aber es war meistens verboten. Am anderen Tage ging es zum Bahnhof. Die Bevölkerung befand sich noch im ersten Taumel. So war auch der Abschied dementsprechend, trotzdem damals verhärmte Gesichter zu sehen waren. Am Bahnhof kamen wir acht Mann und ein Unteroffizier in ein Abteil. Ueber Weimar, Vebra, Cassel ging es nach dem Westen zu. Ueberall bis zur Grenze wurde uns zugewinkt. Nach dreitägiger Fahrt hieß es: Im Feindesland!

Hier sah man schon die traurigen Spuren des Stahlbades. Alle Gleise waren verstopft. Jeder verrichtete seine Notdurft, wo er wollte. Man war ja in „Feindesland", obwohl die werktätige Bevölkerung sehr freundlich war. Die Bourgeoisie und die Kriegshetzer waren ja geflüchtet. Es ging weiter nach Lüttich und Löwen. Hier wurden uns die „Kultur"taten der deutschen „Zivilisatoren" gezeigt. Löwen ein einziger Trümmerhaufen. Nur einige alte Frauen und Männer schauten schüchtern hinter den Schutthaufen hervor. Nachdem man uns diese „Kultur"tat gezeigt hatte, ging es näher der Front zu. Ab und zu hörte man Kanonendonner. Uns wurde erzählt: Das ist die große Berta vor Antwerpen. Nach eklätägiger Bahnfahrt ohne Schlaf wurden wir bei Chauni in Nordfrankreich auf freiem Felde ausgeladen. Wir mußten uns sofort in Marsch setzen zu unserem neuen Truppenteil. Nach acht Stunden Marsch langten wir in Morsain an, um in der Folgezeit Zeugen einer Sinfonie des Grauens zu werden.

B., Zeitz.

*

Grauen und Hunger an der Front

„Kameraden! Die Zeit ist wiederum gekommen, da wir aus — äh — unserer Untätigkeit heraus an die — äh — Front kommen, um dem — äh — Vaterlande unsere Kraft und, wenn es sein muß, auch unser — äh — Blut zu opfern. Ich erwarte, daß ein jeder — äh — seine Pflicht erfüllt bis zum äußersten und unserem Vaterlande — äh — die Treue bewahrt bis zum — äh — letzten Blutstropfen." So spricht der Herr Oberleutnant zu der abmarschierenden Batterie, welche am Abend aus ihrer sogenannten Ruhestellung wieder als Ablösung nach der Front in Flandern marschieren soll. Nachts gegen 3 Uhr ist die Batterie in ihrer Stellung gegenüber dem großen Kurhotel „Bellevue", ca. 300 Meter vom Nordseestrand, aufgefahren und beginnt, lautlos und eilig die Feldgeschütze einzubauen. Jeden Moment muß ja der Engländer anfangen, uns seine eisernen Morgengrüße zu senden. Inzwischen ist es 5 Uhr und fast hell geworden. Da setzt ein Vernichtungsfeuer auf unsere ca. 900 Meter vor uns liegenden Infanterie- und Feldartilleriestellungen ein, so daß es unmöglich ist, in dem Krachen und Brausen sein eigenes Wort zu verstehen. Alles flüchtet nach den in der Nähe liegenden Unterständen. Nur der Leuchtkugelposten muß dem Höllenchaos standhalten. Da auf einmal von diesem der gellende Ruf: „Sperrfeuer!" Kein Mann will sich aus dem Unterstand rühren. Da kommen auch schon die Geschützführer angelaufen und brüllen, selbst vor Angst zitternd: „Wollt Ihr nicht heraus, Ihr Feigslinge! Sperrfeuer ist verlangt!" Murrend und widerstrebend kriechen die ersten heraus und springen in abgehackten Sätzen nach den Geschützen. Ein rasendes Schnellfeuer unsererseits entwickelt sich nun. 23 Schuß und mehr in der Minute werden hinausgejagt, bis die Rohre anfangen zu glühen. Dann der Befehl: „Zwei Mann mit nassen Säcken zum Kühlen!" Wie wild schlagen diese mit ihren nassen Säcken auf die Rohre. Da — in unserer Nähe ein ohrenbetäubendes Krachen. Splitter und Bolzen, Erde und Gestein prasseln auf uns nieder. Was ist geschehen? denkt jeder. Das Feuer der Batterie verstummt plötzlich. Nur das etwas weiter abgelegene vierte Geschütz funkt unablässig weiter. Ein Schreien, Heulen, Jammern und Winseln treibt uns zum Stand des zweiten Geschützes, von welchem fast nichts mehr zu sehen ist. Eine Granate ist im Lauf krepiert und hat das Geschütz vollständig zertrümmert. Von den sieben Mann waren vier sofort tot und gräßlich verstümmelt, die übrigen drei wälzen sich zerrissen und zerfetzt in Blut und Schmerzen. Wir wollen anfassen und die Schwerverletzten nach dem Sanitätsunterstand schleppen. Da kommt der Leutnant angestürmt und brüllt: „Warum schweigen die Geschütze? An die Geschütze, marsch, marsch!" Als sich keiner rührt, brüllt er weiter: „Laßt die liegen, das Feuer geht vor! Wären die Kerls nicht so faul gewesen und hätten schneller gefeuert, so wäre es nicht passiert." Widerwillig und grimmig gehen wir an die Geschütze, um das unterstockene Feuer wieder aufzunehmen und den deutschen Geldsack-Imperialismus zu schützen.

Tage voller Grauen liegen hinter uns. Die Verpflegungszufuhr stockt teilweise ganz infolge des mörderischen Feuers. Der Hunger wütet in den Eingeweiden. Das Hungergefühl wächst riesenhaft und spiegelt dem Geiste Reflexe vor, die ihn erkennen und fühlen lassen, daß die Offiziersunterstände reichlich mit Lebensmitteln versehen sind, was auch die aufsteigenden Düfte von gebratenen Fleischkonserven aus diesen Unterständen zur Genüge beweisen.

Heute ist wiederum Verpflegungstag. Unser Proviantwagen hat den Weg zu uns wieder nicht gefunden. Am Tage konnte er wegen der Sichtgefahr nicht ankommen, und schon vier Nächte lang hatten wir Nacht für Nacht ein mörderisches Feuer auszustehen. Der Hunger ist ins Riesenhafte gewachsen. Wurzeln und allerlei Fische, Krabben und Muscheln, welche mit Lebensgefahr vom nahen Strande geholt werden, bilden unsere Nahrung. Es wird beratschlagt, was zu tun sei. Wir vom ersten Geschütz kommen zu dem Entschluß, einen Unterstand der Mörserbatterien, welche ca. 3 Kilometer hinter uns liegen, und in welchem die ganze Offiziersverpflegung dieser Batterie liegt, zu berauben. Schwierig ist dies Unternehmen, da dieser Unterstand im Augenbereich des Leuchtkugelpostens liegt. Jedoch der Plan ist gefaßt und muß ausgeführt werden, da der Hunger unerbittlich dazu treibt. Bei der Auslosung zur Ausführung fällt das Los auf mich und einen jungen Berliner. Schweren Herzens machen wir uns im dauernden Feuer auf den Weg und schlängeln uns wie Indianer unbemerkt an den Unterstand heran, welcher in eine hohe Sanddüne eingebaut ist. Wir beginnen, auf dem Bauche liegend, den lockeren Sand mit den Händen wegzukratzen, bis eine Rahmenhöhle sich öffnen läßt und dem schmächtigen Berliner den Durchschlupf gestattet. Dieser reicht nun heraus, was er im Dunkel der Nacht greifen kann. Konservgüte, Weißbrote, große Büchsen Fleischkonserven, Schmalzeefaß, eine kleine Korbflasche mit Rum, einige Weinflaschen und zuletzt ein paar Klumpen gute Butter. Alles Dinge, deren Existenz wir nur noch aus der Erinnerung kannten. Zwei große Säcke waren gefüllt und, behutsam die Säcke nachschleifend geht es auf dem Bauche rutschend wieder zurück, bis wir außer Sicht sind. Durch die in rasender Eile an der Front abgeschossenen Leuchtkugeln merken wir, daß etwas im Gange ist. Wir beeilen uns, vorwärts zu kommen, um nicht vermißt und dafür bestraft zu werden. Bis auf ca. 1500 Meter an unsere Stellung herangekommen, beginnen unsere Geschütze ein rasendes Sperrfeuer auf die englischen Stellungen zu legen. Der Engländer antwortet mit einem Höllenvernichtungsfeuer auf sämtliche Artilleriestellungen. Wir kommen nicht mehr vorwärts und werfen uns flach auf den Boden. Um uns herum tobt die Hölle. Kein Einzelland ist noch zu unterscheiden. Wir hören nur noch Pfeifen, Zischen, Heulen, Brausen, Prasseln und Krachen — alles gleichzeitig. Da — ca. 20 Meter vor uns schlägt eine Schwere ein und überschüttet uns mit einer Welle von Dreck, Sand und Gestein. Sofort springen wir auf und mit wahren Hirschsätzen in diesen neuen Granattrichter, wo wir heinahe betäubt werden durch die ausströmenden Kohlenoxydgase. Hier liegen wir geschlagene fünf Stunden. Welche Gefühle unsere Herzen bewegen, läßt sich absolut nicht beschreiben. Glücklich kommen wir in unsere Stellung, welche arg verwüstet ist und fünf Tote hat.

Der Hunger war vergangen. Die zurückgelassenen Lebensmittel wurden erst am nächsten Abend von anderen Kameraden geholt. In diesen schrecklichen fünf Stunden kamen mir allerlei Gedanken aufrührerischer Natur, die bewirkten, daß ich fünf Wochen später auf Festung transportiert wurde.

P. G. in G.

800 Tote auf einen Schlag — Offiziere bei Wein, Weib und Gesang

Ich befand mich beim aktiven Infanterieregiment 27. Wir lagen lange vor Arras. Im Juni 1915 kamen wir nach der Lorettohöhe. Quartier: Lipten bei Lens. Am 15. bis 20. Juni war eine große Schlacht im Gange, an der wir teilnahmen. Der „Feind" wurde geschlagen, die Stellung gehalten. Es hat viele Menschen gekostet. Ich kann z. B. feststellen, daß bei dieser Offensive etwa 800 Menschen gefallen sind, welche nach dem Friedhof Lens gebracht wurden. Nun ging es wieder an den Aufbau der Stellung. Auch dies kostete viele Opfer.

Was mußten wir nun auf der anderen Seite sehen? Die Offiziere der Ortskommandantur in Lipten hatten sich ein Offizierskasino eingerichtet. Hier ging es lustig zu. Bei Gesang und Klang, bei Wein und jungen Mädchen wurde der Krieg gefeiert. Um ihre Wollust zu stillen, hatten die Offiziere die Französinnen nach deutschem Offiziersgeschmack gekleidet. An dieser Stelle mußten wir jeden Abend, wenn wir in die Stellung gingen, vorbei. Ein Murren entstand unter den Soldaten . . .

*

Herrliches Leben der Offiziere in der Etappe — Hungerleben an der Front

Uns Bergleute hatten sie ausgesucht, bombensichere Unterstände zu bauen. So mußten wir 30 bis 40 Kilometer hinter der Front oft solche herstellen, um dem „hohen" Besuch aus Berlin auch etwas vom Kriege zu zeigen. So kam es denn, daß wir auch Gelegenheit hatten, zu sehen, wie es in der Etappe zuging.

Hier lahen wir nichts vom Krieg und allen seinen Schrecken. Die besten Fleischhappen, Bier, Wein, Zigarren und Zigaretten waren hier zu haben, nur nicht etwa für den Frontsoldaten. Die Offiziere glänzten wie die Fettbeutel. Bei der Verteilung der oben angeführten Sachen dachte man fast nur an die Herren hohen Offiziere. Die besten Fleischhappen bekamen sie. Was übrig blieb, bekam der Frontsoldat. So war es auch bei Liebesgaben. Manche Mutter oder mancher Vater hat es entbehrt, hinausgeschickt mit dem Glauben, dem Soldaten etwas zu schicken. Sie waren im Irrtum. Die Liebesgaben wurden erst drei- bis viermal durchstöbert, dann kam, was übrig blieb, an die Front. Der Ort der Handlung ist Croiselles bei Arras.

In St. Quentin konnte ich feststellen, daß für die Herren Offiziere ein öffentlicher Harem errichtet war. Nach jedem guten Mittagsschmaus ging es mit lüsternen Blicken dorthin, um den „kleinen niedlichen Französinnen" das teutsche Blut einzuimpfen. Der Frontsoldat hingegen dachte an seine Lieben daheim bei strenger Arbeit und Gefahr, jeden Augenblick getroffen zu werden.

Proletarier, habt Ihr das schon vergessen? Schon drohen uns wieder Gefahren. Gewitterwolken stehen am Himmel: China, Marokko, Krieg gegen den Arbeiter- und Bauernstaat Sowjet-Rußland. Heraus aus Eurer Saumseligkeit, hinein in die KPD.! Sie ist die einzige, welche gegen die Imperialisten kämpft.

*

Im Großbetrieb A. Thyssen in Mülheim (Ruhr)

Die Kriegsfurie raste an der Front, verlangte die letzte Arbeitskraft im Produktionsprozeß. „Granaten her!" schrie die Front. Verlassen wurde der häusliche Herd von Mädchen, Frauen, Greisen und denen, die man im Schützengraben nicht mehr verwenden konnte.

Die Maschinensäle starrten von Maschinen und Menschen. Unaufhörlich, Tag und Nacht surren die Dreh-, Fräß- und Hobelbänke. In blauem Leinenanzug Männer und Frauen unermüdlich schaffend. Bogenlicht um die Mitternachtsstunden drückt den unterernährten Schaffenden die müden Augen fast zu. Nur eine hält in monotonem Arbeitsgange aus — die Maschine. Hier und dort ein Aufschrei eines überarbeiteten Menschen, den die Maschine erfaßt hat. Nur die Umstehenden leisten Hilfe, da der Lärm der Transmissionen jeden Aufschrei stickt. Noch ist das Blut des Unglücklichen nicht geronnen und schon stellt der Vorarbeiter Ersatz an die Maschine, die eigentlich gar nicht zum Stillstand kommt. In den engen Gängen zwischen den Maschinen ein Hasten und Jagen. Ungeübte, furchtsame Mädchen, die als Neulinge in den Betrieb kommen, stocken vor rasselnden Maschinen und werden von Aufsehern, die glauben, das Arbeitspensum leide, zur Arbeit getrieben. In manchen Betrieben des 28 000 Schaffende umfassenden Werkes herrscht bei den Antreibern ein Ton der Straße. Der sich dagegen auflehnende Arbeiter wird in wenigen Tagen sicher zum Schützengraben gebracht. Der Schützengraben hat unzählige Arbeiter zu Verrätern an ihren Klassengenossen werden lassen und wurde bei Thyssen, wie wohl überall in den Munitionsfabriken mit Wollust seitens der Werksdiener dem Arbeiter vor Augen gehalten. Und doch würden wir mit Grauen die Augen verschließen, wenn all die Verstümmelten, Toten auf marschierten würden bloß vom Werk Thyssen in Mülheim an der Ruhr.

Ein Erlösungsschrei hallte von Raum zu Raum, als ich am 9. November 1918 meinen Klassengenossen den Beginn der so kurzen und ganz anders gedachten Freiheit verkündete. Arbeiten wir daran, daß auf den 9. November ein 7. November folge!

W. G., Zeitz.

Arbeiter, Genossen!

Diese Schilderungen von Klassengenossen aus dem Massengemetzel 1914 bis 1918 rufen in Euch noch einmal alles das wach, was Ihr in den Jahren seit dem 2. August 1914 durchgemacht habt, was Ihr heute — nach Abschluß des „Friedens"-Vertrages von Versailles und aller seiner Ergänzungen, die die internationale Kapitalistenbande zum Zweck des Wiederaufbaues ihrer Welt durch eine unerhörte Ausposwerung des deutschen und des internationalen Proletariats in Gestalt des Dawes-Diktats, des Londoner Paktes usw. schuf — Tag für Tag erlebt.

Jetzt jähren sich zum ersten Male die „herrlichen" Juli- und Augusttage von 1914. Heute müßt Ihr mehr denn je daran denken, wie man Euch in jenes **Massenmorden für das internationale Räubergesindel** trieb. Wiederum erheben sich dunkle Gewitterwolken am Horizont. **In China und Marokko brennt es bereits. Ueberall wird fieberhaft zu einem neuen imperialistischen Raubkrieg, der sich gegen das Rußland der Arbeiter und Bauern wenden soll, gerüstet.**

Deshalb, Proletarier, seid bereit! Rüstet, auf daß Ihr nicht wieder wie am 2. August 1914 Euch von allen verlassen seht. **Bildet die rote Millionenfront gegen den imperialistischen Krieg! Die Kommunistische Partei wird Euch Führerin in diesem wie in jedem proletarischen Kampfe sein. Kämpft mit ihr**

Gegen den neuen Krieg, gegen den Völkerbund und den Garantiepakt!

Für den Achtstundentag — gegen den Lohnabbau!

Gegen Steuerraub und Wucherzölle!

Für Vollamnestie aller proletarischen politischen Gefangenen!

Gegen die monarchistische Luther-Regierung!

Für ein vom Imperialismus befreites Arbeiter-Deutschland!

Für ein Bündnis mit Sowjet-Rußland!

Heraus zum Roten Antikriegstag am 25. u. 26. Juli in Halle

Kämpft mit der KPD. gegen neue Kriegsgefahr, gegen politische Entrechtung und wirtschaftliche Versklavung!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250721-11/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis

Achtung, Teilnehmer am roten Arbeitsabend!

Die am Donnerstag vergangener Woche in den Distriktsversammlungen bestimmten Genossen haben am Mittwoch, dem 22. Juli, abends 8 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft, Zimmer 4, zu erscheinen.

Meldet Frei-Quartiere!

Für zahlreiche, anläßlich des roten Anti-Kriegstages bereits am Sonnabend, dem 25. Juli, eintreffende auswärtige Delegationen werden noch eine Anzahl Quartiere benötigt. Alle klassenbewußten Arbeiter, die gewillt sind, für eine Nacht ein Quartier zur Verfügung zu stellen, werden gebeten, dies bis Mittwoch, den 22. Juli, bei einer der folgenden Stellen zu melden:

Buchhandlung der Produktiv-Genossenschaft, Lerchenfeldstraße 14.
Volksbuchhandlung, Harz.

Im Osten:

Fritz Sachse, Am Wasserturm 2; Albert Spindler, Lessingstr. 24 pt.

Im Süden:

Franz Simon, Streiberstraße 30 III.

Im Westen:

Kurt Götze, Unterplan 8, H. II; Friedrich Henze, Torstraße 29 II.

Im Norden:

Eduard Schulze, Röderberg 3; Otto Handwerg, Kl. Gosenstraße 4 pt.

Im Zentrum:

Wilhelm Wagner, Hermannstraße 23; Kurt Uhlrich, Moritzkirchhof 3 II.

Alle Mitglieder des RFB. melden Quartiere entweder bei ihren Gruppen- und Abteilungsführern oder direkt bei den obgenannten Kameraden. Mit Rücksicht auf die vielen Anforderungen, bitten wir um möglichst viele Meldungen. **Ortsvorstand RFB., Halle.**

Nur für Herrschaften!

(Arbeiterkorrespondenz)

Ich bekomme als Prolet drei Tage Ferien. Die Frist ist kurz, der Geldbeutel klamm, viel läßt sich nicht unternehmen. Einige Spaziergänge in die nächste Umgebung, Elsteraue, Saaletal, Heide und husch, sind die drei Tage verflogen.

Aber dennoch, bei diesen Ausflügen begegnet einem manches, was zum Nachdenken Anlaß gibt. Freilich, wer sein Ideal in Bierseligkeit oder Schnapsduselei sucht, dem wird in seiner feuchtfröhlichen Stimmung nie die Erkenntnis dämmern von dem, was außerhalb der Tretmühle vor sich geht. Ein elegantes Schild an einer Villa trägt die Aufschrift: „Nur für Herrschaften." Sofort fällt mir ein, daß ja alles auf Erden nur für Herrschaften da ist. Die Villen, die Schlösser, Eisenbahnen mit den Salonwagen, Autos, Seebäder, Felder, Wiesen, alles Erdenkliche nur für Herrschaften. Behörden, Gerichte, Polizei, Banken, Geldschränke, auch Ferien, ein ganzes Leben lang Ferien, nur für Herrschaften.

Gehe ich da mit meiner Frau den Weg von der Nietlebener Chaussee nach dem neuen Flugplatz; man konnte früher dort den Hals brechen, jetzt wird er fein säuberlich geebnet und geglättet. Plötzlich kommt mir ein dicker Mann entgegen, der sicher die Nahrung für drei andre noch mit für sich beansprucht, der feldwebelt mich mit seinem Bierbaß an: „Hier ist kein Weg." nach kurzer Pause, „mein Herr und Dame." Das sollte wohl nach Bildung klingen, verriet aber doch den ganz gewöhnlichen Hofmeester oder Vorbost, der es verstanden hat, sich durch Anschmußen bei seinem „Herrn" in seine jetzige Stellung emporzuarbeiten. (Freie Bahn dem Tüchtigen.) Ich wies darauf hin, daß der Weg doch erst gerade passierbar gemacht wird. „Ja, für den Flugplatz," war die Antwort. Also, nur für Herrschaften. Für gewöhnliche Menschen war der Weg in seinem alten Zustande gut genug.

Wer sind denn nun eigentlich diese Herrschaften und worin unterscheiden sie sich von Nichtherrschaften? Prolet, wenn Du auf Deinen Spaziergängen Menschen begegnest, mit zerhackter Visage, sogenannte Ehrenmale, die beileibe nicht aus dem Schützengraben stammen, wenn ein Auto an Dir vorrüberrast und Dir den Straßenstaub in den Hals wirbelt, oder Dir die Dreckpfützen auf die Sonntagskleider spritzt, oder gar eines Deiner Kinder über den Haufen fährt und dann unerkannt und feige ausreißt, wenn Du Weiber siehst, die ihre verlebten Gesichtszüge mit Schminke und Puder ausbessern müssen, die nötig haben, durch wohlriechende Wässer den von sich ausgehenden üblen Geruch zu unterdrücken, oder, wenn Menschen sich zusammensetzen, um zu beraten, wie sie ihrem Nächsten am besten das Fell über die Ohren ziehen können: Das sind „Herrschaften"! Diese Bezeichnung haben sie sich selbst zugelegt. Man kann sie auch anders nennen. Schmarotzer, Prasser, Drohnen der menschlichen Gesellschaft sind ganz passende Benennungen für sie.

Sie unterscheiden sich von gewöhnlichen Menschen dadurch, daß sie nie einen Finger zu ehrlicher, produktiver Arbeit gekrümmt haben, daß sie nur immer darauf bedacht sind, den Schweiß, den Fleiß, die Arbeit ihrer Mitmenschen für sich auszubeuten, um ein nichtstuerisches wollüstiges Leben führen zu können. Arbeiter, wann wird Euch die Erkenntnis dämmern, daß zum Herrschen nur das Werte schaffende Volk berechtigt ist?

Seid nicht denkfaul, auf Schritt und Tritt begegnet Euch himmelschreiendes Unrecht. Nur durch geschlossenes, einiges Handeln könnt Ihr es beseitigen, aber Ihr könnt es, wenn Ihr nur **wollt.**

Furchtbare Mißhandlungen eines Arbeiters auf der Schupowache Revier 2, Glauchaer-Straße

Am Sonntagmittag ½2 Uhr fuhr der Arbeiter Franz Schmidt mit seinem Fahrrade die Lerchenfeldstraße entlang. An der Straßenkreuzung Schwetschkestraße begegnete ihm ein Stahlhelmflegel und beleidigte Schmidt wegen der roten Fahne, die er am Rade hatte und drohte gleichzeitig mit Schlägen. In dem Augenblick, als Schmidt diesen Stahlhelmmann abwehren wollte, stürzte der Schuhmacher Robert Weber mit der Bemerkung hinzu: **„Warte, Du Lump, jetzt bekommst Du Deine Schläge!"** Schmidt wehrte jetzt beide Stahlhelmbanditen ab. Bei diesem Vorgang erscheint ein Schupobeamter. Schmidt, der keine Veranlassung hatte, die Objektivität der hallischen Schupo kennen zu lernen, setzte sich auf sein Rad und fuhr seinen Weg.

Auf dem Nachhauseweg begegnet ihm derselbe Schupomann wieder, und hinter ihm zwei radfahrende Schupobeamte. In wenig höflicher Weise wird Sch. aufgefordert, vom Rade zu steigen, was er auch tat. Jetzt setzt die Forsche der Schupobeamten ein. Drei Schupobeamte packen in brutalster Art Sch. im Genick und wenden gleichzeitig Jiu-Jitsu-Griffe an. Drei Schupobeamte und zwei Rollkommandos waren notwendig, nach Auffassung der Polizei, einen Verhafteten nach der Wache zu transportieren. Ein Schupobeamter, der sich bedroht glaubte, zog blank und machte gleichzeitig seine Pistole schußfertig.

Das Ungeheuerlichste folgte nun auf der Wache 2, Glauchaer Straße. Kaum war Sch. in das Wachlokal, erhielt er schon den ersten Schlag ins rechte Auge, daß ihm beide Brillengläser wegflogen. Ein Stahlhelmmann im Wachlokal hatte scheinbar die Richterrolle, der nur diktierte, was mit Sch. zu geschehen habe. Sch. wurde nun in die Zelle geworfen und drei Beamte bearbeiteten ihn mit Fäusten und Stifelabsätzen auf Kopf, Geschlechtsteile und Unterleib. Nachdem Sch. auf Grund dieser Mißhandlungen laut um Hilfe schrie, so daß die Außenstehenden darauf aufmerksam wurden, ließen die Beamten von ihrem Opfer ab.

Als die Frau des Arbeiters Sch. sich nach ihrem Mann auf der Wache erkundigen wollte, wurde sie in der gröblichsten Art beschimpft und ebenfalls tätlich angegriffen. Dieselbe Exekution setzte nochmals ein. Als Schmidt zum Austreten gewesen war, stürzten sich nochmals sieben Schupobeamte auf Schmidt, kugelten ihm den Arm aus, so daß sich ein großer Bluterguß im Gelenk zeigte. Trotzdem sich Sch. seit drei Wochen in ärztlicher Behandlung befindet, wurde ihm nach dieser Mißhandlung **ärztliche Hilfe verweigert** und einem anderen Freund, der sich erboten hatte, den Sch. zu verbinden, dies nur gestattet, wenn dieser Freund das Verbandszeug bezahlen wollte. Während dieser furchtbaren Mißhandlung des Arbeiters Schmidt hatte sich eine mehrhundertköpfige Menge von Straßenpassanten vor dem Wachlokal angesammelt, die bei den rohen Mißhandlungen durch Schupobeamte außerordentlich erregt waren.

Wir fragen den Polizeipräsidenten Oexle: Sind das die Auswirkungen der Stahlhelmankündigungen unter tätiger Mitarbeit der hallischen Schupobeamten, die sich immer offenkundiger als die Schrittmacher der Stahlhelmbanditen entpuppen? **Wir verlangen die schärfste Bestrafung für die Schupobeamten, die sich erlauben, in solch einer sadistischen Art und Weise mit Arbeitern umzuspringen.**

Klagen über die Schutzpolizei

(Von einem Arbeiterkorrespondenten)

In letzter Zeit mehren sich allgemein die Klagen über die Schutzpolizei. Nicht nur aus den Reihen der Arbeiterschaft werden solche laut, sondern auch aus bürgerlichen Kreisen mehren sich die Klagen über das einseitige Vorgehen der Schutzpolizeibeamten, und diese Tatsache besagt sehr viel, da ja der Spießer in dieser Beziehung ein beträchtlich dickes Fell hat und sich im Interesse der „Ruhe und Ordnung" allerhand gefallen läßt, ehe er den Mund zu einem Protest öffnet. Im Gegensatz hierzu hätte die Arbeiterschaft täglich Gelegenheit, viele Beispiele zu veröffentlichen, die die „Objektivität" der Polizei in das richtige Licht rücken. Man hat sich aber bereits an die kleinen Schikanen der Polizei gegenüber der Arbeiterschaft so sehr gewöhnt, daß man es gar nicht mehr als etwas außergewöhnliches betrachtet, wenn ein Arbeiter wegen irgend einer Geringfügigkeit ein saftiges Strafmandat erhält, in brutalster Art und Weise zur Wache geschleppt wird, oder gar lange Zeit unschuldig in Untersuchungshaft gehalten wird. Das alles gehört eben zur „Demokratie". Auch die Bluttat der hallischen Schupo im „Volkspark" ist scheinbar eine echt demokratische Handlung gewesen, sonst hätte man den sadistischen Polizeileutnant Pietzker und die übrigen Beteiligten sofort in Untersuchungshaft genommen und ein entsprechendes Verfahren gegen die Täter eingeleitet. **Herr Pietzker hat bestimmt im Voraus gewußt, daß ihm wegen seiner Mordtat auch nicht ein Haar gekrümmt wird.** Wäre es anders, hätte er es nie gewagt, diesen feigen Meuchelmord zu provozieren und auszuführen.

Doch auch aus bürgerlichen Kreisen hört man in letzter Zeit häufig Klagen über die schikanöse Behandlung seitens einiger Schupobeamten und fast hat es den Anschein, als würden die unteren Beamten in Ihren Instruktionsstunden direkt angewiesen, gegen Angehörige der besitzenden Klasse größtmöglichste Rücksicht walten zu lassen. Ein breites Kapitel dieser Klagen nehmen die polizeilichen Strafmandate wegen Uebertretung ein. Sobald ein kleiner Geschäftsmann kurz nach Ladenschluß an einen verspäteten Käufer noch etwas verkauft, steht in den meisten Fällen schon ein Schupobeamter auf der Lauer und bringt Käufer und Verkäufer zur Anzeige. Auch von Radfahrern wird häufig über die groteske Pedanterie der Schupobeamten geklagt. Der Knalleffekt dieser behördlichen Maßnahmen ist in fast allen Fällen ein Strafmandat. Hierbei zeigt sich die Polizei aber weniger kleinlich. Unter 20 Mark wird scheinbar überhaupt kein Strafmandat mehr ausgestellt. Die Hindenburg-Republik benötigt sehr **viel Geld, um die** vielen „Ordnungshütern" entlohnen zu können.

Die Besitzenden werden natürlich mit Glacéhandschuhen angefaßt, was man aus folgendem Vorfall deutlich ersehen kann. Vor einem Weinlokal in der Spiegelstraße hielt kürzlich des Nachts ein Auto, dem ein durstiger Fettklumpen entstieg, der einen Höllenlärm vollführte. Als ein im Schlaf gestörter Bürger um Ruhe ersuchte, **zog der fette Radaubruder seine Pistole, legte auf den Bürger an und schrie dabei: „Wenn Du nicht den Schnabel hältst, schieße ich Dich runter!"** Der Bedrohte ruft nach der Schupo. Endlich kommt gemächlich ein Beamter, der von dem Bürger aufgefordert wird, den Namen des durstigen Fetten festzustellen. Prost! — Der Beamte tut nichts dergleichen und läßt den Dicken ungeschoren, obwohl ihm der ganze Sachverhalt vorgetragen war.

Aus diesem Beispiel, dem täglich neue hinzugefügt werden könnten, ersieht man deutlich, daß die Schutzpolizei tatsächlich eine Schutzpolizei im wahrsten Sinne des Wortes ist. Nur daß man sich darüber streiten kann, wer und was denn nun eigentlich unter polizeilichem Schutz steht. Nach den bisher bekannten Beispielen allerdings nur die Geldschrankbesitzer und der Inhalt dieser Schränke. Auch die Hosenmätze vom Freßwolf, Jungdo und Stahltöpfchen stehen unter dem Schutz der Schupo und tragen ungeniert Waffen, manchmal sogar ganz offen. So war es bei Herrn Runge und seit Herr Oexle den Posten des Polizeipräsidenten bekleidet, hat sich nicht das geringste an diesen Zuständen geändert. Aber wir verstehen das. Herr Oexle darf hierin auch keinen Wandel schaffen, wenn er nicht befürchten will, binnen kurzer Zeit zu den Abgebauten zu zählen. Ruhe und Ordnung heißt: „Schutz dem Geldsack!" Herr Oexle tut nur seine Pflicht.

Erlebnisse auf dem Arbeitsnachweis

Für Kommunisten ist keine Arbeit da

(Arbeiterinnenkorrespondenz)

Mittwoch früh in Halle angekommen, war es mein erstes, mich um Arbeit zu bemühen. Auf dem Arbeitsnachweis wurde ich nach Zeugnissen befragt und legte diese vor. Da es durchweg gute Zeugnisse sind, wurde von der Frau Lorenz die Frage aufgeworfen:

Ob ich die Zeugnisse nicht etwa selbst geschrieben habe; denn in Berlin passiert doch so allerlei.

Ich wurde auch gefragt, ob ich in Restaurationen, Schlächtereien usw. gehen würde. Dann bekam ich zwei Stellen nachgewiesen. Auf der ersten angekommen, wurde mir der Bescheid, daß die Stelle erst ab 1. 8. frei ist, trotzdem ich ausdrücklich auf dem Nachweis betonte, daß ich für sofort eine Stelle möchte. Auf der zweiten Stelle (Weinhandlung, Rannische Straße 23) gefielen die Zeugnisse gut, ich hätte auch sofort anfangen können. Plötzlich wurde ich gefragt: **„Welche Gesinnung haben Sie und wo sind Sie organisiert?"** Auf meine Antwort, beim RFB. (Rote Frauenliga Berlin), sagte er, daß er in seinem nationalen Haushalt keinen Anhänger der KPD. beschäftige, vielmehr sein voriges Mädchen entlassen habe, weil sie mit einem kommunistischen Abzeichen im Hause rumgelaufen sei. Er schrieb außerdem noch auf den Schein vom Nachweis:

„Einen Angehörigen der KPD. kann ich doch unmöglich in meinem nationalen Haushalt beschäftigen",

und meinte, er habe es auch extra auf dem Nachweis gesagt. Mit diesem Schein ging ich zum Nachweis und bekam den Bescheid, daß heute für mich keine Arbeit da sei, trotzdem mir doch vorher gesagt wurde, daß etwas in Schlächtereien und Restaurationen frei wäre. Am nächsten Morgen hieß es: Für Sie habe ich nur was nach außerhalb. In Wansleben angekommen, mußte ich beinahe eine Stunde warten, bis ich auf Umwegen erfuhr, daß die Stelle besetzt sei. Als ich dies nun durchblicken ließ, wurde mir die Antwort zuteil: „Na, Ihr Zug fährt ja doch erst nach fünf."

Es muß gefragt werden: Ist es erlaubt, daß auf die Arbeitsscheine die politische Zugehörigkeit eines Arbeitsuchenden geschrieben wird. Diesem unerhörten Zustand muß sofort ein Ende gemacht werden.

Eine Unverschämtheit

Der Weißenfelser Magistrat sendet uns folgende Notiz „zur gefälligen kostenlosen Aufnahme im lokalen Teile":

Erwerbslosenunterstützung. Der preußische Minister für Volkswohlfahrt hat die ihm nachgeordneten Behörden dahingehend angewiesen, daß nach der von ihm selbst und dem Reichsarbeitsminister ständig vertretenen Auffassung Sonderzuwendungen in Lebensmitteln oder barem Geld an Erwerbslose als eine Ueberschreitung der Höchstsätze der Erwerbslosenunterstützung anzusehen und daher gemäß § 41 der Reichsverordnung vom 16. Februar 1924 als unzulässig zu bezeichnen sind. Er weist mit allem Nachdruck auf die Beseitigung dahingehender ungesetzlicher Gemeindebeschlüsse hin.

*

Diese Notiz ist ein ungeheuerlicher Skandal, den sich die Weißenfelser Arbeitslosen besonders merken müssen. Die skandalöse Notiz soll nur die niederträchtige „Sparpolitik" des Magistrats von Weißenfels gegen die Arbeitslosen, Sozial- und Kleinrentner sowie gegen die gesamte Weißenfelser werktätige Bevölkerung decken.

Organisierte Wildheit

Im Berliner Admiralspalast musiziert, springt, schreit, tobt eine Horde brauner und schwarzer Zeitgenossen, die sich ebenso krampfhaft wie vergeblich bemüht, ihr vollkommenes Unbelecktsein von aller Zivilisation zu beweisen. Zusammengewürfelt aus allen Vorstadttheatern Neuyorks treiben diese „Naturkünstler" Abend für Abend schlechtgeübte Akrobatenkunststückchen und Freiübungen. Beine und Arme in verschiedener Richtung schlenkern, nennen sie Tanz; Gekreisch mit sentimental ersterbendem Schlußvers überschreiben sie Volksweise. Das Ganze kostet drei bis sechzig Mark.

Wilde Volksstämme sind aktuell! Täglich liest der deutsche Staatsbürger mit angenehmen Schauer des Sicherheitsbewußtseins von den Vorgängen in China und Marokko. Er schlägt sich auf die Schenkel und ruft: „Frau, wie diese Leute sich durchhauen! Einfach fabelhaft!" Dann ißt er das zweite Frühstücksbrötchen in der Hoffnung, daß die im Süden und Osten es den „Erbfeinden" Deutschlands schon heimzahlen werden. Er erkennt damit Fähigkeiten der niederen Rassen an (wenn er auch vergißt, daß es sich um einen Befreiungskampf zweier Riesenvölker handelt), und das darf nicht geduldet werden. Kolonialvölker dürfen für uns nur kämpfen und zahlen! Achtung vor ihren Leistungen ist gefährlich. Man muß den Eindruck kräftig verkleinern.

So sitzen im Parkett die guten Bürger und berauschen sich an der zahmorganisierten Wildheit der agierenden farbigen Kinder nordamerikanischer Großstädte. Sie nehmen das Theater für bare Münze und studieren Volksseele. (Zwischen drei und sechzig Mark!) Sie denken: „Ha, wir Weißen sind doch bessere Menschen! Uns adeln Kultur und Geist." — Sie sagen: „Diese Naturvölker haben einen fabelhaften Reiz. Kraft, Temperament, Phantasie; alles, was bei uns längst die Degeneration gefressen hat, findet man doch bei ihnen." Und befriedigt ziehen sie nach Hause. Denn ihr Morgenblättchen hat ihnen mitgeteilt, daß die „Chocolate Kiddies (Schokoladenlämmchen)" ihren Beifall zu finden haben.

Mit Wildheit — man meint damit: Natürlichkeit — soll man nicht umschreiben, was ganz einfach Fehlen der mindesten Kenntnis, des mindesten Könnens und der mindesten Veranlagung für Tanz und Gesang ist. Hier hat geschickte Reklame den letzten Rest von Kritikfähigkeit erschlagen. Doch eins ist erwähnenswert, das nicht gerade für Natürlichkeit zeugt, sondern im Gegenteil dafür, daß die Kiddies fest in der Zivilisation des Jahrhunderts verankert sind: Das Orchester. **Elf Leute machen Lärm. Lärm auf ungeahnten Instrumenten, Lärm mit Rhythmus, organisierten Lärm. Viel, viel Lärm mit viel, viel Rhythmus!**

Anfangs weiß man nicht genau, wo das Stimmen aufhört und wo das Spielen anfängt. Man wundert sich über diese Art Musik, um ihr bald Geschmack abzugewinnen, dann sie schön zu finden. Hier liegt die Musik unserer Zeit, hier dokumentiert sich musikalisch unser Jahrhundert des Tempos. Dieses Orchester mit Londoner Tanzgirls: das wäre ein reiner Genuß! Die Rhythmen schreien danach, daß nach ihnen getanzt, nicht gehüpft wird.

Aber dem Bürger zuliebe macht man in Wildheit. Es ist aktuell, und er will das Bewußtsein mit nach Hause nehmen, daß er „ein Volk" für drei bis sechzig Mark springen lassen kann!

Hofnachrichten

„Vossische Zeitung":

Reichspräsident von Hindenburg besuchte gestern nachmittag das aus Mannschaften und Offizieren aller deutschen Stämme zusammengesetzte Wachtregiment Berlin in seiner Kaserne in Moabit. Der Reichspräsident schritt, begleitet von dem Reichswehrminister Dr. Geßler, dem Chef der Heeresleitung, General von Seeckt, und dem Kommandanten von Berlin, Oberst Severin, die Front des Regiments ab, und nahm dann einen Vorbeimarsch entgegen. Im Anschluß hieran aß der Reichspräsident in der Offiziers-Speiseanstalt mit den Offizieren des Regiments zu Abend.

*

„Frankfurter Zeitung":

Der preußische Minister des Innern Severing ist von seinem Urlaub zurückgekehrt und hat die Amtsgeschäfte wieder übernommen. Der Minister war anscheinend an seinem 50. Geburtstag volle fünf Wochen von Berlin abwesend. Er hat seinen Urlaub in der Schweiz verbracht und sich ausgezeichnet erholt.

*

„Allgemeine Zeitung":

Kronprinz Rupprecht von Bayern — Dr. phil. h. c. Die philosophische Fakultät der Universität Erlangen hat dem Kronprinzen Rupprecht von Bayern, „den ausgezeichneten Kenner der morgenländischen Kultur und eifrigen Förderer von Wissenschaft und Kunst, dem Verfasser wertvoller Werke als Frucht weiter Reisen, die beredtes Zeugnis von ernster wissenschaftlicher Bildung, klarer Beobachtung und glänzender Darstellung geben", Grad und Würde eines Dr. phil. verliehen.

„Allgemeine Zeitung":

Generalfeldmarschall von Mackensen hat den Ehrenvorsitz des Komitees zur Errichtung des Kriegspferde-Brunnens übernommen, der durch den Nationalverband deutscher Offiziere nach dem Entwurf des Bildhauers Prof. Joseph Limburg ausgeführt wird und zur Aufstellung gelangen soll. Die Reliefs zeigen die Verwendung des Pferdes im Kriege, wie Kavallerieattacke, Artillerie im Vormarsch und Munitionskolonne im Gefecht. Während wir in diesen Bildern das frisch vorwärtsziehende Tier sehen, erblicken wir oben auf dem architektonisch gutgegliederten Postament des Brunnens die Gestalt eines Pferdes völlig erschöpft und abgekämpft.

*

Die Friedrich-Alfred-Hütte der Firma Krupp in Rheinhausen hat sich infolge Absatzmangels veranlaßt gesehen, zwei ihrer Hochöfen außer Betrieb zu setzen.

*** Die „Rakete"** läßt in ihrem neuen Programm vor allem den Humor zu seinem Rechte kommen. Die zwei Burlesken „Der falsche Leutnant" und „Der Sittlichkeitsverein" wirken insbesondere durch das Auftreten Emil Reimers. „Der falsche Leutnant" soll eine „Burleske aus vergangenen Tagen" sein. Wer aber die wahren Verhältnisse in der deutschen Reichswehr, Schupo usw. kennt, weiß, daß der „Herr Leutnant" in der „republikanischen" Reichswehr und Schupopolizei nicht andere Manieren an den Tag legt als der Leutnant der wilhelminischen Armee. „Der falsche Leutnant" zeigt uns, bis zu welch blöden Formen sich ein „Herr Leutnant" entwickeln kann. „Der Sittlichkeitsverein" ist eine Burleske von übersprudelndem Humor, zeigt uns aber zu gleicher Zeit in treffender Weise die ganze Heuchelei der Redereien des Bürgertums von „Sittlichkeit." **B.**

Ufa-Lichtspiele, Alte Promenade. Es ist infernalisch, wie Dantes „Inferno" in einem schlechten Film verarbeitet wird. Die Rahmenhandlung für die Höllenbilder ist die Bekehrung eines brutalen Kapitalisten zum sozialen Menschen. Ungefähr als ob Stinnes auf seinem Sterbebette — statt die Erbschaftssteuer zu hinterziehen — seine Werke der Arbeiterschaft zur Sozialisierung hinterlassen hätte. Die Pappkulissenhölle mit den händeringenden Menschen ist älteste Schule. Da sind die Affen- und Löwen-Filme, zwei Lustspiele, die in demselben Programm gegeben werden, in jeder Hinsicht vorzuziehen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250721-11/fragment/page=0006
DFG

Ein Nachtwächter der Reichsbahn-Aktien-Gesellschaft

scheint der Bahnhofswirt Hermann **Klose** in **Eisleben** zu sein. Zwei hallische Arbeiter waren am Sonntag nach einer anstrengenden Radtour gezwungen, den Rest der Fahrt nach Halle von Eisleben aus per Bahn zurückzulegen, da sich der eine bei einem Sturz vom Rade die linke Hand nicht unerheblich verletzt hatte. Trotz angestrengter Fahrt der beiden Arbeiter von Leimbach nach Eisleben, um hier den letzten Zug nach Halle zu erreichen, verspäteten sie sich um 2 Minuten. Da sie bereits Fahrkarten gelöst hatten, und da es Ihnen auch physisch gar nicht möglich war, die Fahrt nach Halle in der Dunkelheit per Rad zurückzulegen, zumal sie bereits eine Strecke von 180 Kilometer hinter sich hatten, betraten sie den Wartesaal 4. Klasse in Eisleben, um sich hier von den Anstrengungen auszuruhen und die Fahrt mit dem ersten Morgenzuge nach Halle fortzusetzen.

Um ½1 Uhr erschien im Wartesaal plötzlich der Bahnhofswirt Klose und forderte die beiden Arbeiter auf, sofort den Saal zu verlassen, da derselbe bis zur Abgangszeit des nächsten Zuges geschlossen würde. Schon diese Aufforderung war in einem Tone gehalten, der an Unverschämtheit nicht übertroffen werden kann. Ohne ein Wort der Erwiderung fügten sich die Arbeiter und packten ihre Sachen zusammen, um den „Warte“raum zu verlassen. Das ging aber Herrn Klose scheinbar nicht schnell genug, und er glaubte das Tempo durch wüstes Geschimpfe beschleunigen zu müssen. Obwohl die Arbeiter etwas verzehrt hatten, scheute sich nunmehr dieser saubere „Gast“wirt nicht, **die Arbeiter mit den gemeinsten Schimpfworten zu titulieren,** trotzdem hierzu absolut kein Grund vorlag, da ja die Arbeiter bereits im Begriff waren, den Saal zu verlassen und durch kein Wort dem Menschen Veranlassung zu dieser Schimpfkanonade gegeben hatten.

Dreißigjährige verheiratete Arbeiter sind in den Augen dieses Bahnhofswirtes Lausejungens.

Beim Verlassen des Raumes wurde der eine der Arbeiter noch **von dem Wirt vollends hinausgestoßen,** der dann schnell die Tür hinter sich verschloß (wahrscheinlich, um einer „schlagenden Antwort“ zu entgehen). Die beiden Arbeiter überlegten sich dann auf dem Vorplatz des Warteraumes die Situation, wurden aber auch hier **auf Veranlassung des Bahnhofswirtes** von einem Bahnbeamten (allerdings in höflicher und sachlicher Form) zum Verlassen des Bahnhofes aufgefordert. Gelegenheit zur Rückgabe ihrer Fahrkarten fanden sie nicht.

Es hat demnach den Anschein, als ob der Bahnhofswirt Klose auch gleichzeitig angestellter Nachtwächter der Reichsbahn-Aktien-Gesellschaft für den gesamten Bahnhof Eisleben ist. Sollte das der Fall sein, so würden wir der Eisenbahndirektion empfehlen, die mangelhafte Bildung ihres Nachtwächters in bezug auf Höflichkeit mit dem reisenden Publikum durch entsprechende Instruktionen zu ergänzen. Im anderen Falle wäre dem „Gestwirt“ begreiflich zu machen, daß er auf dem Bahnhofsgebiet außerhalb des Wartesaales überhaupt nichts zu sagen hat, oder **ist Herr Klose etwa Aufsichtsrat der Reichsbahn-Aktien-Gesellschaft?**

Wie Herr Klose seine Gäste behandelt, dürfte auch in Zukunft seine Sache sein. Der Wartesaal steht ja auch dem Reisenden zum Aufenthalt zur Verfügung, der nicht die Taschen dieses „freundlichen Gastwirtes“ füllt. Die Arbeiter von Eisleben und die gelegentlich dorthin kommen, werden aus diesem Vorfall jedenfalls ihre Lehre ziehen und sich entsprechend einzustellen wissen.

Unfälle und Volksfürsorge

Ungeheure Dimensionen nimmt die Ausdehnung des Verkehrs nicht nur in den Großstädten, sondern auch in den ländlichen Gebieten an. Immer mehr gehen wir amerikanischen Verhältnissen entgegen. Das Automobil beherrscht die Straßen. Heute schon kommt auf rund 250 Menschen in Deutschland ein Kraftwagen. Die gewaltige Steigerung des Verkehrs hat leider auch eine große Steigerung der Unfälle zur Folge. Die Statistiken reden in dieser Beziehung eine allzu deutliche Sprache. Man braucht nur eine Tageszeitung in die Hand zu nehmen und findet immer Meldungen über Todesfälle infolge Unfalls. Wer wäre heute dagegen gefeit? Urplötzlich, wie aus heiterem Himmel, tritt das Unglück an den Menschen heran. Kann man auch das Schicksal nicht vorher bestimmen, so bietet sich doch die Gelegenheit, die materiellen Sorgen, die sich fast immer in solchen Fällen einstellen, zu lindern.

Die **Volksfürsorge** bietet bei tragbaren Prämien zum Selbstkostenpreis eine Lebensversicherung, die nicht nur beim Tode durch Unfall, sondern auch für das Alter eine segensreiche Aufgabe erfüllt. Die Volksfürsorge zahlt beim Tode durch Unfall und Infektionskrankheiten ohne jedwede Karenzzeit die volle Versicherungssumme aus.

Wer für den schlimmsten Notfall vorsorgen will, wem das Wohl seiner Angehörigen am Herzen liegt, der schließt eine Versicherung bei der Volksfürsorge ab und setzt sich mit allen Kräften dafür ein, daß sie bald in allen Familien Eingang findet.

Agitationsmaterial wird portofrei von der Rechnungsstelle in Leipzig, Zeitzer Straße 32, übermittelt.

Kukirolen Sie . . .

Die deutsche Industrie pflegt von Zeit zu Zeit ihre Nützlichkeit, ihre Uneigennützigkeit und ihre Notwendigkeit für den Bestand des Volkes, insbesondere der germanischen Rasse, zu betonen. Die „Belange der deutschen Wirtschaft“ sind nachgerade zum Sprichwort für Minister jeder Couleur (Hilferding und die Millionen!) geworden, ihnen werden mit Selbstverständlichkeit die „Belange des einzelnen“ untergeordnet und geopfert.

Daß sich in Wirklichkeit hinter den Interessen der kapitalistischen Wirtschaft die Interessen einzelner und hinter denen der einzelnen die der Menschheit der Werktätigen verstecken, spielt keine Rolle. Dafür befinden wir uns im Zeitalter des „Individualismus“ mit den umgedrehten Begriffen . .

Aber ein Inserat der „Kukirolfabrik Großsalze“ hat es mir doch angetan.

Diese Fabrik zur Konservierung germanischer Füße für den kommenden Kommißstiebel hat eine Erklärung losgelassen, die in ihrer Art eine klassische Würdigung deutschen kapitalistischen „Wirtschaftsfortschrittes“ und seines Reklameprinzips darstellt.

Es heißt in ihr, daß durch die Verbreitung von „Dr. Unblutigs“ Hühneraugenmittel in der ganzen Welt, in Schweden und Galizien, in Deutschland und Holländisch-Indien, das „Wiedererstarken“ deutscher Industrie und Technik, deutscher Kraft und Arbeit (!) schlagend bewiesen sei.

Einen Augenblick steht man wie auf „die Hühneraugen getreten“, dann aber geht einem das Licht auf.

Der Verfasser der „Frau Schnatterich“, dieses Urbildes hakenkreuzgermanischer Weiblichkeit, der Erfinder „merkwürdiger Eheirrungen in der Tierwelt“, deren eine er selber erscheint, dieser Doktor Unblutig, der die germanische Menschheit mit seiner nationalistischen Reklametrommel auf die Fußmärsche des kommenden Krieges vorbereitet, diese Stütze deutscher Industrie und Volkswirtschaft hat recht.

Hat unzweifelhaft recht.

Da die deutsche Industrie schon lange die Arbeit ihrer proletarischen Facharbeiter, Techniker und Ingenieure mit Erfolg an ihre ausländischen Bundesbrüder vom Geldsack verschachert hat und durch ihre „nationale Haltung“ auf dem besten Wege ist, neben Reichsbahn, Stinnesflotte und Anilinfabrik ganz Deutschland als billige Makulatur zum Aufmarsch- und Betätigungsfeld für Völkerbundskapitalisten zu machen, gibt „Kukirol“ das Rezept für die Verwertung der restlichen Konkursmasse im Sinne „nationalen Wiederaufstiegs“. Etwa nach Art von Dr. Oettker:

Man nehme die Haut der deutschen Werktätigen und schneide Riemen daraus. Man unterdrücke und trete diese Werktätigen und setze ihnen sodann die aus ihrer Haut und ihren Hühneraugen gewonnenen Präparate zu den teuersten Preisen (einschließlich Schutzzoll) in der Inseratenplantage bürgerlicher Zeitungen mit dem nötigen „nationalen“ Gewürz vor!

Dann geht es wieder „bergauf“ mit der Nation. Am deutschen Wesen soll die Welt genesen!

Also — kukirolen Sie!

Peter Patter.

---

* **„Volkspark“.** Heute abend ¾8 Uhr, findet das elfte Konzert unter gütiger Mitwirkung des Arbeiter-Sänger-Chors statt. Zeitiges Kommen sichert guten Platz.

* **Proletarische Tribüne.** Zu der am Mittwochabend 8 Uhr im „Volkspark“ stattfindenden Probe müssen sich sämtliche Mitglieder und Mitwirkende unbedingt einfinden. Genossen, die gewillt sind, der Vereinigung beizutreten, sind ebenfalls willkommen.

* **Dr. med. Schüßlers Biochemie-Verein Halle a. d. S.** Mittwoch, den 22. Juli, abends 8 Uhr, im großen Saale des „Stadtschützenhauses“: Vortrag des Bundespräsidenten Herrn Hayn über: „Die Biochemie im Lichte der modernen Wissenschaft“. Erwiderung auf den Vortrag des Herrn Dr. Nagel.

Ein rabiater Trunkenbold. Am 20. Juli 1925 gegen 4,45 nachmittags drang eine männliche Person in die Wohnung einer Witwe in der Gabelsbergerstraße ein. Er beschimpfte sie dort, zerrte sie an den Haaren auf die Straße und schlug hier mit einem eisernen Notenpult auf sie und ihre Tochter ein. Durch Polizeibeamte wurde der schwer angetrunkene Mann in Schutzhaft genommen und die Menschenansammlung, welche sich gebildet hatte, zerstreut.

* **Beim Baden ertrunken.** Am 20. Juli 1925 gegen 7 Uhr abends ist eine 19jährige männliche Person beim Baden in der Saale unterhalb der Peißnitzbrücke ertrunken. Rettungsversuche durch in der Nähe befindliche Personen waren erfolglos. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

* **Opfer der Hitze oder des Hungers?** Am 20. Juli gegen 10.20 Uhr abends wurde eine männliche Person in der Straße Pfännerhöhe bewußtlos aufgefunden. Da er sich nicht wieder erholte, wurde er mittels Krankenwagens der Klinik zugeführt.

* **Straßenraub.** Am 20. Juli gegen 11.20 Uhr abends wurde ein 18jähriger junger Mann in der Friedrichstraße von zwei unbekannten Männern hinterrücks überfallen und seiner Geldbörse mit 10 Mk. Inhalt beraubt. Einer der Täter hielt ihm den Mund zu und versetzte ihm mit einem scharfen Gegenstand einen Schlag ins Gesicht, so daß der Ueberfallene eine größere Schnittwunde an der rechten Backe davontrug. Die Täter sind in Richtung Mühlweg unerkannt entflohen. Beide waren etwa 1,60 bis 1,70 Meter groß, der eine trug einen dunkelbraunen Anzug, der andere ein blaues Jackett mit weißer Hose.

Aus der Jugendbewegung

Jung-Spartakus-Bund, Ortsgruppe Halle

Dienstag, ½6 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft, **Funktionärsitzung.**

Mittwoch, ½6 Uhr, im „Volkspark“ (Kolonnade), **Mitgliederversammlung.**

Vollzähliges Erscheinen der betr. Genossen zu den einzelnen Veranstaltungen ist Pflicht. Jeder Kassierer muß am Dienstag erscheinen und sein Material abrechnen, die Obleute müssen einen Bericht geben und daher auch vollzählig anwesend sein. Darum führe jeder die ihm übertragene Arbeit gewissenhaft aus.

Die Ortsleitung.

Aus der Provinz

Das Eisleber „Volkshaus“ in Gefahr!

Zur Zeit der November-„Revolution“ 1918 ergriffen die Gewerkschaften die Initiative und erwarben für die Eisleber Arbeiterschaft ein Lokal (Wiesenhaus). Die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter leisteten Beihilfen (Extramarken) zum Preise von 1 Mark pro Marke (feste Währung). Es sollte jedes Mitglied 12 Marken kleben, was auch zum Teil geschah. Somit hatte die Arbeiterschaft ein Heim, wo sie dem bürgerlichen Einfluß nicht ausgesetzt war. Eine „**Volkshaus**“-**Genossenschaft** wurde gegründet. Es ging zu der Zeit alles ganz gut. Wenn auch ein gewisser Drang nach der Herrschaft über das „Volkshaus“ schon zwischen den Parteien und Gewerkschaften vorhanden war, glückte es immer wieder, die für die Arbeiterschaft notwendigen Schritte des Ausgleiches zu finden.

Das Jahr 1921 brachte für das „Volkshaus“ einen Rückschlag. Die Sozialdemokraten blieben dem „Volkshaus“ fern, ja, sie verlegten ihre Versammlungen nach dem bürgerlichen Lokal Terrasse. Warum? Weil wir uns nicht mehr wohlfühlten im „Volkshaus“ (sprich: weil der Wirt Kommunist war), pflegten sie zu sagen. Während dieser ganzen Zeit waren die Kommunisten diejenigen, die das „Volkshaus“ der Arbeiterschaft erhielten. Die „Volkshaus“-Genossenschaft suchte nun nach Mitteln und Wegen, die verhaßten Kommunisten aus dem „Volkshaus“ zu verdrängen.

Das Glück war ihnen hold. Der Wirt löste das Verhältnis, indem er in Sangerhausen ein Lokal kaufte. Jetzt ergriff die „Volkshaus“-Genossenschaft Maßnahmen und schrieb die Geschäftsleitung aus. Von drei Bewerbern wurde bei der engeren Wahl ein Hotelbesitzer **Gelfert** aus Nordenham mit der Geschäftsleitung betraut. Die Sozialdemokraten versuchten nun, die gemachten Andeutungen, die Kommunisten aus dem „Volkshaus“ bringen zu wollen, wahrzumachen. Sie fanden in Helfert einen treuen Helfer. Wenn man bis zurzeit angenehme Stunden im „Volkshaus“ verlebt hatte, änderte sich das jetzt. Nach Meinung Gelferts ist er Herr im „Volkshaus“. Was er bestimmt, muß gemacht werden. Wer keinen Kragen und Krawatte um hat, hat im „Volkshaus“ nichts zu suchen.

Arbeiter, bedenkt, daß Euer Geld mit im „Volkshaus“ steckt! Die SPD. soll schon erwogen haben, das „Volkshaus“ den bürgerlichen Vereinen wieder zugänglich zu machen. Dabei ist **Gelfert** schon so weit gegangen, daß er in einem Geschäft (Steinkopf) in der Lutherstraße gegen jemand geäußert hat: **„Ich stelle meine Räume dem Kavallerieverein zur Verfügung. Kommen Sie nur.“** Sein Gegenüber trug Bedenken: „Ja, was sollen denn die Kommunisten dazu sagen?“ „Ach“, antwortete Gelfert, „die haben wir bald raus. Ich bin Herr im „Volkshaus“.“

In der letzten Zeit kann Gelfert kein revolutionäres Lied mehr hören. Er provoziert immer als treuer Helfer der Genossenschaft die Kommunisten, um den Bürgerlichen den Weg zum „Volkshaus“ zu ebnen.

Arbeiter der Mansfelder Kreise! Denkt an Euer Volkshaus, durchkreuzt die Pläne der Volkshausgenossenschaft! Euer ist das „Volkshaus“. **Verhindert den Einzug der Faszisten,** indem Ihr Euch im „Volkshaus“ weiter als Menschen bewegt. Der „Volkshaus“-Genossenschaft rufen wir zu: **Wehe, wenn Ihr es wagt, einem bürgerlichen Verein das „Volkshaus“ zu öffnen.** Dem Wirt sagen wir: Denken Sie an die Worte: Der Arbeiter muß als Mensch behandelt werden! Lernen Sie die Arbeiter erst kennen. Nur dann ist es möglich, ein gutes Einvernehmen zwischen Gästen und Wirt herzustellen. Den Arbeitern Mansfelds ist die Erhaltung des „Volkshauses ein dringendes Bedürfnis!

Neues vom Tage

Berlin heute die heißeste Stadt Europas. Heute ist der heißeste Tag dieses Sommers. Schon in den frühen Vormittagsstunden stieg die Temperatur rasch und erreichte gegen Mittag bereits 34 Grad im Schatten. Eine solche Hitzeperiode hatten wir in den vergangenen Sommern nicht zu verzeichnen. 50 000 Personen badeten gestern im Freibad Wannsee. Infolge der Hitze hatten die Freibäder in der Umgebung Berlins am gestrigen Sonntag, wie es nicht anders zu erwarten war, einen Rekordbesuch aufzuweisen. So badeten gestern in Wannsee über 50 000 Personen bei einer Wassertemperatur von 24 Grad und einer Lufttemperatur von 32 Grad Celsius. Trotz der hohen Besucherzahl ist es zu keinem einzigen Unfall im Freibad Wannsee gekommen. Der Bahnhof Wannsee beförderte gestern 30 00 Personen nach Berlin, Nicolasee sogar 45 000. Auch das Freibad im Müggelsee wies gestern eine Rekordziffer auf; es hatte über 20 000 Besucher.

Arbeiter-Sport

Arbeiter-Wanderbund Naturfreunde, Ortsgruppe Halle. Heute, Dienstag, den 21. Juli, abends pünktlich 8 Uhr, im Heim, Torstraße 29, **wichtiger Gruppenabend.** Alles hat zu erscheinen.

Viktoria 1. gegen Askania 1. 5 : 2. Trotz drückender Hitze lieferten sich beide Mannschaften ein überaus flottes und energisches Spiel. Alle Spieler hatten es sich zur Pflicht gemacht, Sieg und Punkte zu erringen. Gleich beim Anstoß zieht Askania mächtig los und Viktorias Hintermannschaft muß gute Abwehr zeigen. Das Spiel gleicht sich bald aus. Durch bessere Zusammenarbeit gelingt es der Viktoria-Elf, den Ton anzugeben. Im flachen Paßspiel zwischen Halfreihe und Sturm ziehen sie immer wieder über das Feld. Auch der alles krönende Torschuß fehlt nicht. So muß denn der wirklich gute Torwart von Askania den Ball fünfmal im Verlaufe des Spieles seine Pfosten passieren sehen. Viktoria bot eine einheitliche gute Gesamtleistung, woran wohl die neue Kraft aus der zweiten Elf mit den Hauptanteil hatte. Askania war besser als das Resultat besagt. War sein Spiel auch nicht so systemvoll, so waren seine von Kraft geführten Angriffe nicht minder gefährlich. Der Schiedsrichter war dem Spiel ein gerechter Leiter. Das Herausstellen der Spieler von Askania und Viktoria war aber eine etwas zu harte Entscheidung.

Verantwortlich: **Max Lademann**, Eisleben, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: **W. Barnack**, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Bücher

Revolutionäre Kriminalistik

Wer ist Lawrence H. **Desberry**? Ein Amerikaner, von dem man noch nie etwas gehört hat, von dem man nicht weiß, ob er im Arbeiterviertel Neuyorks wohnt oder in der 5th Avenue. Denn er kennt beides. Es gibt ein Buch von ihm, das den irischen Freiheitskampf behandelt. Abenteuerhaft und romantisch, aber immer mit der deutlichen Tendenz: für das irische unterdrückte Volk, das gegen den englischen Imperialismus kämpft. Nun erscheint ein neuer Roman, „**An den Ufern des Hudson**“, ebenfalls recht abenteuerlich. Mit derselben neuen aber bestimmten Festigkeit seiner Tendenz: gegen den amerikanischen Faszismus, den Ku-Klux-Klan, für die von ihm verfolgten Neger, Irländer, Juden und „Roten“.

„Meß Mend“ würde man sagen; aber soviel weiß man von Lawrence H. Desberry, daß sein Roman lange vor „Meß Mend“ geschrieben wurde. Man könnte die „Ufer des Hudson“ eher eine Mischung von Upton Sinclair und „Meß Mend“ nennen. Gibt es doch auch in diesem Buch dn Sohn des amerikanischen Industriellen. Der Vater wird in deutlicher Ausspielung Henry Word genannt, ist aber kein arbeiterfreundlicher Herr, wie die Sozialdemokraten die Europäer glauben machen wollen. Dieser Sohn des Automobilkönigs steht wie in Sinclairs „König Kohle“ an der Seite der Verfolgten. Seine Ahnungslosigkeit ist zwar verblüffend: „Ich habe mich nie um die Fabrik meines Vaters gekümmert“, sagt er, als er von einem Streik in den Automobilwerken erfährt. Und während er noch glaubt, mit einem Bittbrief, den er an seinen Vater schreibt, die Forderungen der Arbeiter durchsetzen zu können, berät dieser mit den Kapuzen tragenden Faszisten, wie man am sichersten die revolutionären Streikführer unschädlich machen kann. Diesen Ereignissen gesellen sich ein paar Morde zu, aufgereiht auf den Faden eines Schicksals von Persönlichkeitsspaltung.

Es gibt also jetzt schon eine Reihe Bücher, die man mit revolutionärer Kriminalistik bezeichnen kann. Unbefangenen Lesern, die an Sherlock Holmes geschult sind, wird auf diesem Wege eine neue Konstellation von Freund und Feind beigebracht. Jack Benson, der organisierte klassenbewußte Arbeiter, ist die am klarsten gezeichnete listen nichts hilft, und stellt den Sohn des Industriellen vor die Frage, ohne die das Buch kleinbürgerliche Illusionen bei seinen Lesern hervorrufen würde: „Wir werden die ganze verfluchte Vereinigung fortfegen aus diesem Land, werden kein Erbarmen kennen. Begraben Sie Ihre Toten, Harvey, dann kommen Sie zu uns. Ein großes Werk harrt unser, der Kampf für das Recht. Wir brauchen Männer.“

Das Buch hat noch keine neue Form. Man möchte es wohl auch nicht zu dem rechnen, was unter „gute Literatur“ fällt. Aber ein Kriminalroman mit revolutionärem Effekt ist mehr wert, als der heutige Gerhart Haupt- oder Thomas Mann.

D.

„Aus der Münchener Rätezeit“

Von **Rosa Leviné**

77 Seiten. 3 Bilder. Preis 1 Mark. Verlag Vereinig. Intern. Verlagsanstalt, G. m. b. H., Berlin SW 61, Planufer 17.

Auch das Proletariat hat seine Tradition und Geschichte. Auch das Proletariat hat Anlaß, die heroischen Taten seiner revolutionären Geschichte aufzuzeichnen und lebenden und kommenden Generationen einzuprägen, was in der Vergangenheit das klassenbewußte, revolutionäre Proletariat geleistet hat. Rosa Leviné hat uns ein solches proletarisches, aufwühlendes Memoirenbuch geschrieben, das aus eigenem, unmittelbarem Erleben heraus die Münchner Rätezeit schildert. Rosa Leviné erlebte die Münchner Rätetage an der Seite ihres am 5. Juni erschossenen Mannes, des Führers der kommunistischen Münchner Räterepublik.

Das Buch ist eine ausgezeichnete Darstellung der Geschichte der Räterepublik. Die Rolle Tollers findet hier zum ersten Male eine treffende Beurteilung. Die provokatorische Tätigkeit der SPD. wird durch Dokumente einwandfrei festgestellt und grell beleuchtet. Das unpersönlich und lebendig geschriebene Erinnerungsbuch ist aber kein reines historisches Werk — es ist ein ganz aktuelles Kampfbuch, das die schamlosen Tendenzlügen glänzend widerlegt, die noch immer von der bayrischen Reaktion vorgebracht werden, um die brutale Unterdrückung der Arbeiterschaft mit dem Hinweis auf die „wilde“ Zeit der Münchner Räterepublik zu rechtfertigen. Die Reaktion hat nach der blutigen Niederschlagung der Münchner Arbeiter im Mai 1919 ungeheure Lügen über die Führer und Anhänger der Räterepublik verbreitet. Durch den Belagerungszustand verhinderte sie damals und heute noch jede objektive Darstellung über die wirklichen Vorgänge jener Zeit. Das Buch von Rosa Leviné vernichtet diese Verleumdungskampagne.

Die Broschüre ist sehr gut ausgestattet. Neben einer wertvollen, farbigen Umschlagzeichnung bietet sie die Photographien Levinés, Egelhofers und des Kommunisten Seidel kurz vor seiner standrechtlichen Erschießung.

„MOB.“

Vor uns liegt die Nr. 4/5 des ersten Jahrganges einer „**Zeitschrift der Jungen**“, „**MOB.**“. Trotz aller Schwächen, die diese offenbar von einigen, **ihrer** Ansicht nach revolutionären Gymnastiasten, Studenten usw. herausgegebenen Zeitschrift hat, verdient sie eine gewisse Beachtung.

Den Leuten um den „MOB.“ kann man nicht absprechen, daß sie die ganze Heuchelei der heutigen Gesellschaft erkannt und erfaßt haben. Die ganze Rückständigkeit aller bürgerlichen Institutionen, insbesondere der Schule, wird gebührend gegeißelt. Damit ist aber auch Schluß. Weiter gehen die Leute vom „MOB.“ **nicht**. Die Frage: „Was wollt Ihr denn an die Stelle dieser vermorschten bürgerlichen Gesellschaft setzen? Auf welchem Wege wollt Ihr diese Gesellschaft vernichten?“, wird vom „MOB.“ **nicht** beantwortet. Ja, man versucht noch nicht einmal in irgendeiner Weise an die Lösung dieser Frage heranzugehen. So heißt es an einer Stelle eines in der Doppelnummer 4/5 enthaltenen Aufsatzes „**Grundsätzliches für die bürgerliche Jugend**“ folgendermaßen: „ . . . „MOB.“ ist **keine** (von der Schriftleitung des „MOB.“ gesperrt! — Red. „Kl.“) Zeitschrift für den Kommunismus, sondern in erster Linie nur eine radikal-jugendliche Zeitschrift, in der von uns Jungen eben auch (!) der Kommunismus behandelt (!!) wird . . .“

Nun, was wollt Ihr denn? Was heißt „radikal-jugendlich“? Wollt Ihr eine neue Art Freideutsche werden und ebenso wie diese versanden, zu keiner Tat fähig sein? Wer etwas bekämpft, muß auch sagen können, was er an Stelle dessen, das er vernichten will, zu setzen gedenkt. Könnt Ihr das nicht sagen, fallen Eure Ziele nicht mit denen des Proletariats als Klasse zusammen, dann seid Ihr, wie jede andere, Euch ähnelnde schein revolutionäre Bewegung geschichtlich zum Tode verurteilt, dann seid und wirkt Ihr schon heute konterrevolutionär!

B. Spr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250721-11/fragment/page=0007

Gewerkschaftsbewegung

Gewerkschafter, auf zum roten Antikriegstag!

Gestern haben KPD. und NFB. **an alle Arbeiterorganisationen ihre offene Aufforderung zur Teilnahme an dem für den 26. Juli vorbereiteten Antikriegstag gerichtet.** Schon in den Nachmittagsstunden des gestrigen Tages hatte der Aufruf seinen ersten Widerhall gefunden: **Die Ortsverwaltung der Metallarbeiter in Halle,** sowie die Streikversammlung der Zimmerer und des Verbandes der ausgeschlossenen Bauarbeiter haben einmütig den Beschluß gefaßt, **ihre Mitglieder zur Teilnahme an der Kundgebung aufzurufen und ihre Vertreter in den vorbereitenden Aktionsausschuß zu entsenden.**

Es ist kein Zufall, daß **gerade die kämpfenden Bauarbeiter** als erste dem Rufe der KPD. gefolgt sind. Fühlen sie doch **am eigenen Leibe** die Schärfe der Unternehmeroffensive und **gerade ihnen muß es in diesem Augenblick klar zum Bewußtsein kommen, wie ungeheuer wichtig die nationale und internationale gewerkschaftliche Einheitsfront ist.** Wohl und Wehe der kämpfenden Bauarbeiterschaft hängt davon ab, daß es gelingt, **in Deutschland den unmöglichen Zustand des Nebeneinanderbestehens zweier Organisationen zu beseitigen und gleichzeitig den kämpfenden Bauarbeitern die Unterstützung des Weltproletariats für ihre schweren und opferreichen Kämpfe zu verschaffen.**

Aber was die Bauarbeiter **heute** am eigenen Leibe spüren, das werden **morgen** die Metallarbeiter, übermorgen die Chemiearbeiter, ein andermal die Bergarbeiter erleben. **Es gibt keine Arbeitergruppe, die nicht im höchsten Maße an der Herstellung der internationalen Arbeiterfront interessiert ist.** Und diese Arbeiterfront wird gefährdet durch die wüste **Antibolschewistenhetze,** die von der Bourgeoisie und ihren Helfershelfern betrieben wird. Sie wird gefährdet durch alle Versuche, die deutsche Arbeiterschaft vor den imperialistischen Karren des Völkerbundes und des Sicherheitspaktes einzuspannen und so der internationalen Kampffront der Ausbeuter gegen Sowjet-Rußland einzugliedern.

Darum müssen alle klassenbewußten Gewerkschafter in den nächsten Tagen verlangen, daß in ihren Organisationen zur Offenen Aufforderung der KPD. Stellung genommen wird, und zwar in einem Sinne, der den Lebensinteressen des Proletariats entspricht.

Der 26. Juli muß zur Heerschau des gesamten mitteldeutschen Proletariats werden:

Für die rote Front, gegen Unternehmeroffensive und Kriegshetze!
Für die nationale und internationale Gewerkschaftseinheitsfront!

Mitteldeutsche Funktionärkonferenz der Tarifparteien im Braunkohlenbergbau in Leipzig

Am 19. Juli 1925 fand in Leipzig im „Volkshaus" eine **Funktionärkonferenz,** einberufen vom Deutschen Bergarbeiterverband, statt. An dieser nahmen alle anderen Verbände, wie Metallarbeiter-, Fabrikarbeiter-, Maschinisten- und Heizerverband usw. teil. Tagesordnung: Lohnverhandlungen und Arbeitszeitfrage. Zu Punkt 1: Lohnverhandlungen, sprach Kamerad Redigau. Er führte vor allen Dingen an, daß die Lohnverhandlungen abgelehnt worden seien, und zwar mit der Begründung, daß die Arbeiter im Sommer keine Lohnerhöhungen haben wollten. (!) Wohl wollten die Arbeitgeber eine Lohnzulage von **10 Pfennig** bewilligen, aber sie soll bis zum 30. August bindend sein. Dies wurde **als Hohn für die Bergarbeiter** abgelehnt. Kollege Redigau bewies, daß die Lage der Grubenbesitzer **nicht** so schlecht ist, wie sie es angeben. Sie haben ihre Bilanzwerte aus der Inflationszeit **voll** in Goldmark umgeschrieben und erhebliche Erneuerungen in den Betrieben vorgenommen. Die Lohnstufel ist gekündigt, neue **Forderungen auf 25 Prozent** Lohnerhöhung sind gestellt, welche am 24. Juli in Halle zur Verhandlung der Arbeitsgemeinschaft stehen.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung sprach Schmidt (Hauptvorstand des DGB.) Bochum. Er führte unter anderem an, daß gerade in Mitteldeutschland im Bergbau die längste Arbeitszeit bestände. **Persönlich dachte er nicht daran, plötzlich** die Arbeitszeit von 10 auf 8 Stunden herunterzudrücken (!) sondern jede halbe Stunde wäre schon ein großer Vorteil für die gesamte Bergarbeiterschaft, der eine einheitliche, geschlossene Front aller Arbeitgeber gegenüberstände. Weiter führte er aus, daß die Arbeitszeitfrage abhängig von den Absatzschwierigkeiten wäre. Nur ein Aufstieg der freigewerkschaftlichen Verbände, denen auch alle Unorganisierten sich restlos anschließen müssen, könne auch in der Arbeitszeitfrage helfen.

Die Diskussion ergab, daß allgemein die Bergarbeiter als diejenigen, die die körperlich schwerste Arbeit und die längste Arbeitszeit haben, durchschnittlich 40 bis 100 Prozent **weniger verdienen,** als alle anderen Arbeiterkategorien. Auch wurde von verschiedenen Vertretern erklärt, daß die Arbeitgeber wohl in der Lage sind, Lohnerhöhungen zu geben da sie dazu übergegangen sind, einen Teil der Arbeiter selbst Prämien und verschiedene **Zuschläge** zu geben, die außer dem Tariflohn eine Höhe bis zu 30 Mark pro Woche erreichen. Aber nur diejenigen Arbeiter, welche heute **außerhalb** der freien Gewerkschaften stehen, in der Kriecherei gegenüber ihren Vorgesetzten die Verbesserung ihrer Lage sehen, bekommen solche Zuschläge. Alle anderen Arbeiter, und zwar die große Masse, arbeitet weiter für ihre Hungerlöhne. Auch hat man ein ganz raffiniertes **Prämiensystem für Vorgesetzte** eingeführt, das grundsätzlich eine vollständige erschöpfende Ausbeutung jedes Arbeiters verlangt. Auch ist festgestellt, daß, obwohl im letzten Jahre in Mitteldeutschland 20 Prozent der Arbeiter und 15 Prozent der Angestellten **abgebaut** wurden, die Förderung noch **gesteigert** wurde. Damit ist klar erwiesen, daß die Leistungsfähigkeit der Bergarbeiterschaft in Mitteldeutschland schon längst ihren Höhepunkt überschritten hat.

Eine **Entschließung** wurde angenommen, welche besagt, daß die Löhne vollständig unzureichend sind und daß dem Vorstand des Bergarbeiterverbandes das volle Vertrauen ausgesprochen wird. Aufgabe aller organisierten Arbeiter innerhalb der Betriebe muß es sein, die Betriebe zu mobilisieren, aufzurütteln, alle Unorganisierten in die freien Verbände hinüberzuführen, um so eine **einheitliche, geschlossene Arbeiterfront** der Unternehmerfront gegenüberzustellen.

Versammlung der Handels- und Transportarbeiter

In der am Freitag, dem 17. Juli, stattgefundenen gut besuchten öffentlichen **Versammlung aller im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen** wurde eingehend zur wirtschaftlichen Lage Stellung genommen.

Der Kollege Schaumburg gab zunächst einen eingehenden Bericht über die letzten Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß. Redner betonte, daß der vom Schlichtungsausschuß gefällte Schiedsspruch geradezu **eine Verhöhnung der Arbeiter** bedeute. Die Schuld, daß ein derartiger Schiedsspruch gefällt werden konnte, liegt allerdings bei der Arbeiterschaft selbst. Seit Jahren versuchen die Funktionäre, die Kollegen für ihre Organisation zu interessieren. Leider macht sich immer noch eine große Gleichgültigkeit bemerkbar und diese ist daran schuld, daß eine Anzahl von Arbeitgebern, die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes sind, **nicht einmal den bestehenden Tarifvertrag durchführen.** So z. B. wird der § 5, die Zahlung der Ueberarbeit, von einer ganzen Anzahl Firmen **überhaupt nicht beachtet.** Des weiteren versucht der Arbeitgeberverband seit Monaten, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen, so daß stets die neuen Löhne fast Wochen **nach Ablauf des alten Tarifes** Geltung erhalten. Dadurch wird ein Betrug an der Arbeiterschaft begangen.

Dieser Zustand muß unbedingt **beseitigt** werden. Dies ist aber nur möglich, wenn alle Kolleginnen und Kollegen sich ihrer Pflichten erinnern und sich **wieder der gewerkschaftlichen Organisation anschließen.**

In der darauf folgenden Aussprache wurde von einer Anzahl Kollegen auf die besonderen Zustände, die in den einzelnen Betrieben herrschen, hingewiesen. Zum Schluß gelobten die Versammelten, alles daranzusetzen, auch den letzten im Betriebe Beschäftigten der Organisation zuzuführen, um damit endlich dem Arbeitgeberverband zu zeigen, daß die Handels- und Transportarbeiter es satt haben, noch länger mit sich spielen zu lassen.

Kolleginnen und Kollegen, nun ans Werk. Sorgt für Geschlossenheit in Eurer Gruppe, denn nur dadurch werdet Ihr Euch bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erkämpfen.

Für die Einladung eines Vertreters des russischen Verbandes zur Generalversammlung der Porzellanarbeiter

Die Zahlstellenversammlung vom 13. Juli der Porzellanarbeiter Annaburg, nahm folgende Resolution an:

Antrag zur Generalversammlung

Um der internationalen Gewerkschaftseinheit den Weg zu ebnen, hält es die am 13. Juli tagende Zahlstellenversammlung des Porzellanarbeiter-Verbandes für notwendig, daß zur Generalversammlung **ein Vertreter des russischen Verbandes eingeladen wird.** Die Versammelten beauftragen deshalb den Hauptvorstand, sofort eine Einladung an die russische Gewerkschaft zu senden.

Die Delitzscher Schuhmacher für die Gewerkschaftseinheit

Am 14. Juli fand auf Grund der bereits gemeldeten willkürlichen Kündigung von 30 Schuhfabrikarbeitern eine **außerordentliche Verbandsversammlung** statt. Zuerst gab der Bezirksleiter Kollege **Illmer** (Erfurt) einen Bericht über die stattgefundene **Beiratssitzung** und teilte mit, mit welcher Raffinesse die Unternehmer gegen den jetzt bestehenden Stundenlohn von 63 Pf. in der höchsten Sparte kämpfen. Im zweiten Tagesordnungspunkt wurde die Frage der **Akkordarbeit** und ihre Folgen besprochen und festgestellt, daß die Entlassung der 30 Kollegen eine einfache Folge des Akkordsystems ist. Die überaus stark besuchte Mitgliederversammlung forderte nun, daß die Kundgebung in allen Fällen, wo unbillige Härten bestehen, **zurückgezogen wird** und man darf gespannt sein, welchen Erfolg der Betriebsrat in dieser Angelegenheit zu verzeichnen hat.

Der Verband wird jedenfalls nicht daran denken, in irgendeiner Form etwas gegen diese Provokation zu unternehmen. Es kam, wie die Zwischenrufe bewiesen, wiederum stark zum Ausdruck, daß die Kollegen mit der Arbeit ihrer reformistischen Führer nicht so ganz einverstanden sind. Anschließend wurde die folgende Resolution **einstimmig** angenommen:

Resolution:

Der in Breslau stattfindende Gewerkschaftskongreß wird aufgefordert, sich auf den Boden der von den englischen Gewerkschaften geforderten Gewerkschaftseinheit zu stellen. Die Versammelten sind der Ueberzeugung, daß nur eine geschlossene internationale Gewerkschaftsbewegung der Offensive des Kapitals Einhalt gebieten kann. Die Initiative, die die englischen Kollegen in dieser Hinsicht entwickelt haben, ist zu begrüßen und müßte der selbstverständlichen Zustimmung aller sozialistischen Gewerkschafter sicher sein.

Anträge zum Breslauer Kongreß des ADGB.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung.

Metallarbeiterverband Suhl u. Umg.; Freiburg i. Schles.; Solingen; Essen a. d. R.; Holzarbeiterverband Bürgel (Thür.); Schuhmacherverband Göppingen und Nürnberg-Fürth; Baugewerksbund Dortmund: Als besondere selbständige Punkte werden auf der Tagesordnung des 12. Gewerkschaftskongresses gesetzt:

1. Herstellung der Gewerkschaftseinheit.
2. Kampf um die Wiedereroberung des Achtstundentages.
3. Stellungnahme zum Dawes-Plan und seine Auswirkungen.
4. Die Kriegsgefahr und die praktischen Maßnahmen zu ihrer Beseitigung.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung.

Metallarbeiterverband Essen: Der Kongreß spricht dem Bundesvorstand das Mißtrauen aus, weil seine bisherige Haltung in den gewerkschaftlichen und politischen Kämpfen den Interessen der Arbeiterschaft nicht entspricht. Besonders hat es der Bundesvorstand unterlassen, in den Kämpfen um die **Arbeitszeit** alle Mittel anzuwenden, und ist daher mit verantwortlich für den Raub des Achtstundentages. Der Kongreß fühlt sich deshalb verpflichtet, einen Bundesvorstand zu wählen, der die Gewähr bietet, die ganze Kraft des ADGB. einzusetzen, um die Befreiung der Arbeiterklasse durchzusetzen.

Metallarbeiterverband Suhl u. Umg. und Freiburg i. Schles.; Zimmererverband München; Verband der Lithographen Mannheim; Baugewerksbund Hamburg; Verkehrsbund Göppingen: Um einen wirklichen entschlossenen Kampf um den uneingeschränkten **Achtstundentag** zu führen, beantragt der Kongreß die Bundesleitung

1. auf dem schnellsten Wege einen eigenen Arbeitszeitgesetzentwurf auszuarbeiten und der Reichsregierung bzw. dem Reichstag vorzulegen. Der Gesetzentwurf muß alle gegen Lohn oder Gehalt Beschäftigten umfassen, den uneingeschränkten Achtstundentag bzw. den Sechsstundentag für Bergleute unter Tage, für Jugendliche und für alle unter großer Hitze oder mit giftigen Stoffen Arbeitenden vorsehen.
2. Zur Erzwingung dieses Gesetzes das gesamte Proletariat zu mobilisieren und unter Einsatz der ganzen Macht der Gewerkschaften den Kampf parlamentarisch und außerparlamentarisch zu führen, wozu in weitgehendstem Maße internationale Kampfbündnisse mit den Gewerkschaften anderer Länder herzustellen sind.
3. Strikte Anweisungen an alle Verbandsleitungen, Arbeitszeitbewegungen und -kämpfe im Sinne dieser Richtlinien zu führen.

Metallarbeiterverband Leipzig. Der Vorstand des ADGB. wird beauftragt, seine den **Achtstundentag** betreffend schon mehrmal gegebenen Versprechungen sofort in die Tat umzusetzen. Der Reichsregierung ist ein kurzfristiges **Ultimatum** zu stellen und im Falle der Ablehnung die gesamte Arbeiterschaft zum Kampfe aufzurufen.

Metallarbeiterverband Solingen, Lederarbeiterverband Metzingen, Lithographenverband Mannheim: Abgesehen davon, daß ein großer Teil der Arbeiter und Angestellten des Handels und Verkehrs, sowie der Landwirtschaft außerhalb jedes gesetzlichen Schutzes gestellt wird, ermöglichen eine Anzahl Artikel des **Washingtoner Abkommens** die Durchbrechung und Umgehung des Achtstundentages, so daß in der Praxis vom Achtstundentag nicht mehr geredet werden kann.

Der Gewerkschaftskongreß beschließt daher die Ablehnung der Artikel 3, 4, 5, 6 und 14 des Washingtoner Abkommens und fordert die gesetzliche Festlegung des starren, uneingeschränkten Achtstundentages ohne Ausnahme für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten jeglicher Gewerbe und staatlichen Institutionen.

Metallarbeiterverband Berlin, Metallarbeiterverband Düsseldorf und Schuhmacherverband Berlin: Der Gewerkschaftskongreß fordert: **Völlige Beseitigung aller Zölle, Aufhebung der Verbrauchs- und Verkehrssteuer, Aufhebung der Umsatzsteuer, Beseitigung des Lohnsteuerabzuges.**

Der Gewerkschaftskongreß fordert, nachdem jede steuerliche Besitzbelastung in Deutschland völlig aufgehört hat, die schleunigste Beseitigung des ganzen heutigen Steuersystems. Der Kampf um starke Besitzbelastung, hohe Vermögens- und Erbschaftssteuern, Beschlagnahme der dynastischen Vermögen, Wegsteuerung der hohen Einkommen und Durchführung einer wirklichen Inflationsgewinnsteuer muß, auf die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitermassen gestützt, sofort erneut aufgenommen werden. Durch eine Massenaktion der Gewerkschaften ist die Beseitigung der wucherischen Zölle und der Verbrauchssteuern zu erzwingen und dem schamlosen Lohnsteuerraub ein Ende zu machen.

Eine solche Massenaktion muß als offener Angriff auf das kapitalistische Ausbeutersystem geführt werden, da dessen völlige Niederwerfung der einzige Weg zur Sicherung der Existenz der deutschen Arbeiterklasse ist.

Baugewerksbund Hamborn, Schuhmacherverband Stuttgart, Weißenfels und Berlin Metallarbeiterverband Limbach: Der 12. Gewerkschaftskongreß fordert:

1. Sofortigen und restlosen **Bruch mit der Politik der Arbeitsgemeinschaft und der Koalition,** schärfsten Klassenkampf gegen alle bürgerlichen Regierungen bürgerlichen Parteien und bürgerlichen Organisationen, die ausnahmslos, auch wenn sie sich „sozialistisch" oder „republikanisch" nennen, auf der Seite der Bourgeoisie stehen.
2. **Aufbau der Gewerkschaften auf den Betrieben, Umwandlung der Berufs- in Industrieverbände.**
3. Aktivisierung der Mitglieder durch unmittelbare Mitwirkung bei der Führung der Kämpfe, Heranziehung der Betriebsräte als mit entscheidende und leitende Kampforgane.
4. Schärfsten **Kampf gegen den Dawes-Plan,** gegen die sich aus ihm ergebenden Steuerlasten und Zollasten, Vorbereitung einer internationalen Aktion gegen die Interesse der Arbeiter aller Länder schädigende Reparationspolitik.
5. Organisierung, Zusammenfassung, Steigerung der Wirtschaftskämpfe für den starren Achtstundentag, für die Siebenstundenschicht im Bergbau, den Sechsstundentag für Jugendliche, für ausreichende Löhne, für die Produktionskontrolle durch die Betriebsräte, gegen die Massenentlassungen, gegen das System der Streikabwürgung mit Hilfe von Schlichtern, Teno und Polizei.
6. Rücksichtslosen Kampf gegen die monarchistische Reaktion nicht durch Koalition mit bürgerlichen „Republikanern", d. h. mit verkappten Monarchisten, sondern durch den außerparlamentarischen Kampf der werktätigen Massen für die Entwaffnung der Monarchisten, für die Auflösung der Regierung usw.
7. Bekämpfung jedes arbeiterfeindlichen Gesetzes, nicht mit den Mitteln des Parlamentarismus, sondern durch außerparlamentarische Massenaktion.
8. **Herstellung der Gewerkschaftseinheit.**

a) In Deutschland durch Ausnahme aller wegen ihrer revolutionären Gesinnung oder Betätigung aus den Gewerkschaften Ausgeschlossenen durch die Wiedervereinigung der Zentralverbände mit den Verbänden der Ausgeschlossenen, durch den Verzicht auf alle reformistischen Spaltungsmanöver und die Herstellung der demokratischen Demokratie in den Gewerkschaften.

b) International durch Geltungmachung des ganzen Einflusses des ADGB. innerhalb des IGB. für die Einberufung eines vorbedingungslosen Weltkongresses zur Schaffung einer auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden, die Gewerkschaften aller Länder umfassende Gewerkschaftsinternationale, durch den Anschluß des ADGB. an das englisch-russische Einheitskomitee.

Schuhmacherverband Erfurt: Der 12. Gewerkschaftskongreß fordert von den Gewerkschaften eine proletarische revolutionäre antimilitärische, speziell gegen die militärische Reaktion in Deutschland gerichtete Agitation und Propaganda. Er fordert gegen die ständig wachsende Kriegsgefahr die Einigung des internationalen Proletariats in einer einheitlichen Gewerkschaftsinternationale auf dem Boden des Klassenkampfes; insbesondere fordert der Kongreß die Herstellung der engsten Verbindung zu den Gewerkschaften des russischen Proletariats, das durch seine proletarische Revolution im Kampfe gegen den Imperialismus vorangegangen ist und darum vom Weltimperialismus am meisten gehaßt und gefürchtet und mit einem neuen Interventionskrieg bedroht wird.

Der 12. Gewerkschaftskongreß protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die Raubzüge des französischen und des englischen Imperialismus in Marokko und in China und spricht den sich erhebenden Kolonialvölkern seine volle brüderliche Sympathie aus. Er begrüßt die Aufforderung der roten Gewerkschaftsinternationale zum einheitlichen Vorgehen zur Unterstützung des chinesischen Proletariats und verurteilt es entschieden, daß der ADGB. zur Verwirklichung dieses Vorschlages nichts unternommen hat.

Der Gewerkschaftskongreß verurteilt entschieden den Versuch der englischen, französischen und deutschen Imperialisten, durch einen sogenannten Garantiepakt Deutschland zum Aufmarschgebiet und das deutsche Proletariat zum Kanonenfutter für den kommenden imperialistischen Krieg zu machen.

Nicht der Bund der Imperialisten, der sich Völkerbund nennt, sondern der Bund der Arbeiter aller Länder, die internationale gewerkschaftliche Organisation des Proletariats auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes ist die einzig wirkliche Garantie gegen den imperialistischen Krieg und für die Herstellung einer friedlichen Gemeinschaft der Völker unter der Herrschaft des Sozialismus.

Eisenbahnerverband Lörach-Basel: Der Gewerkschaftskongreß verpflichtet die angeschlossenen Gewerkschaften, bei Kriegsausbruch die Herstellung von Waffen und Munition und den Durchtransport von Truppen und Kriegsmaterial durch das Reichsgebiet mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern.

Gewerkschaftskollegen! Nehmt überall zu diesen Anträgen Stellung!

Das gewerbliche Musizieren der Naumburger Beamtenmusiker, e. V.

Aus Naumburg wird uns geschrieben:

Es wird wohl an keinem Fest so viel Musik gebraucht wie zu Pfingsten. Alle der Kapelle sonst fernstehenden Musiker, ob gut oder schlecht, werden zur Aushilfe herangezogen, um die vielen Aufträge besetzen zu können. Auf das Wort „Leistung" wird zu Pfingsten weniger Gewicht gelegt. Die hiesige **Beamtenmusiker-„Stahlhelmkapelle"** konnte mit ihren 50 Mann nicht alle Angebote übernehmen. Der Beamtenmusiker darf nach Ministerialverfügung nicht erwerbsmäßig, sondern nur von Fall zu Fall spielen, auch darf der Dienst nicht darunter leiden.

Wie wird nun bei der hiesigen Beamten-Stahlhelmkapelle das Musizieren gehandhabt? Zu dieser Kapelle gehören Beamte vom Ober-, Land- und Amtsgericht, von der Staatsanwaltschaft und der Amtsanwaltschaft. Weiter, Post, Eisenbahn, Magistrat, Zoll, Strafanstalt und Finanzamt, Sicherheits- und Schutzpolizei. Dirigent dieser Kapelle ist Obermusikmeister Bührig. Zur Annahme von Geschäften ist extra ein Geschäftsführer (Herr Heinrich, Amtsanwaltschaft) gewählt, welcher für seine Arbeit zwei Prozent Vergütung von jedem Geschäft er hält. Herr Heinrich ist außerdem Kassierer und verteilt die Beamten auf die verschiedenen Geschäfte.

Zurzeit ist Hochbetrieb bei der Beamtenkapelle. Gespielt wird im Winter fast jeden Sonnabend und Sonntag, außerdem noch oft an einigen Wochentagen, wenn nicht die ganze Kapelle, so doch ein größerer Teil davon. Für den Sommer sind jeden Mittwoch im „Bürgergarten" Konzerte vereinbart. Es kommt vor, daß Beamte in einer Woche drei- bis viermal spielen. Vor Pfingsten spielte die Kapelle zwei Tage in Bad Kösen. Sonnabend vor dem Feste an vielen Orten Maien-Setzen. Während der drei Feiertage die ganze Kapelle, am vierten Feiertage noch ein kleiner Teil. Es hat also ein Teil der Beamten vier bis fünf Tage hintereinander gespielt. Am 6. und 7. Juni Flugtag, außerdem eine Firmie mit drei Tagen. — **Das ist gewerbsmäßiges Musizieren der Beamtenmusiker.** Verschiedene Beamte rechnen mit einem Verdienst von 150 bis 200 Mark monatlich im Sommer.

Es ist klar, daß durch diese Tätigkeit der Beamtenmusiker den Berufsmusikern Konkurrenz gemacht wird. Durch die Erteilung der Spielerlaubnis unterstützen die Behörden diese **Lohndrückerei. Der Staat soll seine Beamten selbst anständig bezahlen und sie nicht auf solche „Nebeneinnahmen" verweisen.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250721-11/fragment/page=0008

Bulletin des X. Parteitages der KPD.

Nummer 8 | Redaktion: Landtag, Zimmer 21 Telefon: Amt Zentrum 9042 | Berlin, den 19. Juli 1925 | Herausgeber: Zentrale der KPD.

Die politische Lage und die Aufgaben der KPD.

4. Verhandlungstag.

Nachmittagssitzung.

Referent Ruth Fischer, Zentrale

(mit lautem Beifall begrüßt):

Der sozialdemokratische Bluff.

Parteigenossen und Parteigenossinnen, erlaubt mir, erst im Namen des Parteitages einige Worte an die Oeffentlichkeit und an die Presse zu richten. Die Presse verfolgt die Verhandlungen unseres Parteitages mit einem sehr bemerkenswerten Interesse. Der „Vorwärts" und vor allem die linke sozialdemokratische Presse bemühen sich krampfhaft, auseinanderzusetzen, wie tot der Kommunismus in Deutschland ist. Dieses Manöver des Totsagens steigert sich auf dem Wege von Berlin nach Leipzig bis auf den vollkommenen Nullpunkt. Die linke Sozialdemokratie, die in dieser Agitation gegen die Kommunistische Partei besonders hervortritt, fühlt ganz genau, daß gerade die strenge Selbstkritik und die sachliche Arbeit, die unser Parteitag leistet, ihren Verleumdungskünsten innerhalb der Arbeiterklasse sehr gefährlich wird. Sie fühlt, daß die Schranken gebrochen werden zwischen uns und den sozialdemokratischen Arbeitern, insbesondere in Sachsen, wo die Arbeiter nur durch die Hetze gegen den Bolschewismus zurückgehalten werden. (Beifall.)

Trotz alledem!

Genossen, wenn wir uns den Weg unserer Partei überlegen, alles, was man versucht hat in diesen 10 Jahren, um die revolutionäre Arbeiterklasse aktionsunfähig zu machen, dann können wir sagen: trotz aller Schwierigkeiten der Lage haben wir die absolute innere Festigkeit, die notwendig ist, um auch dieser Situation gerecht zu werden. Im letzten Jahre versuchte die Bourgeoisie es erst mit Hilfe ihres Herrn Ebert, des neuen Nationalheiligen der Sozialdemokratie, die Partei in die Illegalität zu jagen. Es half nichts. Die kommunistische Bewegung kam gestärkt und mit großem Anhang in den Massen aus dieser Illegalität hervor. Nach den großen Erfolgen der Maiwahlen haben jene unerhörten Verfolgungen eingesetzt, die in diesem Umfange einzig in der Geschichte dastehen. Die Verfolgungen unserer Bewegung zeichnen sich durch eine gewisse Industrialisierung der Verfolgungen aus. Man macht nicht nur einige Dutzend Führer unschädlich, nein, man hat auch einen Teil der Partei in die Gefängnisse geworfen. 7000 Revolutionäre, die sitzen, sind gewiß keine kleine Zahl. Nach diesem Versuch, durch Zuchthaus und Gefängnis die Partei zu schwächen, hat man bei den zweiten Wahlen den Hauptangriff gegen die gefährlichen Reichstagsabgeordneten gerichtet.

Die besondere Rolle der SPD.

Und nachdem auch diese Versuche nichts geholfen haben und die Dezemberwahlen trotz aller Dawes-Illusionen einen erstaunlichen Erfolg unserer Partei zeigen konnten, nachdem wir auch zeigen konnten nach der Präsidentenwahl trotz unserer Fehler, wie der Kern des revolutionären Proletariats zu unserer Partei steht, begann die SPD. die Rolle des Reichsligenverbandes zu übernehmen, indem sie jede Gemeinheit und Niederträchtigkeit, die sich in der Welt gegen uns richtete, aufgriff. Ich richte den Appell an die SPD.-Arbeiter, die nicht erst seit 1918 und 1919 in der Bewegung sind, und frage:

Haben sich die sozialdemokratischen Arbeiter jemals entmutigen lassen durch Mißerfolge? Nein! Es war die beste Tradition einer klassenkämpferischen Partei, in Schwierigkeiten um so fester zu stehen und eiserner vorwärts zu gehen. (Beifall.)

Deswegen ist es Zeit, daß die SPD.-Arbeiter mit uns zusammen Front machen gegen diese Art der Beschimpfung einer revolutionären Arbeiterpartei. Es ist wirklich eine Schande, daß die „Leipziger Volkszeitung" den Zutritt zu unserem Parteitag benutzt, um Denunziationen an die Polizei zu machen. Das sollen wir festnageln, daß die „Leipziger Volkszeitung" ein Interesse daran hat, noch ein bißchen zu denunzieren, wenn eine schwierige Lage für revolutionäre Kämpfer da ist. Die Arbeiter Leipzigs, die in der SPD. sind, sind Arbeiter wie wir. Und es ist Zeit, ihnen zu zeigen, daß wir eine ehrliche, gemeinsame Arbeit mit allen Proletariern anstreben, daß wir uns aber gegen diese Methoden zur Wehr setzen müssen.

Die Bilanz der 8 Jahre Republik.

Die Bilanz.

Was ist die Aufgabe dieses Tagesordnungspunktes? Wir wollen auf Grund der Analyse der internationalen Lage, die uns der Vertreter der Exekutive in seinem Referat am Sonntag gegeben hat, auf Grund der Anwendung dieser Analyse auf die spezielle deutsche Situation eine Klärung haben. Wir müssen ausgehen von dem, was die Arbeiter im Betrieb denken und fühlen, was die Arbeiter im Betrieb als Bilanz ziehen nach fast acht Jahren der Entwicklung der deutschen Republik.

Jeder Arbeiter wird zugeben müssen, daß die Lage der deutschen Arbeiterklasse gerade in diesem Jahre besonders alle jene Schwierigkeiten und alle ökonomische und politische Unterdrückungen zusammenfaßt, die wir Kommunisten als Folge dieses Systems vorausgesagt haben. Die Arbeiter im Betrieb müssen heute die Bilanz ziehen von fast acht Jahren Koalitionspolitik.

Die deutsche Arbeiterklasse hoffte vor dem Kriege auf eine friedliche Entwicklung zum Sozialismus, auf eine Entwicklung, bei der die allmähliche Ueberwindung des Kapitalismus möglich sein werde. Es kam zum Krieg und damit zum Zusammenbruch der 2. Internationale und aller jener Illusionen, welche die deutsche Arbeiterklasse auf Grund dieser Ereignisse haben mußte. Und nun die vier Jahre des Krieges, die heute leider vergessen worden sind von einem Teil der Arbeiterschaft, die der Ursprung für die Entwicklung unserer kommunistischen Partei waren. Die Erfahrungen, die in diesem Krieg gesammelt wurden, führten zu einer noch nicht klaren, aber revolutionären Empörung der Arbeiterschaft, die im November 1918 zu einer Erhebung führte, bei der damals Regierung und Monarchie hinweggefegt wurden. Und dann kam

der zweite Weg.

Noch einmal gelang es der Sozialdemokratie in blutigen Bürgerkriegskämpfen der deutschen Arbeiterschaft einzureden, daß zur friedlichen Verständigung mit der Bourgeoisie der Weg gegeben sei, daß die Abwendung vom Osten, die Abwendung von Rußland einen Aufstieg der Arbeiterklasse in einer demokratischen Republik ermöglichen würde. Heute muß jeder Arbeiter zugeben, daß die Hoffnungen, die auf ein friedliches Zusammenarbeiten mit dem linksdemokratischen Bürgertum auf die Fortsetzung der Burgfriedenspolitik aus den Kriegsjahren auf eine Koalition mit den linken Teilen der Bourgeoisie vollständig gescheitert sind. Heute muß jeder Arbeiter sagen, daß es ein Weg der Niederlage war. Aus allen Positionen, die die Arbeiterschaft scheinbar gewonnen hatte, wurde sie verdrängt. Es war ein Weg der Befestigung und des Anwachsens der Reaktion vom November 1918 Schritt für Schritt bis zur wichtigen Etappe der Hindenburg-Wahl, die unsere Republik zur Hindenburg-Republik gemacht hat.

Die Arbeiterklasse hatte im November 1918 die Wahl, nach dem Sturz des Monarchismus den Klassenkampf in der schärfsten Form einzuschlagen und die Wahl, den sozialdemokratischen Weg zu gehen, den Weg des Zusammenarbeitens mit der deutschen und der internationalen Bourgeoisie. Wir Kommunisten haben der Arbeiterschaft vom ersten Tage an den Weg des Klassenkampfes gegen die deutsche und die internationale Bourgeoisie vorgeschlagen. Die Sozialdemokratie und die Bourgeoisie glauben, besondere Nahrung darin zu finden, daß die Kommunisten offen ihre Fehler eingestehen, ohne Beschönigung ihrer Kritik. Aber wir wollen hier auf diesem Parteitag auch aussprechen, wir haben rücksichtslos unter schärfster Selbstkritik unsere Fehler verbessert und wir werden auch auf diesem Parteitage ohne Scheu unsere Fehler diskutieren. Aber, Genossen, in der Grundfrage, welchen Weg die deutsche Arbeiterklasse gehen soll, in dieser Grundfrage haben wir nicht nur keinen Fehler gemacht, sondern wir haben auch nichts zurückzunehmen. (Beifall.)

Die Sozialdemokratie, die heute bankrott ist, wagt es, zu mäkeln an den Verbesserungen unserer Methoden zur Gewinnung der Arbeiterklasse. Es ist die Aufgabe unseres Parteitages, heute nicht nur für unsere Partei, nein, heute für die gesamte Arbeiterklasse, die enttäuscht, demoralisiert, gespalten und zerrissen und von der Reaktion niedergeknüppelt ist, den Weg zu zeigen. Die deutsche Bourgeoisie zitterte im November 1918 vor zwei Gefahren: sie zitterte vor der Arbeiterklasse im Innern, von dem Weitertreiben der revolutionären Bewegung und sie flüchtete sich hinter die Fassade von Ebert, Scheidemann und Noske und der Sozialdemokratie, aber sie zitterte auch vor der Entente-Bourgeoisie, vor der Niederlage und deren Auswirkungen. Heute kann die Bourgeoisie sagen, daß sie beide Schwierigkeiten, scheinbar auf bestimmte Zeit überwunden hat. Die Arbeiterklasse im Innern hat sie mit Hilfe ihrer Generale und deren Agenten, der Scheidemann und Noske niedergeschlagen. Der ausländischen Bourgeoisie hat sie sich unterworfen. Aber sie hat für diese Unterwerfung den Preis der Zwischenmeisterrolle erhalten, in der sie einen Teil der Ausbeutung einstecken darf. Die Krönung ihrer Unterwerfung auf wirtschaftlichem Gebiet und zugleich der Abschluß der revolutionären Krise, die die Bourgeoisie stets vor die Gefahr des Weitertreibens der Revolution stellte, das ist der Dawes-Pakt.

Die Scheinstabilisierung.

Genossen, wenn wir zur Grundlage nehmen die Analyse der internationalen Situation, die uns zeigt, wie die Stabilisierung im Weltmaßstabe erscheint und wie sich überall die Bruchstellen zeigen, dann ist es klar, auf wie schwachen Füßen die deutsche Stabilisierung steht. Die Schwierigkeiten im Weltmaßstabe vermehren die Schwierigkeiten innerhalb der deutschen Bourgeoisie, und die deutsche Stabilisierung wird mit in dieselben Schwankungen hineingezogen, die die internationale Bourgeoisie durchmachen muß. Deshalb, wenn man die scheinbar stärkere Stabilisierung in Deutschland verstehen will, muß man immer wieder an die internationalen Zusammenhänge denken, und denken, daß trotz der scheinbar größeren Festigkeit und trotz des Zustandes, daß in Deutschland die relativ sicherste Lage ist, die Gegenwirkungen immer noch da sind.

Die pazifistische Aera zu Ende.

Die Unsicherheit der Wirtschaft.

Die SPD. hat den Dawes-Pakt als Anfang einer neuen Aera des Weltfriedens, als den Beginn einer ruhigen friedlichen Entwicklung und eines wirtschaftlichen Aufschwungs der Arbeiterklasse hingestellt. Auf der ganzen Linie können wir den Zusammenbruch dieser Auffassung konstatieren.

Der englische Imperialismus hat ganz klar sein Programm entwickelt: Zunächst Befriedung des revolutionären Herdes in Europa. Solange die Gefahr einer deutschen Revolution unmittelbar akut war, solange war auch eine Gefahr im Weltmaßstabe vorhanden. Dieses Programm wurde erfüllt durch den Dawes-Plan.

Der zweite Programmpunkt war die friedliche Durchdringung Chinas. Es zeigt sich, daß die Chinesen mehr Widerstand entgegensetzten, als seiner Zeit Deutschland. Trotzdem Coolidge vor einigen Tagen ausgesprochen hat, daß er alles tun will, um China zu helfen, scheinen die Chinesen wenig Lust zu haben, auf dieses freundliche Angebot einzugehen.

Der dritte Programmpunkt war die Erledigung der russischen Gefahr, die Erledigung und Bekämpfung der Sowjetunion. Auch diesen dritten Teil bereitet man heute mit der ganzen Energie vor und in allen Teilen der Welt sehen wir, wie die kriegerischen Vorbereitungen einer Auseinandersetzung mit der Sowjetunion unmittelbar auf der Tagesordnung stehen.

Der neue imperialistische Bultan.

Heute wird kein Mensch mehr von einer pazifistischen Aera sprechen. Die schwarze Farbe der Reaktion bedeckt heute Amerika und Europa. In diesen Tagen ist die letzte Säule der Hilferdina-Politik, der famose Linksblock in Frankreich, zusammengebrochen und macht offene Politik mit der poincaristischen Partei. Das kurze Zwischenspiel der Labour-Regierung in England, die lächerliche Geschichte des französischen Linksblocks zeigt uns, daß unsere Einschätzung der Lage vollständig richtig gewesen ist. Man diskutiert heute mit erfreulicher Offenheit die neuen Kriegsvorbereitungen, die neuen Kriegsmethoden, die neuen Kriegsmittel. Die Dinge sind vollauf bekannt. Auch die Oeffentlichkeit kann sie nicht mehr verschweigen. Nur die Sozialdemokratie schweigt beharrlich über diese Tatsachen, nur die sozialdemokratische Presse bringt kein Wort über die Kriegsvorbereitungen, über die Gasvorbereitungen, kein Wort über Gifte, kein Wort über Rüstungen. Nur in der Sozialdemokratie findet man keine Warnung vor diesen neuen Kriegsgefahren. Es würde schwierig sein, die Politik der SPD. zu verteidigen, wenn man den SPD.-Arbeitern die ganze Wahrheit sagen würde.

Keine nationale Befreiung ohne soziale Befreiung!

Genossen, wir haben nach Abschluß des Dawes-Paktes Deutschland als Kolonie bezeichnet und diese Auffassung ist vollständig gerechtfertigt. Sie ist richtig in bezug auf die Entwicklung der deutschen Republik und sie ist theoretisch richtig in bezug auf die Auffassung des Imperialismus. Das Widerspruchsvolle in der Lage Deutschlands besteht darin, daß jede bürgerliche Regierung gezwungen ist, sich dem Entente-Kapitalismus auszuliefern. Die einzig wirkliche Machtforderung, die Deutschland sich zurückholen kann, kann nicht auf dem Wege eines Revanchekrieges geschehen, sondern der einzige Weg ist der, der im Zusammenschluß mit Sowjetrußland besteht. Und der Gegensatz, der darin zum Ausdruck kommt, daß die deutsche Bourgeoisie unfähig ist, mit einer proletarischen Regierung ein Bündnis zu schließen, zwingt die deutsche Bourgeoisie, ihre eigenen nationalen Forderungen preiszugeben. **So wird in Deutschland demonstriert, daß die nationale Freiheit des deutschen Volkes zusammenfällt mit der sozialen Freiheit des deutschen Volkes.**

Die imperialistischen Tendenzen in der deutschen Bourgeoisie.

Nun haben wir in der Fragestellung der Kolonisierung Deutschlands vor dem Mai-Zentralausschuß einen Fehler gemacht, den der Mai-Zentralausschuß korrigiert hat und der darin bestand, daß wir die Kolonisierung Deutschlands zu primitiv aufgefaßt haben, daß wir nicht verstanden haben, daß die Kolonisierung Deutschlands gewisse neue imperialistische Tendenzen keineswegs ausschließt, sondern im Gegenteil einschließt, daß aber die imperialistischen Tendenzen eine ganz andere Gestalt und einen ganz anderen Charakter haben, als die Tendenzen eines Imperialismus, den eine selbständige Großmacht vertritt. Die genaue Kenntnis dieser Entwicklung der Dawes-Kolonie ist eines der wichtigsten Ergebnisse unseres Mai-Zentralausschusses. Natürlich kann Deutschland heute keine imperialistische Politik betreiben als ein bürgerliches Deutschland im Sinne der Vorkriegszeit. Deutschland ist als Vorkriegsmacht erledigt. Die große Abschnürung im Osten und Westen, die Besetzung der Rheinlande, die Abtrennung des Saargebiets, Danzigs, Oberschlesiens, die Trennung von Deutsch-Oesterreich verurteilen es zu einer schwächlichen Haltung. Dazu kommen alle Maßnahmen der Entente in bezug auf seine Armee, Finanzen und übrigen Einrichtungen. Aber die deutsche Bourgeoisie verzichtet nicht auf bestimmte Maßnahmen und versucht doch noch in den Reihen der imperialistischen Gegner die Gegensätze für sich auszunutzen und ihre Stellung auf diese Weise zu verstärken. Die deutsche Bourgeoisie bietet den Imperialisten der Welt ihre guten Dienste an und versucht, durch die Ausnützung des Gegensatzes zwischen England und Frankreich etwas weiter zu kommen. Die deutsche Außenpolitik wird seit Jahren von der Hoffnung bestimmt, daß England Deutschland im Kampfe gegen Frankreich helfen wird und versteht dabei nicht, daß eine wesentliche Kräfteverschiebung auch innerhalb des englischen Imperiums und von seiten des englischen Imperiums auf dem Kontinent eingetreten ist. Frankreich setzt sich zur Wehr und bei diesem Spiel von Stresemann mit England ist Deutschland der Geprellte, gegen den sich schließlich England und Frankreich zusammenschließen werden. Im gegenwärtigen Moment sind wir an einem besonders kritischen Punkt dieser Entwicklung angelangt. Die vollkommene Krönung des Dawes-Paktes durch den sogenannten berühmten Garantiepakt, der nichts garantiert als neue Kriegsgefahren und Schwierigkeiten der internationalen Bourgeoisie, dieser Garantiepakt, dessen Annahme hinausgezogen werden soll durch die Annahme der Sanktionsrechte der Franzosen, ist nicht aufgehoben, sondern erweitert und soll auf sämtliche Regierungen ausgedehnt werden. Er soll die Besetzung ganz Deutschlands möglich machen. Der Garantiepakt, vor dem sogar Herr Rudolf Breitscheidt seinen Kopf mit Bedenken schütteln mußte, weil er so offen die Ausnutzung Deutschlands für die Kriegszwecke zeigt, dieser Garantiepakt ist nur aufgeschoben und nicht aufgehoben.

Die Deutschnationalen, die in die Regierung gegangen sind und ihren Wählern versprochen haben, eine kraftvolle nationale Politik zu treiben, sind heute in ihrer Mehrheit innerhalb der Reichstagsfraktion fest entschlossen, den Garantiepakt anzunehmen, sie sind entschlossen, vollständig in den Völkerbund einzutreten und auch den Artikel 16 zu schlucken, der das Durchmarschrecht für Deutschland möglich macht. Es wäre verhängnisvoll, zu glauben, daß das Zurückpfeifen Stresemanns an dieser Tatsache etwas ändert. Es ist ganz klar, daß dieser Garantiepakt in den nächsten Monaten ohne grundsätzliche Aenderungen angenommen werden wird.

Verschärfung der Gegensätze.

Es ist in letzter Zeit eine auffallend rußlandfreundliche Stimmung in der rechten Presse zu bemerken gewesen, trotz des Kindermann-Prozesses, bei dem sich der „Vorwärts" besonders hervorgetan hat. Aber, Genossen, trotz dieser rußlandfreundlichen Töne in einem Teil der deutschen Presse sollen wir uns darüber klar sein, daß das eine Rückzugskanonade ist und daß die vollständige politische Bindung an die Entente unmittelbar folgt dem wirtschaftlichen Pakt des Dawes-Abkommens. Die Frage steht: **Wird der Dawes-Pakt die Stabilisierung erhöhen, einen Ausgleich des Weltkapitalismus schaffen? Er wird die Gegensätze noch verschärfen, die Entwicklung beschleunigen und die Schwierigkeiten im Lager des Kapitalismus noch weiter erhöhen.** In dieser Entwicklung, in der eine Reihe englisch-französischer Gegensätze eine Rolle spielen, wird es natürlich Ab- und Aufsolsen geben. Vielleicht werden auch Scheinkonzessionen an Deutschland in vorsichtiger Form gemacht werden. Wir hören in den letzten Tagen sehr viel von der Befreiung des Ruhrgebiets, und die völkische Verbände rufen schon zu Feiern in dem besetzten Gebiet auf. Bis jetzt sieht man, daß die Truppen nach der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250721-11/fragment/page=0009

Pfalz oder anderen Teilen des Rheinlandes gehen. Vielleicht werden Gelsenkirchen, Essen oder andere Teile des Rheinlandes entsetzt, aber zugleich werden Verhandlungen über die Besetzung des ganzen Deutschland infolge des Garantiepaktes gepflogen werden. Wenn wir also über die Auswirkungen des Dawes-Abkommens und des Garantiepaktes der Arbeiterklasse die Wahrheit sagen sollen, wie sie ist, dann müssen wir ihr ganz ohne jede Verschleierung darstellen, daß die Verschärfung der Lage durch Abschluß des Garantiepaktes eine unmittelbare Tatsache ist.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Dawes-Planes.

Die Sozialdemokratie hat eine Zeit lang eine Agitation getrieben, als ob der Dawes-Plan eine Erleichterung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterklasse wäre. Die Genossen werden sich noch erinnern, daß den Arbeitern durch den Dawes-Plan das Himmelreich auf Erden versprochen wurde, der Achtstundentag sollte gesichert sein, ausreichende Löhne sollten gezahlt werden usw. Das erste Jahr des Moratoriums war noch ein verhältnismäßig leichtes Jahr. Wir Kommunisten haben die Auswirkungen des Dawes-Planes niemals als Katastrophe vorausgesagt, sondern wir wußten, daß eine absolut sichere Krise sich entwickeln würde. Und das erste Jahr, das das relativ leichteste war, auch dieses erste Jahr zeigt die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Auswirkungen des Dawes-Planes auf. Verschwunden sind die Behauptungen der Sozialdemokraten und Gewerkschaftler von dem garantierten Minimaleinkommen, dagegen hören wir heftige Agitation gegen die Zölle und gegen die neuen Steuergesetze, die nichts anderes sind als die logische Entwicklung des Dawes-Planes. Ich frage die Arbeiterklasse: wer hat die Parole gegeben, die Sozialdemokratische oder die Kommunistische Partei? Die Sozialdemokratie, die den Dawes-Plan als Gipfel der Sicherung der wirtschaftlichen Existenz hinstellte, muß heute zugeben, daß der Dawes-Plan eine Ausplünderung der breiten Massen der Werktätigen darstellt.

Deutschland und Rußland.

Ich glaube, es ist die Aufgabe unserer Partei, zu sagen, daß jeder Arbeiter — nicht jeder Kommunist, sondern jeder Arbeiter — heute einmal objektiv prüfen soll die Situation, wie sie in Deutschland und in Rußland ist. Man hat innerhalb der Arbeiterklasse seit Jahren die ganze Kraft der gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen und der bürgerlichen Presse eingesetzt, um eine ideologische Mauer zwischen der Arbeiterschaft und Sowjetrußland aufzurichten, weil im Kampf gegen den Bolschewismus die SPD. ihre eigene Arbeitsgemeinschaftspolitik mit der Bourgeoisie, ihre Burgfriedenspolitik verteidigt. Und wenn die Arbeiter sehen lernen, wie es in Rußland wirklich ist, werden sie auch sehen lernen, was in Deutschland wirklich ist, und davor fürchtet man sich.

Betrachten wir die Lage in Rußland. Die Stabilisierung der ganzen Welt kracht in allen Fugen. Jeder bürgerliche Wirtschaftspolitiker gibt das zu. Die Stabilisierung Deutschlands kracht ebenfalls in allen Fugen, wenn wir auch über das Tempo nichts sagen können und wollen. Wir sehen die Schwierigkeiten der französischen Bourgeoisie, wir sehen die Differenzierung im Lager der englischen Arbeiterklasse. Und wie sieht es in Rußland aus? In Rußland sehen wir eine andere Stabilisierung als in Deutschland: wir sehen unter der Herrschaft der Arbeiterklasse die Entwicklung der wirtschaftlichen Kräfte, ein defizitloses Budget. Wir sehen die Sicherung aller politischen, sozialen und kulturellen Errungenschaften der Oktoberrevolution. Die Existenz des langsamen, aber sicher vorwärtsschreitenden Sowjetreiches stört alle imperialistischen Pläne. Rußland ist der Gegenpol für die imperialistischen Raubpläne. Die Existenz Rußlands allein macht die Kombination des Imperialismus zuschanden.

Man bereitet den Kampf gegen Rußland vor. England bereitet ihn vor. Die nächste kommende große Auseinandersetzung wird aller Wahrscheinlichkeit nach auf der Linie des englisch-russischen Gegensatzes ausgetragen werden.

Man versucht, die Gegensätze im eigenen Lager zu verschleppen, um zum gemeinsamen Kampf gegen Sowjetrußland zusammenzugehen. Aber die Schwierigkeiten sind so groß, daß selbst diese Art von Einigung nicht erfüllbar ist. Unsere Pflicht ist es, trotzdem die Arbeiterklasse der Welt aufmerksam auf den Ernst der neuen Kriegsgefahr zu machen. Die deutsche Arbeiterschaft, die zum Kriegsnachbarn Sowjetrußlands werden könnte, insbesondere diese deutsche Arbeiterklasse hat alle Ursache, die Entwicklung scharf zu verfolgen. In diesen Wochen sehen wir, daß alle Lügenmeldungen es nicht zustande bringen zu verhindern, daß elementar aus der deutschen Arbeiterklasse das Verlangen nach einem Kennenlernen der russischen Verhältnisse erwacht. Die ersten Arbeiterdelegationen, die trotz aller Hemmnisse und Drohungen der Parteibürokratie jetzt nach Sowjetrußland fahren wollen, sind ein Symptom dafür, wie tief der Drang innerhalb der deutschen Arbeiterklasse ist, aus diesem Elend endlich herauszukommen und neue Wege endlich zu suchen.

Die Kriegshetze der SPD. gegen Rußland.

Genossen, warum fahren denn die linken sozialdemokratischen Führer nicht mit? (Zuruf: Sehr gut! Heiterkeit!) Warum fahren nicht Seydewitz oder Saupe oder sonst einer der linken Führer mit nach Sowjetrußland, die sich doch sonst so radikal benehmen und uns Opportunismus vorwerfen? Wir garantieren für ihr kostbares Leben; sie werden ganz unbeschadet nach Hause kommen. (Zuruf: Es ist auch nicht schade, wenn sie beschadet nach Hause kommen!) Doch, sie sollen ruhig wiederkommen, aber diese Furcht, die russische Frage überhaupt zu stellen und zu kennen, ist nur das Zeichen der eigenen Unsicherheit und Schwäche. Aber, Genossen, neben diesen unsicheren und schwachen Elementen gibt es noch andere Gegner der Delegation nach Sowjetrußland. Der „Vorwärts" hat erklärt, es habe keinen Sinn, nach Rußland zu fahren, wenn man nicht „mit der Opposition in Rußland in Verbindung treten könne". Wie man sich das vorstellt, sieht man aus einem Büchlein von Kautsky, das man nämlich nicht genügend denunzieren kann. Kautsky ist auf seine alten Tage ungeheuer revolutionär geworden. (Zurufe: Hört! hört!) Kautsky ist jetzt ein Anhänger des bewaffneten Aufstandes geworden. (Große Heiterkeit. Beifall.) Genossen, hört einen Augenblick zu. Kautsky ist ernsthaft dafür, die Knarre auf den Buckel zu nehmen, sich vielleicht als Feldwebel zur Verfügung zu stellen. Er sagt nämlich:

„Die sozialistische Arbeiter-Internationale muß es den russischen Genossen überlassen, zu welchen Resultaten sie bei ihren Untersuchungen kommen wird. Sie ist nicht gleich der 3. Internationale eine Internationale der Tat."

Wir werden über diese Internationale noch etwas anderes zu hören bekommen. Diese „Internationale der Tat" hat gerade in diesen Tagen ihre glänzendste Seite gezeigt.

„Aber es könnte . . . wenn unsere Internationale von vornherein jeden Aufstand gegen ihn als konterrevolutionäres Tun verurteilt und deren Bestrebungen verbietet, sich an einem solchen Aufstand zu beteiligen."

Und er sagt dann weiter:

„Und gerade diese Gefahr macht es notwendig, daß die sozialistische Internationale darauf hinwirkt, entschiedenen Einfluß auf den Aufstand zu bekommen, keinesfalls ihn zu sabotieren."

(Zuruf: Aufstand gegen Hindenburg?) Ja, das ist was anderes. Hindenburg ist Demokrat und Republikaner, aber Lenin ist kein Republikaner im Sinne Kautskys.

In diesem Büchlein fordert Kautsky im Namen der 2. Internationale den bewaffneten Aufstand in Rußland gegen Sowjetrußland. (Pfui!)

Dieses Dokument ist das Zeichen, wie tief die SPD. gesunken ist, wenn sie ohne Gegenwehr solche Literatur in den Reihen der Arbeiterklasse duldet.

Das ist die offene Unterstützung der Entente-Bourgeoisie, überhaupt jeder Bourgeoisie, das ist die offene Kriegshetze gegen Sowjetrußland. Karl Kautsky geht weiter und verlangt, daß man Anleihen verweigern soll, wenn nicht bestimmte politische Konzessionen gemacht werden. Er ist für eine Interventionspolitik. Dieses Büchlein Kautskys, der plötzlich zu dem einen Anhänger des bewaffneten Aufstandes geworden ist, gibt ein treffendes Bild der 2. Internationale, bei der sich Herr Fritz Adler in derselben Weise betätigt.

Wenn wir also die Lage in Deutschland und der jetzigen Situation zusammenhängend betrachten wollen, so können wir konstatieren, daß die Arbeitermassen beginnen, aus ihrer Passivität herauszutreten und sich langsam zu sammeln. Die Klassenkämpfe werden sich steigern, und unsere Hauptaufgabe ist es, uns auf die kommenden Klassenkämpfe zu konzentrieren.

Die monarchistische Gefahr.

Wenn wir uns also klar sind über den Versuch der deutschen Bourgeoisie als imperialistische Macht dritten Ranges, als Schwanz-Imperialismus, die Gegensätze der anderen auszunutzen, dann werden wir verstehen, daß die deutsche Bourgeoisie vollständig Ruhe und Ordnung in ihrem Sinne braucht. Nach dem Abschluß des Dawes-Paktes ist die putschistische deutschvölkische Bewegung, der Faschismus, wie wir ihn nannten, zurückgetreten. Die verzweifelten expropriierten Kleinbürgermassen beruhigen sich. Sie wandten sich den legalen monarchistischen Organisationen zu und die Deutschnationale Partei hat einen großen Teil der Anhänger der ehemaligen Deutschvölkischen gesammelt. Die Bourgeoisie zeigt heute eine ganz offene monarchistische Tendenz, die zeitweilig zurücktritt, zeitweilig wieder auftaucht, die aber ständig bleibt. Die deutsche Bourgeoisie will durch einen verfassungsmäßigen Monarchismus breite Kleinbürgermassen und breite ländliche Schichten mit ihrer Erfüllungspolitik erfassen. Gleichzeitig versteht sie sehr vorsichtig mit der Sozialdemokratie zu manövrieren. Die Sozialdemokratie ist aus der Reichsregierung, aus einer ganzen Reihe von Aemtern herausgeworfen worden. Man hütet sich sehr, sie vollständig vor den Kopf zu stoßen. In der Preußischen Regierung hat man die SPD. behalten, in einer Reihe von Länderregierungen auch. Die rechte Regierung versucht die Dinge abzuschleifen, damit es zu keinem offenen Kampf kommt, und die SPD. ist dazu bereit. Die Versuche, ein Zollkompromiß zu suchen, zeigen, wie vorsichtigt die Regierung die SPD. behandelt, weil die Auswirkungen des Dawes-Planes neue Krisen schaffen und die SPD. als Reserve behalten wird für die kommenden Schwierigkeiten.

Es ist in unserer Partei darüber gestritten worden, ob es überhaupt eine monarchistische Gefahr gibt. Einige Genossen wollen die monarchistische Gefahr überhaupt wegleugnen. Es wäre ein verhängnisvoller Fehler, wenn wir die monarchistische Gefahr nicht sehen würden. Nur müssen wir verstehen, daß die monarchistische Gefahr eine andere Grundlage hat als der Monarchismus vor 1914. Das ist kein bloßes Wiederholen des alten wilhelminischen Monarchismus, sondern das Finanzkapital will damit sein Ziel durchsetzen. Die Sozialdemokratie identifiziert den Monarchismus immer mit den Ostelbiern, um ihr Bündnis mit der Industrie zu verschleiern.

Sie machen die Koalition mit der Schwerindustrie schmackhaft, indem sie gegen die Agrarier hetzen. Wir würden einen großen Fehler begehen, wenn wir nicht verstehen würden, daß es gerade ein Charakteristikum der neuen monarchistischen Gefahr ist, daß sie getragen wird vom Finanzkapital und durchaus nicht bloß von den Agrariern.

Es ist die Frage gestellt worden: Welchen Zweck hat es, in Deutschland für das Finanzkapital eine verfassungsmäßig monarchistische Revision anzustreben? Dabei sind eine Menge von Mißverständnissen über die Staatstheorie Lenins unterlaufen. Das deutsche Finanzkapital ist bereit, wie wir das im ersten Teil ausgeführt haben, sich der Ententebourgeoisie zu unterwerfen, nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch und trotzdem die Gegensätze bei den anderen auszunützen, soweit sie es können. Um aber diese Unterwerfung schmackhaft zu machen, um die Ausbeutungspolitik, die es auf Grund des Dawes-Planes treiben will, schmackhaft zu machen, muß es seine breiten Anhänger im Kleinbürgertum und auf dem flachen Land einen ideologischen Kitt anbieten. Die Sozialdemokratie ist ein wirklicher Helfer der Reaktion gewesen, indem sie die Arbeiter enttäuscht hat über das, was sie als Sozialismus ihnen vorsetzte. Für große Kleinbürgermassen war die Wahl Hindenburgs ein Symbol der guten alten Zeit. Es war für sie ein Ersatz für die Enttäuschungen des Novembersozialismus. Wenn jemals der Reaktion ein Dienst erwiesen wurde, so durch die Politik der deutschen Sozialdemokratie, die breite Massen heute zur Reaktion zurückgetrieben hat. Man soll sich nicht darüber täuschen, daß auf dem flachen Land die Massen reaktionärmonarchistisch gesinnt sind und daß ihnen Hindenburg auch noch nicht die Erfüllung ihrer Wünsche darstellt. Die ausländischen Kapitalisten verstehen, daß, je fester die deutsche Herrschaft dasteht, desto sicherer ist die Ausbeutungsquote an der deutschen Arbeiterschaft. Deshalb ist die monarchistische Tendenz für das Ausland keineswegs etwas, was es ablehnen wird.

Es ist die Frage gestellt worden, wie sich die monarchistische Gefahr in Wirklichkeit umsetzen wird. Natürlich nicht wie beim Kapp-Putsch, nicht in denselben Formen, sondern in anderen Formen. Aber eine schleichende Verwirklichung der monarchistischen Gefahr ist genau so akut wie bei den Präsidentenwahlen, und wer das wegleugnen will, gehört trotz seines ultralinken Standpunktes zur Sozialdemokratie. Ob sich die monarchistische Tendenz vollenden wird, wissen wir noch nicht, aber unsere Aufgabe wird es sein, wenn die Sozialdemokratie zurückweichen will, mit aller Kraft auch gegen die Hindenburg- und Luther-Regierung den Kampf gegen die monarchistische Gefahr mit ganzer Kraft zu führen.

Die Einigkeit und die Differenzen der Bourgeoisie.

Es ist gefragt worden, gibt es Gegensätze im Lager der deutschen Bourgeoisie bei der Durchführung des Dawes-Planes? Diejenigen, welche sich die Welt so vorstellen, daß es nur die Kommunistische Partei gibt und dann gibt es eine reaktionäre Masse, sollen wirklich nicht die Partei mit irgendwelchen Debatten behelligen, sondern erst einmal selber mit sich klar werden. In einer Frage sind alle bürgerlichen Schichten einig: in der Ausplünderung und dem Betrug an der Arbeiterklasse. Aber untereinander kämpfen sie um den Anteil der Ausbeutung. Wenn es wahr ist, daß der Dawes-Plan die Ausplünderung der Arbeitermassen und des Mittelstandes erhöhen muß — denn das ist der Sinn des Kampfes um die Republik —, dann ist das der Versuch, die Lasten nicht auf die Schultern der kleinbürgerlichen Massen und der Arbeitermassen abzuwälzen. Der Volksblock ist nach der Hindenburg-Wahl zusammengeduckt vor dem Hindenburg-System. Wer etwas anderes erwartet hat, der hatte irgendwelche Ueberschätzung des Volksblocks. Aber ebenso kindisch ist es, zu sagen, wenn der Volksblock zusammengebrochen ist, daß damit die Differenzen im Lager der Bourgeoisie erledigt sind, daß dadurch die Differenzen zwischen dem Kleinbürgertum und der Großbourgeoisie, zwischen dem Handel und den Finanzen erledigt sind. Sie sind nicht erledigt. Und sie können sich morgen wieder gerade so zuspitzen. Welche Formel hat die Bourgeoisie, um sich bei den republikanisch gesinnten Arbeitermassen durchzusetzen? Es wäre nichts törichter als nicht zu sehen, daß der Kampf gegen die Monarchie und der Kampf für die Republik aktuell bleibt, auch wenn momentan infolge der Feigheit dieser republikanischen Schwindler die republikanische Frage nach außen hin nicht so steht. Und wer die Arbeiterklasse nicht als Fußtritt gebrauchen lassen will, der muß die Republikfrage stellen, um die Arbeitermassen diesen Volksbetrügern zu entreißen. Wenn die Partei aufhört, die republikanische Frage zu stellen, dann liefert sie die Arbeiterklasse der Koalitionspolitik aus. Wer der Koalitionspolitik den Boden entziehen will, der muß die Arbeitermassen loslösen, indem er ihnen zeigt, daß der Kampf gegen die Monarchie nicht das Privileg des „Berliner Tageblatts" oder des „Vorwärts" ist. Und die Schwätzer von der Koalitionspolitik in unseren Reihen, sie treiben eine wahrhafte Koalitionspolitik, denn sie verurteilen die Arbeiter zur Koalitionspolitik, weil sie ihnen keinen Ausweg zeigen zum Kampf gegen die Koalitionspolitik. Es gibt kluge Parlamentarier, wie Lenin sagt, welche kichern über jede kleine Dummheit oder über jedes neue Uebereinstimmen der bürgerlichen Schichten, auch über die Frage Republik und Monarchie. Diese Leute entdecken immer wieder von neuem, daß das Zentrum eine schwerindustrielle Partei ist. Diese sichernden Parlamentarier entdecken immer wieder von neuem, daß in der Zoll- und Steuerfrage die bürgerlichen Schichten sich einig sind im Kampfe gegen die Arbeiterklasse. Aber ich glaube, das wissen wir schon ziemlich lange. Worauf es ankommt, ist, zu verstehen, wie es dennoch gelingt, politisch die Arbeiterklasse hinter sich zu ziehen. Ich glaube, daß nichts gefährlicher wäre, als in diesem Augenblick diese Frage nicht zu sehen. Genau so wie wir scharfe Zuspitzungen in kurzer Zeit gewärtigen müssen, genau so müssen wir auf denselben Gebiet auch in der Regierungsfrage, auch in der Frage des Systems, mit dem man die Massen ausplündert, gefaßt sein.

Solange wir nicht die Macht erobert haben, bleibt die Zerstörung der Illusion unsere gänzlich absolut notwendige Aufgabe. Und deswegen ist es eine Oberflächlichkeit, sich zu klammern an die äußeren Zusammenhänge des jeweiligen Volksblocks. Das Problem besteht hier im Kampf zur Demaskierung dieser Leute.

Und Genossen, wenn wir also die Frage stellen, die Verschärfung der Ausplünderung der breiten Massen über die eigentlichen proletarischen Kreise hinaus, dann sehen wir seltsame Berührungspunkte zwischen der Ultralinken und der Rechten. Die Rechten, über die ich in meinem taktischen Teil noch sprechen werde, glauben, daß hier das Alleinmittel für die Arbeiterklasse kommen kann, wenn man ein festes Minimalprogramm in Steuer- und Finanzfragen aufstellt. Und in dieser Einschätzung der Situation treffen sie sich mit den Ultralinken wie auch in anderen Punkten. So treffen sie sich auch in der Einschätzung der monarchistischen Gefahr. Das ist aus taktischen Gründen bisher von beiden Seiten zurückgestellt worden. Die Rechten haben diese Frage niemals gestellt, sie haben niemals die Frage des Kampfes in diesen Dingen aufgerollt, und niemals verstanden sie, hier den Grundfehler unserer Politik des letzten halben Jahres zu erkennen, aber sie haben sich getroffen in der Kritik mit dem Genossen Rosenberg usw. Solche Parallelen sind auch noch auf anderen Gebieten zu sehen.

Ich glaube, daß unsere Mai-Zentralausschußthesen die Entwicklung richtig gesehen haben. Ich glaube, daß die vorsichtige Behandlung der SPD. ernst beachtet werden muß. Die Politik der SPD. im gegenwärtigen Moment kommt nur darauf hinaus, daß die SPD. sich der Oeffentlichkeit als eine zuverlässigere Regierungspartei als die Deutschnationalen anpreist. Ich habe hier eine charakteristische Aeußerung von einem so berühmten Mann wie Wels, der auf einem Parteitag — ich glaube, es war in Halle — ungefähr erklärt hat: „Der Stresemannsche Sicherungspakt ist ein Ergebnis der sozialdemokratischen Politik." Die Aeußerung ist wichtig für das Zusammenspiel zwischen Regierung und SPD.

Dasselbe Spiel zwischen Sozialdemokratie und Regierung beobachten wir in der Zollfrage. Die bayerische Presse verzeichnet mit großem Eifer jede Aeußerung der Sozialdemokratie für Zölle, z. B. hat Herr Schippel sich gegen die Anti-Zollpolitik seiner Partei ausgesprochen. Die vorsichtige Behandlung der Sozialdemokratie ist ein Beweis mit dafür, daß wir uns nicht täuschen lassen sollen von der gegenwärtigen Periode der Ruhe, und daß wir beobachten müssen, daß die Frage Republik oder Monarchie neu gestellt werden wird und daß es dann unsere Pflicht ist, Stellung zu der Frage zu nehmen.

Die Lage der Arbeiterklasse.

Ich habe schon darauf hingewiesen, daß breite Schichten der Arbeiterschaft in die Arme der Reaktion zurückgetrieben wurden durch die Politik der Sozialdemokratie. Aber es kommt noch schlimmer. Die Arbeiterschaft ist demoralisiert, ist gespalten, die Verärgerung und die Passivität in der Gewerkschaftsfrage ist ein Hauptresultat jener Politik. Wie die Sozialdemokraten ihren Beruf darin sehen, diese Passivität zu steigern, so ist es unsere heilige Pflicht und Aufgabe, alles das, was lebt, was aktiv ist in der Arbeiterklasse, zu sammeln. (Zuruf: Sehr gut!) Die Sammlung der Arbeiter zum Kampf gegen die monarchistische und die Kriegsgefahr, die großen Massenaktionen gegen die wirtschaftlichen Auswirkungen des Dawes-Planes, die Entfesselung großer Massenkämpfe, das ist unsere aktuelle Aufgabe.

Wenn dabei die Frage der Regierung gestellt wird, so müssen wir klar sagen, daß wir gegen jede Art von Regierung kämpfen werden, ganz gleichgültig, wieviel Sozialdemokraten darin sitzen, daß wir aber alles daran setzen werden, um die Taten dieser Regierung zu enthüllen und bloßzulegen durch die jeweilig geeignet erscheinenden Mittel, daß wir in allen diesen Perioden zu verbinden haben das revolutionäre Ziel mit diesen Teilkämpfen, daß wir die Frage der Eroberung der proletarischen Macht, die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung als Synonym damit verbinden müssen. Das wollen wir um so mehr betonen, als sich ein Teil der bürgerlichen Presse und der Sozialdemokraten einreden, als ob wir hier irgend eine grundsätzliche Revidierung vornehmen würden. Das ist nicht der Fall. Zu revidieren haben nur die anderen, die bankrott geworden sind. (Beifall.) Der große Fehler unserer Vergangenheit besteht darin, daß wir niemals die Rolle der SPD. richtig eingeschätzt haben, sowohl in ihrer allgemeinen Charakteristik, wie in der speziellen Taktik, die sie gegen die Arbeiterschaft angewandt hat. Die größte Errungenschaft der Reinigung unserer Grundsätze besteht in dem richtigen Verständnis der Rolle der SPD. in Deutschland. Wir haben die SPD. nach Frankfurt allgemein bezeichnet als eine bürgerliche Partei. An dieser Auffassung halten wir fest. Wir müssen verstehen, daß diese Feststellung uns zugleich die Pflicht auferlegt, zwei Dinge im Auge zu behalten. Erstens innerhalb der SPD. stehen Tausende, Zehntausende, Hunderttausende von Proletariern, die verwirrt sind durch die Politik ihrer Führer, die wir gewinnen müssen, wenn wir den Kampf gegen die Bourgeoisie gewinnen wollen. Zweitens müssen wir verstehen, daß die SPD. keine ein für allemal gegebene unveränderliche Erscheinung ist, daß sich innerhalb der SPD. eine ganze Reihe von Prozessen vollzieht, und wir müssen das aufmerksam beobachten und verstehen, die notwendigen Lehren für die Arbeiterschaft daraus zu ziehen.

Die Einheitsfrontaktik.

Es ist in der letzten Zeit viel geschwätzt worden über die Einheitsfrontaktik von oben und unten. Ich werde da auf eine Plattform zu sprechen kommen des Genossen Meyer, worin sich der gleiche Irrtum befindet, als wenn die Wels-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250721-11/fragment/page=0010

kongreßthesen die Einheitsfront von unten festgelegt hätten. Wir werden weiter eine Plattform vorlegen mit der Widmung an den Parteitag, in der gesagt wird, daß die Einheitsfront von oben noch anzuwenden ist, wo die SPD. noch als eine große Macht in Frage kommt. (Zuruf Katz: „Aber nicht für Deutschland!") Vielleicht setzt du dich mit Meyer in Verbindung. Die Instruktion zum Weltkongreß hat ausdrücklich erklärt, es gibt keine prinzipielle Ablehnung der Einheitsfront von oben und unten. Ich würde vielleicht wirklich vorschlagen, sich zusammenzusetzen. Genossen, in diesem Geschwätz über die Einheitsfront von oben und unten wird auch gemeinsam von Ernst Meyer und Iwan Katz erklärt, daß man dann überhaupt keine Einheitsfront machen kann, wenn die SPD. auf die Arbeiter schießt. Nun sind wir der Meinung, daß sie immer schießt. Z. B. hat man in Teltow einen Arbeiter erschossen durch die hochwohllöbliche Landespolizei des Herrn Severing. Hier ist ein großer Unterschied zwischen uns und Meyer. Einheitsfronttaktik kommt nicht in Frage, wenn ein unmittelbar akuter Zusammenstoß zwischen Teilen der Arbeiterschaft und einer sozialdemokratischen Regierung besteht. Und wenn wir die Einheitsfronttaktik von unten für die Zeit nach dem Frankfurter Parteitag in den Mittelpunkt der Arbeit gestellt haben, so deshalb, weil die Auswirkungen des Bürgerkriegs in Sachsen so scharf sein mußten, daß erst eine andere Situation eintreten mußte, um das zu verändern. Meyer fragt mit Katz, wieso paßt das mit Frankfurt zusammen? Beide Genossen verstehen nicht, daß die Taktik bestimmt werden muß durch die politische Situation. Und da die Lage seit Frankfurt eine andere ist, muß man anders vorgehen. Hier sehen wir eine vollständige Uebereinstimmung zwischen Meyer und Katz.

Die Frage, daß man für alle Zeiten die Taktik festlegen soll, daß man jede Wendung, die man gegenüber dem Feinde macht, stets vorher festgelegt haben soll, ist eine unleninistische Fragestellung und eine vollständige Verkennung der Aufgaben der taktischen Methoden.

Der Brief der Exekutive an den Parteitag enthält ein Kapitel, von dem ich wünsche, daß ihn recht viele Arbeiter studieren.

In diesem Brief wird das Urteil über die Lebensfähigkeit der deutschen Sozialdemokratie gegeben. Es ist doch eine besondere Erscheinung, die wir studieren müssen, daß die Sozialdemokratie im Verlaufe der Entwicklung zwar große Krisen durchgemacht hat, aber sich immer wieder in bestimmtem Ausmaße zu erholen versuchte. Die Ursachen, die der Brief der Exekutive dafür aufzeigt, sind meiner Meinung nach erschöpfend und aufklärend genug.

Zunächst die wichtigste Feststellung, die wir gerade den sozialdemokratischen Arbeitern sagen müssen, daß die allgemeine Ursache für die Lebensfähigkeit der Sozialdemokratie die gleiche ist wie für den Kapitalismus. Mit jeder auch nur scheinbaren Stabilisierung des Kapitalismus erstarkt die Sozialdemokratie. Deshalb ist die Sozialdemokratie so ängstlich besorgt, daß der Kapitalismus weiter stark und fest sein soll.

Das zweite Argument ist die Müdigkeit der Arbeiterklasse nach dem imperialistischen Krieg, die Möglichkeit der Verbreitung neuer pazifistischer und reformistischer Illusionen. Die dritte und vierte Frage ist die der Arbeiteraristokratie und des Parteiapparates; diese beiden Fragen spielen in der deutschen Sozialdemokratie eine hervorragende Rolle. Wenn wir an die Art denken, wie man linke Sozialdemokraten in Sachsen durch Anbieten von Bürgermeisterposten korrumpiert hat, dann verstehen wir die Rolle der Korruption der Sozialdemokratie durch den Staatsapparat. Wenn wir dann fünftens die Rolle der reformistischen Gewerkschaften in Betracht ziehen, dann verstehen wir die Hauptursachen für die relative Lebensfähigkeit der deutschen Sozialdemokratie. Aber das Wichtigste, Genossen, das wir genau verstehen müssen, ist: die Sozialdemokratie erholt sich in Zeiten der kapitalistischen Stabilisierung, weil breite Arbeitermassen von der Vorstellung befangen sind, daß die Sozialdemokratische Partei eine Partei der Tageskämpfe und wir eine Partei für die Revolution sind. Die Hauptaufgabe des Parteitages besteht darin, den Arbeitern diese Illusionen aus dem Kopf zu reißen. Die Sozialdemokratie ist nicht nur keine Partei für die Revolution, sondern sie ist noch viel weniger eine Partei für den Tageskampf, sie kämpft nicht für die kleinste Erleichterung der Lage der Arbeiterklasse. In unserer Partei muß die Einstellung vertieft werden, den täglichen Kampf für die Interessen der Arbeiter mehr noch als bisher zu organisieren.

Als siebentes Argument muß man offen aussprechen, daß jede Schwierigkeit der russischen Revolution und jede Schwierigkeit, die unsere russische Bruderpartei bei ihrem schweren Ringen gegen die Feinde nach außen und innen hat, von den internationalen Menschewisten benutzt wird, um gegen die Kommunisten zu kämpfen.

Als achtes Argument muß man die opportunistischen Fehler unserer Vergangenheit und die ultralinken Dummheiten in der Gewerkschaftsfrage und anderen Fragen bezeichnen.

Die ultralinken Abweichungen.

Ich habe mit ziemlicher Breite mich auf diese acht Punkte eingelassen. Warum? Die ultralinken Abweichungen äußern sich bei Rosenberg und anderen Genossen in Form von merkwürdigen Theorien; aber bei unseren Arbeitern äußern sie sich in der Unfähigkeit, die Frage der SPD. richtig zu stellen. Bei unseren Arbeitern äußert sich der ultralinke Standpunkt in der Vorstellung, die SPD. ist eine Verräterpartei, wir bleiben für uns, sie für sich und da ist nichts zu machen. Wir müssen uns fragen, ob die Tatsache, daß die Genossen in den Bezirken wegen dieses Mangels an Eroberungswillen gegenüber der SPD. diskutieren, ultralinke Abweichungen darstellen. Man versteht nicht, daß die Ueberwindung der SPD. genau solch eine aktuelle Frage ist, daß man die Sozialdemokraten nicht durch Zuwarten, sondern nur durch den täglichen Kampf Seite an Seite mit den sozialdemokratischen Arbeitern gegen das Kapital um ihre Lebensinteressen gewinnen kann. Und, Genossen, dieses ultralinke Mißverstehen der Aufgaben der SPD.-Arbeiter zu beseitigen, hier wirklich die Frage eines Zusammenarbeitens mit den SPD.-Arbeitern zu stellen, müssen wir ganz ernsthaft prüfen. Wir haben viel geschwätzt über die Einheitsfront von oben und von unten. Dabei sind viele Plattformen zurückgezogen worden. Einige Linke waren schon gegen offene Briefe und nannten sie Einheitsfront von oben. Diesen Leuten sei gesagt, daß sie erst eine Einheitsfront von oben wären, wenn ein wirkliches Zusammengehen mit den Spitzen erfolgen würde. Wir haben also weder eine Einheitsfront von unten noch eine Einheitsfront von oben gehabt. Und, Parteigenossen, der erste Anfang dieses wirklichen Zusammenschlusses von unten war der Rote Frontkämpferbund, der eine sehr große Arbeit in den Betrieben geleistet hat und der in der Zollkampagne die ersten gemeinsamen Aktionsausschüsse hatte. Hier wirklich die Frage der Einheitsfront von unten zu stellen, gemeinsame Kämpfe zu führen gegen den Monarchismus und die wirtschaftliche Bedrückung, das ist die Möglichkeit, um die SPD.-Arbeiter loszulösen.

Noch ein paar Worte über die linke Sozialdemokratie. Sie ist eine ganz besondere Sorte in Deutschland. Sie ist die Barriere für die sozialdemokratischen, revolutionär gestimmten Arbeiter gegen den Kommunismus. Die linke Sozialdemokratie in Deutschland zeichnet sich aus durch ihren besonderen Kommunistenhaß und ihre Antibolschewistenhetze. Aber sie hat noch eine andere Funktion: sie ist das verbindende Glied zwischen dem Genossen Ernst Meyer und den Genossen Katz, Scholem, Rosenberg. (Lachen bei den Letzteren.) Die linke Sozialdemokratie, über deren Ursachen und deren Ideologie wir noch besonders sprechen müssen, daß Rosenberg, Meyer usw. ihnen einen besonderen Dienst erweisen, indem der nicht unbekannte Paul Levi, ein höchst gelahrter Mann, einen Artikel geschrieben hat, „Der neueste Kommunistendreh", welcher von allen Linkssozialdemokraten mit Wonne nachgedruckt worden ist. In diesem Artikel wirft Levi uns Opportunismus vor, weil wir den monarchistischen Kampf zur Tagesordnung machen. Und er polemisiert mit denselben Argumenten, die von den Ultralinken und den Rechten vorgebracht werden.

Und wir werden sehen, wie sich diese Sache in Zukunft abwickeln wird. Während gleichzeitig dieser selbe Paul Levi davon spricht, daß der einzige Schutz gegen den Opportunismus der Kampf in der SPD. ist, erklärt er, daß die Wiener Internationale zusammengebrochen sei. Er überschreibt diesen Artikel: „Schön sterben."

Eine gewissensschwache Erkenntnis dämmert doch in den Köpfen manches linken Sozialdemokraten. Und dieselben Leute wagen es, die Arbeiter zurückzuhalten von der Vereinigung mit der einzigen revolutionären Partei, mit der Kommunistischen Partei. Die sozialdemokratische Linke, die linke Sozialdemokratie ist das ernsteste Hindernis für die Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter ....

Jetzt ein paar Worte über die jetzige Politik und Taktik des ADGB. und der SPD. Die SPD. hat gesehen, daß ein Teil ihrer Anhänger angefangen hat, rebellisch zu werden seit der Seecktdiktatur. Sie hat seit dieser Zeit ihre Taktik geändert. Sie hat eine Scheinopposition im Parlament geführt, indem sie in allen Fragen dreimal einen Kampf verkündet hat, der nicht gekommen ist. Wir sehen auch jetzt bei der Frage der Zölle, daß die SPD. einen Scheinkampf im Parlament führt, aber nicht den Mut hat, den geringsten Schritt außerhalb des Parlaments zu machen. Warum hat sie nicht diesen Mut? Weil ihre ganze Taktik darauf hinauskommt, einmal zu spielen mit der Karte der Scheinopposition bei den Mitgliedern und zweitens mit der Karte des Sichanbiederns an die Regierung.

Parteigenossen, um zu zeigen, wie stark die Verwirrung ist, genügt ein Wort, um auf den Sachsenkonflikt hinzuweisen. Hier haben sich die Linken übertölpeln lassen, sie haben die Landtagsauflösung nicht erreicht. Das ist ein charakteristisches Zeichen für den eigentlichen Kampf in der SPD. und die Zurückdrängung der linken Arbeiteropposition in der SPD.

Diese Frage der SPD. rollte eine theoretische Frage auf, die ich hier andeuten will, die Frage:

Wie stellen sich die Rechten und Ultralinke den Weg zur Revolution vor?

Die Frage kann man beantworten, daß die sozialdemokratischen Arbeiter vor dem Kriege auch nichts anderes kannten als den Weg des natürlichen „Klassenkampfes" und daß die Ultralinken heute eine Art der Wiederholung der Stimmung in unserer Partei sind. Ich möchte diesen Teil abschließen und sagen, daß die Politik der Sozialdemokratie und ihre gegenwärtige Scheinopposition von uns verlangt eine ernsthafte Durchführung der Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern in den Betrieben, daß die Scheinopposition der SPD., die veränderte Lage, Genosse Meyer, von uns verlangt eine Demaskierung der Sozialdemokratie in jedem Moment, in dem wir sie immer wieder vor die Frage der Massenaktion stellen. Wir müssen aber verstehen, daß diese Demaskierungstaktik der Sozialdemokratie gegenüber auch angewandt werden muß von Fall zu Fall auf Erscheinungen, bei denen die SPD. eine Rolle spielt. Besonders aber müssen wir auch verstehen, daß die Frage des Zentrums ernsthaft gestellt werden kann (Zuruf: Sehr richtig!), wenn man die Frage einer solchen Demaskierungstaktik auch dem Zentrum gegenüber anwendet. Wir haben schon einmal Einheitsfronttaktik gegen das Zentrum gehabt. Und bei der jetzigen Delegation nach Sowjet-Rußland ist auch ein christlicher Arbeiter mitgefahren. Auch an die Zentrumsarbeiter können wir herankommen, wenn wir die Fragen nicht von ihrem Religionsstandpunkt aus anpacken, sondern wenn wir sie klassenmäßig stellen, wenn wir die Zentrumsarbeiter bei ihren wirtschaftlichen Sorgen und Nöten packen, wenn wir mit ökonomischen Grundfragen bei ihnen anfangen.

Ich komme zum letzten Teil meiner Ausführungen.

zur Taktik unserer Partei.

Ich habe schon erklärt, daß wir alles Geschwätz der Revision unserer Grundsätze zurückweisen, ohne Rücksicht darauf, ob es vom „Vorwärts" oder von dem Genossen Rosenberg kommt. Wir müssen, um die Taktik unserer Partei zu bestimmen, mehr als bisher verstehen lernen, daß die Kommunistische Partei die einzige Arbeiter-Partei ist, und daß wir es verstehen, der Arbeiterklasse klar zum Bewußtsein zu bringen, daß sie die einzige Arbeiterpartei in jedem Sinne ist. Das aber ist nur möglich durch die Tageskämpfe.

Wer klärt die Massen auf, wenn nicht wir?

Wer bringt die Frage des Marxismus wirklich in die Arbeitermasse hinein?

Nehmt Euch irgendeine Versammlung her, es trifft uns doch eine neue Schicht von Arbeitern entgegen, denen die Lehren des Marxismus nicht vermittelt worden sind. Wer wird vor ihnen all die vielen Tagesfragen stellen, wenn nicht die Kommunistische Partei diese Fragen stellen würde. (Sehr richtig!) Viel zu wenig sagen wir im Lande, daß wir die wirklichen Nachfolger der wahren deutschen Sozialisten sind, viel zu wenig betonen wir, daß in unseren Reihen sich die besten Teile der Sozialdemokratischen Partei befinden; die Mehrheit der Genossen steht seit Jahrzehnten in der Arbeiterbewegung, ist durch die SPD. und USPD. hindurchgegangen. Sie sind die besten Kräfte der Sozialdemokratie, die sich verschmolzen haben mit der neuen Schicht der Arbeiterklasse. Die Traditionen von Marx, von Engels, von Liebknecht und Lenin, die Darstellung, daß wir die einzigen Sozialisten sind, die müssen wir klar der Arbeiterklasse geben. Allen unzufriedenen Elementen müssen wir sagen: entscheidet Euch, seht Euch die II., seht Euch die III. Internationale an, seht Euch die ganze Welt an und dann kommt zur einzigen Partei, die die Partei der Arbeiterklasse geblieben ist, zur Kommunistischen Partei!

Bei dem offenen Zusammenbruch der zweiten Internationale müssen wir die Frage einer internationalen Partei mehr in den Fabriken aufrollen. Deshalb sage ich auch ganz deutlich und ganz klar, wenn ich jetzt in der Frage der Taktik unserer Partei Kritik anlegen muß, so wissen wir alle ganz genau, daß das, was die heldenhaften Vorkämpfer unserer Partei geleistet haben, daß alle ihre Taten unvergeßlich bleiben und daß wir unsere Partei nur dann zum Leninismus erziehen können, wenn wir unter Wahrung der revolutionären Tradition die Fehler der Vergangenheit ausmerzen. Wir haben aus der Vergangenheit gelernt. Ich habe bei verschiedenen Gelegenheiten versucht, folgende Fragen aufzuwerfen. Was wußten die deutschen Arbeitermassen, was wußten die internationalen Arbeitermassen vom Bolschewismus vor dem Jahre 1917, vor dem Jahre, wo er gesiegt hat. Genossen, ich sage euch, die revolutionären Proletarier in Frankreich und Deutschland wußten sehr wenig vom Bolschewismus. Sie wußten, daß Lenin irgendwo in der Schweiz saß und die Arbeiter in Rußland vom Zarismus unterdrückt wurden. Für die Arbeiter in Deutschland, für die Arbeiter der ganzen Welt, haben wir den Bolschewismus erst entdeckt, als er gesiegt hatte. Aber der Sieg ist 20 bis 25 Jahre vorbereitet worden. Ich sage, das Ergebnis, das endgültige Ergebnis, wenn wir alles abstreifen, was an unwesentlichen Dingen dagewesen ist, der linken Opposition und Brandler in der Partei, ist der bewußte Wille, sich restlos auf den Boden des Bolschewismus zu stellen und theoretisch und praktisch die Partei zu einer wirklich bolschewistischen zu machen. In diesem Sinne haben wir unsere Entdeckung des Bolschewismus mit angefangen und noch lange nicht vollendet, nicht nur in der Praxis, auch in der Theorie werden wir noch immer neu lernen müssen und in diesem Sinne ist der diesjährige Parteitag der Bolschewisierung auch nur ein Anfang und kein Ende unseres Beginns der Arbeit. Das war die Hauptserrungenschaft von Frankfurt.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich mich ein bißchen mit der Plattform der Genossen Ernst Meyer, Paul Frölich und Karl Becker beschäftigen, die der Zentrale überreicht ist und die wir der Partei zugängig machen werden. Es ist eine Plattform der offenen Solidarität mit Jannack. Zunächst fehlt auch die Kritik gegen die Zentrale, wobei als einziger Fehler nach wie vor die Stellung des Minimalprogramms ist. Der Hauptfehler, den unsere Partei machte, auf den ich sofort bei der Besprechung der Ultralinken zu sprechen komme, ist die nicht genügend rechtzeitige Stellung der Frage Republik und Monarchie. Dieser ist von Meyer niemals aufgegriffen worden. Sie haben sich beschränkt auf den Ruf nach dem Minimalprogramm und haben demzufolge kein Recht, über Fehler der Zentrale zu sprechen, denn sie haben in keiner Form den richtigen Weg bewiesen. In der Steuerfrage haben wir zum hundertsten Male auseinandergesetzt, daß wir auch für positive Steuerforderungen sind. Wogegen wir uns wehren, ist, daß wir ein festes Minimalprogramm auf steuerlichem und finanziellem Gebiet nicht als Gesicht der Partei in den Mittelpunkt unserer Arbeit stellen. Das schlagen uns die Genossen wieder vor, während sie den zweiten Punkt, der uns der wichtigste ist, nach wie vor vernachlässigen. Am interessantesten ist die Ergänzung der dürftigen Vorschläge durch das Kapital „Einige Lehren über die Geschichte der KPD.". Dieses Kapitel ist im Gegensatz zu unseren Thesen geschrieben. Und es zeigt sich die ganze grundsätzliche Verschiedenheit. Für uns ist das wichtigste der Teil 4: Wie stellt Genosse Ernst Meyer den Weg zum Bolschewismus dar. Es ist direkt in die Augen springend, daß die dreimaligen Liquidatorenkrisen mit keinem Wort erwähnt werden. Sie werden als Liquidatorenkrisen nicht erwähnt. Levi und Friesland werden vollständig übergegangen. Ebenso wird die Partei verteidigt. Es wird zwar gesagt, der Leninismus ist nicht genügend angewandt worden, es wird aber nicht die Frage gestellt, warum er nicht angewandt ist. Zwei Jahre werden als wirklich gute Jahre gelten gelassen, nämlich die, wo der Genosse Meyer selbst die Politik geführt hat. (Lachen.) Trotz dieser Lobpreisung der Vergangenheit durch den Genossen Meyer finden wir in diesen Dingen folgenden Satz. Die Losungen wurden selten einwandfrei und richtig befunden. Ich möchte wissen, wo der Unterschied zwischen uns und Genossen Meyer besteht.

Wenn sogar er die Losungen richtig gefunden hat, so wird es schwer sein, weniger gute Menschen zu finden, die nicht in denselben Fehler verfallen. Ich sage, diese Plattform zeigt ganz klar und eindeutig, daß die rechten Elemente in unserer Partei nicht gewillt sind, sich auf den Boden der Partei zu stellen. Sie beharren auf ihrer Plattform und wollen den Kampf nicht aufgeben.

Bei dieser Gelegenheit ein paar Worte über die Ausgeschlossenen. Wir haben in aller Oeffentlichkeit auf dem Zentralausschuß erklärt, daß jeder Arbeiter, der zu unserer Partei zurück will und keine Fraktionsmacherei betreibt, zu uns zurückkommen kann. Aber wehe denen, die da glauben, sie können durch neue Fraktionsmacherei sich den Eintritt in unsere Partei erzwingen. Hier wird die Partei ein eisernes Nein entgegensetzen, weil wir die schwer errungene Einheit der Partei nicht preisgeben wollen weder von der einen noch von der anderen Seite. (Beifall.)

Ich möchte jetzt über die Lehren von Frankfurt etwas sagen. Diejenigen, die so leichtfertig behaupten, daß Frankfurt revidiert wird, sollen bitte erklären wieso. Was war das Wichtigste, was wir in Frankfurt errungen haben. Es war erstens die Einheitlichkeit der Partei. Der Genosse Meyer übersieht in seiner Plattform die kleine Tatsache der inneren Spaltung der Partei, aber wir, die wir in der Organisation gearbeitet haben, haben gesehen, daß eine Partei, wo die Organisationen Chemnitz und Berlin verfeindet sind, wo Wasserkante und Halle auf Kriegsfuß stehen, kampfunfähig gegenüber der Bourgeoisie ist. Die Ueberwindung der Gegensätze zwischen den einzelnen Organisationen war eine der wichtigsten Arbeiten von Frankfurt.

Die zweite Errungenschaft von Frankfurt war die Reinigung unserer Grundsätze vom Brandlerismus, von der opportunistischen Verdrehung der Einheitsfronttaktik, der Frage der Arbeiterregierung, von der opportunistischen Verdrehung der Rolle der Sozialdemokratie, die uns in der Vergangenheit am meisten geschadet hat.

Es ist nicht übertrieben, zu sagen, daß die Partei erst in diesem Jahre die Frage der SPD. bis zu Ende richtig zu stellen gelernt hat, und daß vorher immer die Auffassung herrschte, daß wir den SPD.-Parteivorstand zwingen müssen, mit uns gemeinsame Sache zu machen. Und das ist das Ergebnis von Frankfurt und nicht der Unsinn, der sich in den Köpfen von Scholem und Rosenberg befindet.

Das dritte Ergebnis von Frankfurt ist die Ueberwindung der Gewerkschaftsfrage. Sie war noch eine harte Nuß in Frankfurt. Wir wissen das. Und daß hier nicht die Linken die schlechtesten Vorkämpfer für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung gewesen sind, das wissen wir alle sehr genau. Ich hätte die Zentrale sehen mögen, die es verstanden hätte, in Berlin fertig zu werden mit Schumacher und Meyer, wenn wir in Frankfurt nicht die Einheit der Partei errungen hätten. Aber diese Kleinigkeit interessiert die Genossen Meyer und Rosenberg und Katz nicht.

Nun, Genossen, komme ich zurück auf die Erfahrungen der Vergangenheit. Nur ein paar Worte über die Präsidentenwahl. Hier handelte es sich nicht bloß um eine Abkanzelung einiger führender Genossen in der Zentrale, sondern darum, die ultralinke Stimmung in der Mitgliedschaft zu überwinden. Ich werde mich zunächst auf Andeutungen beschränken.

Der Weg zum Bolschewismus ist der deutschen Arbeiterklasse ist ein harter Weg. Selbst Liebknecht und Rosa Luxemburg haben uns schwere Irrtümer hinterlassen, die wir beseitigen müssen. Der durchschnittsoppositionelle Arbeiter bei uns und der SPD. stellt sich die Aufgabe einer Arbeiterpartei so vor, daß man eine Polemik führt gegen den SPD.-Parteivorstand und gegen die SPD. überhaupt und auf den Freiheitstag wartet. Diese Auffassung, die von dem Genossen Scholem besonders verkörpert wird ... (Scholem: Ich war ein Jahr Leiter der Organisation!) Wenn man ein Jahr Leiter der Organisation war, und derartig durchs Examen gefallen ist, dann beweist das, daß man besonders in Fehlern verhärtet ist, denn wenn man in einem Jahre nichts lernt, dann muß man alle Hoffnung fahren lassen. Ich habe z. B. den Eindruck, daß jetzt die linken Reichstagsabgeordneten in der SPD. so glücklich sind wie niemand. Sie schimpfen auf den Parteivorstand und glauben, nichts tun zu müssen in der Arbeiterklasse. So stellt man sich als aktiver Revolutionär die Arbeit vor, Versammlungen machen, ein bißchen organisieren. Ich fragte einmal einen sozialdemokratischen Führer, was werden Sie Ihren Leuten auf dem Bezirksparteitag erzählen? Darauf sagte er mit wichtiger Miene: „Wir sollen Versammlungen abhalten, und wir sollen Agitation betreiben." Aber eine Politik der Arbeiterklasse zu machen, die Arbeiterschaft nicht warten zu lassen auf das, was kommt, sondern für den unmittelbaren Kampf zu mobilisieren, das ist viel schwerer als Scheinopposition zu treiben. Und wenn wir diese sozialdemokratische Opposition analysieren, dann hat sie vier Hauptfragen gehabt. Die linke Sozialdemokratie vor dem Kriege war in vier Grundfragen anders als der Bolschewismus: in der Frage der Spontaneität der Massen, in der Frage der Rolle der Partei, in der Frage der Stellung zu Rußland, in der Frage der Stellung zum Imperialismus. In diesen vier Fragen hatten die linken Sozialdemokraten keine bolschewistische Haltung.

Die KAP. hat denselben Fehler gemacht. Sie war eine Karikatur dieser Auffassungen. Levi und Friesland, die Zusammenbruchstheoretiker, die in feurigen Reden nicht ihresgleichen fanden und den Zusammenbruch des Kapitalismus für den

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250721-11/fragment/page=0011
DFG

nächsten Tag voraussagten, gingen denselben Weg. Mit Brandler war es ähnlich. Und die Ultralinken sind in denselben Fehler gefallen, ja, hier und sonst vor der Mitgliedschaft sind sie anderer Meinung, aber wenn sie unter sich sind, was da geredet wird. (Beifall, Bravo.) Wenn sie unter sich sind mit Boris und Rolf. Der Parteitag hat auch viele Augen, und die sehen, daß und wie die Gruppierungen vorhanden sind. (Bravo, Beifall.) Wehe Euch, wenn Ihr eine Fraktion aufziehen werdet. Wir werden Euch genau so bekämpfen, genau so erbarmungslos maßregeln wie die Jannackleute. (Zwischenruf. Bravo, Beifall.) Mit denselben disziplinarischen Mitteln werden wir gegen Euch vorgehen. (Zuruf: Sehr richtig. Bravo.) (Zuruf Scholem: Die Scharfmacherei ist überflüssig!) Ihr habt keine besonderen Rechte, weil Ihr gegen die Rechten gekämpft habt. Ich sage Euch, Genossen, wir werden sehr bald Schwierigkeiten haben mit dieser Gruppe, trotz ihrer Kleinheit auf dem Parteitag. Und nun Genossen, möchte ich etwas über eine andere Frage sagen. Zu den Präsidentenwahlen ist genügend im Bericht gesprochen worden. Wird es hier noch angeschnitten, gehe ich noch darauf ein. Aber noch ein paar Worte zur Preußenpolitik und zur Koalitionspolitik. Was die Ultralinken da an Zersetzungsarbeit geleistet haben, dafür folgendes kleine Beispiel. Irgendein Prolet geht zu seinem Polleiter und sagt, höre mal Freund, wir kennen uns schon so lange, sei einmal ehrlich zu mir, ich muß Dich etwas fragen. Ich habe allerhand gehört, aber sei einmal ehrlich zu mir. Ihr wollt doch Koalitionspolitik machen, nicht wahr? — Das ist die Frucht der Arbeit einer Gruppe, die weiter nichts kennt, als möglichst viel Zersetzung in die Partei hineinzutragen.

Und die Genossen unterschätzen, wie gefährlich es ist, eine solche Politik der Zersetzung in unserer Partei zu machen. Es gibt kein Mittel, das scharf genug ist, um dagegen einzuschreiten. (Zuruf Scholem: Das beste Mittel ist, keine Koalitionspolitik zu machen). Die tapferen Helden von Helgoland, die da verbreiten, wir wollten Koalitionspolitik treiben und im selben Augenblick von Honig überfließen gegen die untadelhafte Zentrale, gegen die einzige Zentrale, die möglich ist! Wüßte ich, daß Koalitionspolitik getrieben werden soll, dann würde ich dagegen kämpfen mit allen Mitteln. Aber den Feind alarmieren und dann von Honig triefen, das charakterisiert ihre Schwäche. (Zuruf: Bravo, Beifall.) Ich werde jetzt an der Hand des Genossen Meyer den Genossen Scholem schlagen. (Zuruf Scholem: Eine bewährte Methode!) Es ist ganz nützlich. Meyer schrieb einen Artikel in unserem Sonderheft der „Internationale“, betitelt „Von Frankfurt bis Berlin“. In diesem Artikel kritisiert er eine Resolution des Berliner Zentralvorstandes vom 18. April 1923.

Genossen, ich halte diese Resolution des Berliner Zentralvorstandes in jedem Punkte aufrecht, sie ist eine vollständig richtige Darstellung der Fehler, die wir in Sachsen gemacht haben.

Parteigenossen, nun werde ich Meyer und Scholem auseinandersetzen, worin sich unser Angebot in Preußen unterscheidet von der Kritik in Sachsen. Was waren die drei Grundfehler der Zeigner-Politik in Sachsen? Der erste Grundfehler war, den Arbeitern einzureden, daß es ein rotes Sachsen und ein rotes Thüringen sei, weil die Arbeiter die parlamentarische Mehrheit hatten. Dadurch hat man die Arbeiter in Sachsen und Thüringen verhängnisvoll über die Klassenkämpfe getäuscht und hat ihnen nicht gezeigt, daß die faschistische Gefahr genau so heranwächst wie in Berlin und Preußen und in Bayern. Niemals haben wir vorgeschlagen, irgendeinem preußischen Arbeiter einzureden, daß Preußen ein rotes Preußen ist. Wir haben als Voraussetzung angesehen den schärfsten Kampf gegen die Preußenregierung. Das ist der erste Punkt. Und der zweite Punkt, der hier ebenfalls klar ist, ist die Taktik, die gewählt wurde, ohne daß man die Konsequenzen berücksichtigt hat. Die Zeigner-Regierung hat auf Arbeiter schießen lassen. Wir haben in derselben Zentrale, in der auch Meyer anwesend war, fünf- bis sechsmal die Frage gestellt einer Verantwortung der Zeigner-Regierung vor der Arbeiterschaft, vor dem Betriebsrätekongreß. Man hat abgelehnt. Das war der zweite Fehler. Niemand hat vorgeschlagen, in Preußen nicht den schärfsten Kampf in den Massen gegen die Regierung zu führen.

Und der dritte entscheidende Grundfehler. Wir haben Sachsen nicht nur als rotes Sachsen hingestellt, Zeigner nicht nur als einen besseren Menschen, sondern wir haben die sächsische Regierung angesprochen als Arbeiterregierung zum Kampf um die proletarische Diktatur, was schon eine programmatische Abweichung ist. Niemals hat jemand vorgeschlagen, die Regierung Preußen anders als eine bürgerliche Regierung zu nehmen. Niemals hat jemand vorgeschlagen, der Arbeiterklasse einzureden, daß sie, die Regierung, den Weg zum Kommunismus erleichtern könnte, sondern daß der Kommunismus nur erkämpft werden kann auf dem Wege des Bürgerkrieges gegen die Bourgeoisie. Das muß unverrückbar das Programm der deutschen Kommunistischen Partei bleiben.

Diese gemeinsame Polemik von Meyer und Scholem zeigt, daß sie nicht verstehen die andere Lage des Jahres 1925, auf die ich hier nicht eingehen will, sondern daß eben die Frage der Demaskierung einer bürgerlichen Regierung abhängig ist von der Linie unserer Politik in den breiten Massen, in den Fabriken und Gewerkschaften.

Und, Parteigenossen, ich sage noch einmal, und ich sage es klar und deutlich: möge keiner unserer Gegner durch die dummen Aeußerungen von Scholem verführt werden, anzunehmen, als ob wir irgendeiner bürgerlichen Regierung jemals einen Wechsel ausstellen würden. Wir behalten uns volle Handlungsfreiheit vor, und je stärker es uns gelingt, die Massen gegen das herrschende System aufzuputschen, desto fester werden wir sie an uns schmieden. Niemand hat die preußische Fraktion in der Tasche. Diese Handlungsfreiheit müssen wir betonen, damit die Oeffentlichkeit nicht durch die Dummheit der Ultralinken getäuscht wird.

Die innerparteilichen Aufgaben.

Dann will ich ein Wort darüber sagen, was wir an innerparteilichen Aufgaben vor uns haben. Es ist ganz klar, daß die Aufgaben in der jetzigen Periode eine größere Bedeutung bekommen als in einer akut revolutionären Periode. Wenn wir jetzt die Zeit versäumen, wenn wir nicht jede Stunde ausnutzen, dann wird es sich bitter rächen. Deswegen ist es die wichtigste Aufgabe mit, die wir heute zu erfüllen haben, die innerparteilichen Aufgaben klar zu sehen.

Ein paar Punkte will ich dabei gesondert behandeln. Die Frage der Disziplin und der Parteidemokratie. Ich habe erklärt — und ich glaube, daß der Parteitag mit mir darin einig sein wird —, daß wir alle Fraktionsmacherei noch unnachsichtlicher ahnden werden, als wir das im vorigen Jahr getan haben. Das, was wir uns in schwerem Kampfe errungen haben, die Einheitlichkeit unserer Partei, wollen wir uns nicht mehr rauben lassen, weil wir diese Einheitlichkeit im Kampfe gegen den Feind dringend gebrauchen. (Zurufe: Sehr gut! Sehr richtig!) Aber gleichzeitig müssen wir verstehen, die Stimmen der Arbeiter aus den Betrieben mehr zur Geltung zu bringen. Ich habe viele Genossen gesprochen, die mir sagten, sie hätten gerne diese oder jene Anregung gebracht, sie haben nur nicht den Mut gehabt, ihre Wünsche auszusprechen. Wir müssen lernen, daß aus den Betrieben die Stimmen der Arbeiter zu uns bringen. Die Zentrale kann nicht arbeiten, wenn die Arbeiter keine Gelegenheit bekommen, ihre Anregungen zu äußern. Die Verfolgungen unserer Partei, die Maßregelungen unserer Genossen aus den Betrieben haben unseren Funktionärstab dezimiert. Die Heranziehung eines neuen Funktionärstabes ist eine der wichtigsten Aufgaben, es gilt neue Arbeiterelemente heranzuziehen. Die Tore weit auf in der Partei, aber Heranziehung und Durchschulung der Arbeiter im Geiste des Leninismus. Dieses stärkere Hören auf die Arbeiterstimmen, das stärkere politische Diskutieren ist die wichtigste Sache mit, die wir in der Partei zu erfüllen haben. Dann gibt es eine Verachtung der Theorie, die wir noch auszurotten haben. Sehr oft geht sie von den sogenannten Theoretikern aus. Das ist eine grundfalsche Einstellung. Diejenigen Proleten, die mit einer gewissen Verachtung auf die ersten Anfänge einer Theorie sehen, demoralisieren den Leninismus. Die Partei muß die Theorie für die Bedeutung der Revolution richtig einzuschätzen wissen. Die Arbeiter aus den Betrieben müssen Lenin kennen lernen, nicht nur die Spitzen und die Führer. Sie müssen ihn zugänglich gemacht erhalten, wir müssen ihnen sagen: der Leninismus ist für euch, damit ihr ihn anwenden könnt. (Zuruf: Sehr richtig!) Diese Schulung, diese wirkliche Ergreifung der Aufgabe, das ist das, was der Parteitag sich als Aufgabe zu stellen hat, und ferner das Studium der Parteivergangenheit und der Schätze, die wir als revolutionäre Tradition übernehmen müssen. Die Ueberwindung aller Abweichungen ist ebenfalls eine ernste innerparteiliche Aufgabe. Auch hier ist erst der Anfang gemacht. Aus der eigenen Erfahrung werden unsere Arbeiter dazu sehr viel beizutragen haben.

Wir haben in Berlin z. B. durchgeführt einen Kursus über die Lehren der deutschen Revolution, und da stellte sich heraus, daß die Genossen jetzt nachträglich im Lichte der neuen Erkenntnis vieles von dem verstehen, durch das sie damals blind durchgegangen sind.

Parteigenossen! Ohne eine einheitliche Auffassung von der Parteivergangenheit gibt es keine einheitliche Gegenwart und keine einheitliche Zukunft. Erst dann sind wir eine Partei und in eins zusammengeschlossen, wenn wir eine einheitliche Auffassung haben. Ich möchte noch erwähnen die Wichtigkeit der organisatorischen und Gewerkschaftsfragen und hier noch ein paar Worte sagen, daß mit einer der ersten praktischen Fehler die Vernachlässigung der Jugendarbeit durch unsere Bezirke ist. Die Gewinnung der proletarischen Jugend ist mit für uns ein wichtiges Bindeglied, um mit den neuen Arbeiterschichten in Berührung zu kommen. Ich halte gerade die Jugendfrage für sehr wichtig, um ihr mehr als bisher eine ernste Beachtung zu widmen.

Parteigenossen, ich bin am Ende meiner Ausführungen angelangt. Ich glaube, die praktischen Aufgaben, wie sie unser Aktionsprogramm gestellt hat, die Losung, in einer wirklich roten Front die Arbeiter zu sammeln, die ständige Demaskierung der SPD., diese Aufgaben wird die Partei mit Kraft erfüllen. Die Augustwoche, die Arbeiterdelegationen nach Rußland, der ADGB.-Kongreß, die neuen Streiks — es beginnen die Bauarbeiter und die Gas- und Wasserwerksarbeiter zu streiken —, all das zeigt uns, daß langsam und allmählich das Klassenbewußtsein erwacht. Erfüllt unser Parteitag die Aufgaben, beschreitet er ernsthaft den Weg zu einer bolschewistischen Partei, dann wissen wir, die Zukunft ist unser trotzalledem. (Langanhaltender tosender Beifall.)

Die KPD. und die Gewerkschaften.

5. Verhandlungstag.

Vormittagssitzung

Referent Thälmann, Zentrale

(mit Beifall empfangen):

Die Gewinnung der proletarischen Massen.

Genossen! Im Mittelpunkt des Parteitages steht nicht nur die richtige Einschätzung der nationalen und internationalen Lage, sondern das ernsteste Problem, welches der Parteitag zu behandeln hat, ist in erster Linie die Frage, wie gewinnen wir die Massen für die proletarische Revolution. In Verbindung mit diesem außerordentlich ernsten Problem steht zugleich die Frage, ob wir als Kommunistische Partei eine Massenpartei bleiben werden und gegenüber der SPD. und der gesamten Arbeiterklasse in Zukunft eine Verbreiterungsbasis gewinnen. Die Gewerkschaftsfrage ist die wichtigste politische Frage, die in den Aufgabenbereich der gesamten Parteiarbeit zu stellen ist. Besonders in der heutigen Entwicklung zwischen zwei Wellen der Revolution müssen wir uns um so mehr über den Charakter einer Massenpartei im revolutionären Sinne klar werden. Je länger der Prozeß der Organisierung der Revolution, je schwieriger sich die Methoden des Kampfes gestalten, je stärker muß das Kraftbewußtsein in den Massen für den Sieg der proletarischen Revolution erzogen werden. Dazu ist notwendig, die Gewerkschaftsmitglieder durch die Führung des Kampfes für die nächstliegenden wirtschaftlichen Aufgaben bis zu den revolutionärsten Aufgaben des politischen Kampfes um die Revolution zu gewinnen. Daher gehört zur Bolschewisierung der Kommunistischen Partei das theoretische und praktische Verständnis, daß die Gewerkschaftsarbeit in den Mittelpunkt der politischen Arbeit der Gesamtpartei zu stellen ist.

In der heutigen Epoche hat die internationale Gewerkschaftsbewegung eine ganz andere Bedeutung als noch bei Ausbruch des Weltkrieges. Die Gewerkschaftsbewegung hat nach dem Kriege zahlenmäßig ungeheure Fortschritte gemacht. Man rechnet mit einer Mitgliederzahl von etwa 16 Millionen in der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, die der Roten Gewerkschaftsinternationale angeschlossenen Verbände haben 7 Millionen Mitglieder, dazu kommen noch 3 Millionen Mitglieder der Minderheits- und Propagandakommissionen, die mit der Profintern eng verbunden sind. Innerhalb der ganzen Welt rechnet man mit einer Ziffer von 45 Millionen organisierter Arbeiter.

Welches ist nun die Rolle der Gewerkschaften im Kampfe der Arbeiterbewegung sowohl in Deutschland wie in der ganzen Welt. In der Vergangenheit waren die deutschen Gewerkschaften, und ganz besonders bis zum Jahre 1900, meist Kampforganisationen gegen die Bourgeoisie. Wir sehen zwar früher schon Tendenzen, daß die Gewerkschaftsbürokratie versucht, in der Frage des Massenstreiks und der Maifeier einen Standpunkt einzunehmen, wo der eigentliche Klassenkampfgedanke sich langsam in reformistische Formen umwandelt. Im Krieg änderte sich der Kurs der Gewerkschaftsbürokratie, und die Gewerkschaften wurden zu imperialistischen Zwecken ausgenutzt. Ich erinnere nur an die Burgfriedenspolitik, an das Hilfsdienstpflichtgesetz, an das Streikverbot, wonach Streiks nur mit Billigung des Generalkommandos geführt werden konnten. In der Revolution und bei späteren großen politischen Kämpfen wurden die Gewerkschaften der größte Hemmschuh jeder revolutionären Entwicklung. Nicht nur in Deutschland, sondern überall in den kapitalistischen Ländern sehen wir eine ähnliche Entwicklung.

Während die Partei als höchste Form der Klassenorganisation nur die bewußten Kämpfer erfaßt, sind die Gewerkschaften die erste primitive Form der Arbeiterorganisation, die in ihnen organisierten Arbeiter verstehen vorerst, daß sie ihre Berufsinteressen gemeinsam mit ihren Berufskollegen vertreten müssen; erst später begreifen sie, daß eine Klassenorganisation zur Vertretung ihrer Interessen der gesamten Klasse notwendig ist. Der Aufschwung der Arbeiterklasse ist mit dem Wachstum der Gewerkschaften eng verbunden. Nach den großen Leiden und Opfern des Weltkrieges sehen wir eine allgemeine Radikalisierung der Arbeiterklasse, gefördert durch das Beispiel der russischen Revolution und durch die Hoffnungen auf eine Revolution in Mitteleuropa. Ich erinnere daran, daß sich die deutschen Proletarier innerhalb 24 Stunden in der Soldatenerhebung 1918 sich den Achtstundentag errungen haben, daß sie das Betriebsrätegesetz schufen und auf verschiedenen Gebieten wesentliche Fortschritte der Revolution zu verzeichnen waren.

Die Massenbewegung der Gewerkschaften.

Nach Beendigung des Krieges sehen wir in verschiedenen kapitalistischen Ländern einen großen Zustrom zu den Gewerkschaften. Ich möchte hierfür einige Ziffern anführen:

In England hatten wir 1913 3 600 000, im Jahre 1920 7 200 000 und heute ungefähr 5 Millionen Gewerkschaftsmitglieder. In Frankreich hatten wir 1913 400 000, 1920 2 700 000 und momentan, wo die Gewerkschaftsbewegung zersplittert ist, in der CGTU. 400 000 und in der CGT. 300 000 Mitglieder. In Amerika hatten wir vor dem Kriege 2 600 000, 1920 4 200 000 und momentan 2 400 000. In Deutschland waren 1913 3 100 000, 1920 8 800 000 gewerkschaftlich organisiert, und heute rechnet man mit ungefähr 5 Millionen im ADGB. organisierten Mitgliedern. Die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, die 1913 etwa 12 Millionen Mitglieder hatte, stieg 1920 auf 28 Millionen und hat momentan 16 Millionen Mitglieder.

Reformistische Entartung.

Mit dem Zustrom zu den Gewerkschaften entstand zugleich die Tendenz zur reformistischen Entartung, die Bildung einer ausgedehnten, gutsituierten, um den ruhigen Bestand des Kapitalismus interessierten Gewerkschaftsbürokratie.

Die Bourgeoisie benutzt ihre imperialistischen Profite, um einen Teil der Arbeiter an der imperialistischen Politik zu interessieren. Diese Tendenz war schon vor dem Kriege stark. Die Gomperts-Gewerkschaften in Amerika versuchten schon vor dem Kriege, gemeinsam mit der Bourgeoisie die wirtschaftlichen Kämpfe niederzuschlagen. Die englischen Gewerkschaften waren lange Zeit im imperialistischen Fahrwasser. In Deutschland war die Gewerkschaftsbürokratie die Stütze der Rechten in der Sozialdemokratie vor dem Kriege. Mit dieser imperialistischen Entartung zeigte sich auch eine Gegentendenz, eine Linksopposition innerhalb der modernen Gewerkschaftsbewegung. Diese Tendenz wurde stärker, je größer die Klassengegensätze wurden, je mehr die Arbeiter das Herannahen großer Kämpfe fühlten.

Gewerkschaftsopposition gegen den Reformismus.

Nach dem Kriege zeigten sich in den Kreisen der Gewerkschaftsbürokratie diese linken Tendenzen stark. So war z. B. d'Arragona in Italien bereit, in die Rote Gewerkschafts-Internationale einzutreten. In Deutschland inszenierte Dißmann eine radikale Opposition, und die Linksschwenkung der englischen Gewerkschaften war eine Folge des Niederganges des englischen Imperialismus. Diese Linksbewegung scheint tiefer zu werden, sie hat einen internationalen Charakter angenommen und wird für den Imperialismus eine große Gefahr werden, weil wegen der imperialistischen Gegensätze Kriegsgefahren auszubrechen drohen.

Internationale Einheitsbewegung.

Diese Oppositionserscheinungen werden für die Gewerkschaftsbewegung eine große Bedeutung spielen. Auf dem 3. Kongreß der RGI., der zu den Beschlüssen des 5. Weltkongresses der KI. Stellung nahm, wurde zur internationalen Einheit der Gewerkschaftsbewegung eine Reihe ernster Beschlüsse gefaßt, die diese Bewegung vorwärts brachten. Im Kampf um diese internationale Einheit trat bald überall der Widerstand der reformistischen Bürokratie auf, der Linkstendenz unter den Mitgliedermassen entgegenzutreten.

Ich will versuchen, im folgenden einige wichtige Erscheinungen im internationalen Maßstabe zu kennzeichnen, in welcher Form seit dem 3. RGI.-Kongreß und dem 5. Weltkongreß der KI. die Einheitsbewegung ernste Fortschritte gemacht hat.

In Frankreich.

Im August und September des vergangenen Jahres gingen die französischen Verbände der Buchdrucker, Lehrer, Friseure, Textilarbeiter, Bergarbeiter, Lederarbeiter und andere in der reformistischen Konföderation dazu über, die Frage der Vereinigung mit der revolutionären Konföderation aufzurollen. Es fanden Verhandlungen statt, die aber durch das Ausweichen der Reformisten resultatlos waren. Am 30. Januar d. J. wiederholten die revolutionären Gewerkschaften ihren Vorschlag und schlugen vor, im September einen Vereinigungskongreß abzuhalten und eine gemischte Kommission einzusetzen, die die Vorbereitungen zur Konferenz und zur Einheit der Konföderationen treffen sollte. Am 12. Februar lehnten das die Reformisten ab und erklärten, daß sie auf ihrem Kongreß im September zu diesen Fragen Stellung nehmen würden. Trotzdem sprachen einige reformistische Verbände, die Eisenbahner von Lyon und die Seeleute von Dünkirchen, die Telegraphen- und Telephonangestellten und noch andere sich für die Vereinigung aus und stellten sich auf den Standpunkt, daß man die Einheitsbewegung zu fördern habe. Die französische Kommunistische Partei nahm sich der internationalen Gewerkschafts-Einheitsbewegung an und mobilisierte alles, um im September, wenn die beiden Kongresse stattfinden, eine Einigung herbeizuführen. Dabei wird ein Teil der revolutionären Verbände, die ohnehin starke Neigung haben zur Vereinigung, sich höchstwahrscheinlich den revolutionären Verbänden anschließen und eine Spaltung unvermeidlich sein. Am 4. Juli fand in Paris ein Betriebsrätekongreß statt, der von über 400 Delegierten beschickt war, die 1 200 000 Arbeiter vertraten, der Stellung nahm zur Frage der Einheit. Der belgische Gewerkschaftssekretär Libert, der eine interessante Broschüre über die Lügenmeldungen über Sowjetrußland geschrieben hat, fordert die Vereinigung der Gewerkschaftsbewegung im Anschluß an das russisch-englische Einheitskomitee. Die Einheitsbewegung wird einen ungeheuren Fortschritt machen, weil in Verbindung mit der ökonomischen und der Marokkokrise die Entwickelung einen ernsten revolutionären Ansatz zeigt. Wir sehen eine starke Unzufriedenheit in den reformistischen Verbänden, weil diese unter Führung Jouhaux versuchen, eine neue Burgfriedenspolitik mit der französischen Bourgeoisie zu machen und die Hälfte der Organisationen sich gegen diese nationalistischen Tendenzen wenden. Wir können in Frankreich für die Zukunft eine Bewegung voraussagen, daß im September ein großer Teil der reformistischen Verbände mit den reformistischen zu einer Einigung kommen wird.

(Fortsetzung folgt.)

Weitere Begrüßungstelegramme.

„Die Funktionäre Solingens begrüßen Parteitag und wünschen gedeihliche Arbeiten zur Vorbereitung der proletarischen Revolution, Errichtung Räte-Deutschlands.“
(Beifall.)

•

„Versammlung Ortsgruppe Rostock sendet Parteitag Grüße, wünscht fördernde Arbeit für Partei und Internationale.“
(Beifall.)

•

„4. Abteilung Roter Frontkämpfer-Bund sendet aus ihrer heutigen Sitzung dem Parteitag proletarische Grüße, verpflichtet sich, mit Gut und Blut einzustehen für die dort gefaßten Beschlüsse, für das deutsche und das Weltproletariat. Durch Kampf zum Sieg. Mit dreifachem Rot Front. 4. Abt. RFB.
(Beifall.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250721-11/fragment/page=0012
DFG